

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Mittwoch, den 29. Dezember 1909.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die amtlich enthüllte Wahlrechtschmach.

Um das elendeste aller Wahlsysteme in seiner ganzen Niederkunft zu beleuchten, genügt es, die nackten Zahlen der Wahlergebnisse des Jahres 1908 nach den Feststellungen des Statistischen Landesamts für Preußen wiederzugeben.

Lassen wir also diese Zahlen sprechen. In der preussischen Landtagswahl im Jahre 1908 beteiligten sich 2 525 600 Urwähler. Bei 2 215 961 Urwählern konnte die Parteiangehörigkeit festgestellt werden, während bei 309 639 Urwählern, gleich 12,26 Proz. der Gesamttheit, die politische Zugehörigkeit nicht ermittelt wurde.

Die folgende Tabelle zeigt nun, wie sich Urwähler und Abgeordnete auf die einzelnen Parteien verteilten:

	Urwähler	Abgeordnete
Sozialdemokraten	801 093	7
Zentrum	502 504	104
Konservative	358 110	152
Nationalliberale	320 751	65
Polen, Dänen usw.	227 304	19
Freisinnige Volkspartei	98 408	28
Freikonservative	63 140	00
Freisinnige Vereinigung	22 225	8
Bund der Landwirte	15 154	—
Antisemiten usw.	9 092	—
In Summa	2 215 961	443

Die Partei also, die bei weitem die meisten Stimmen aufbrachte, erhielt ganze 7 Abgeordnete von insgesamt 443 Abgeordneten! Bei einem gleichen und proportionalen Wahlrecht hätte sie 105 Abgeordnete erhalten müssen! Bei einem solchen — dem einzig vernünftigen und gerechten — Wahlrecht hätten die Freikonservativen mit ihren 63 140 Stimmen nur 11 Abgeordnete erhalten dürfen; sie erhielten jedoch dank dem elendesten aller Wahlsysteme deren 60! Ebenso hätten die Konservativen bei einem gleichen Wahlrecht statt der ihnen zugewiesenen 152 nur 62 Mandate erhalten dürfen!

Wie bei einem gleichen Wahlrecht nach dem Ergebnis der Landtagswahlen von 1908 die Verteilung der einzelnen Parteien hätte aussehen müssen und wie sie bei dem standalösen Wahlrecht des Dreiklassenwahlrechts ausgefallen hat, zeigt folgende Tabelle:

	Es erhielten Abgeordnete	Es mußten Abgeordnete erhalten
Sozialdemokraten	7	105
Zentrum	104	88
Konservative	152	62
Freikonservative	60	11
Nationalliberale	65	56
Polen, Dänen usw.	19	40
Freisinnige Volkspartei	28	21
Freisinnige Vereinigung	8	—
Bund der Landwirte und Antisemiten	—	2
Zu Summa	443	355
Anteil der 309 639 unklassifizierten Urwähler	—	68
	443	443

Unter dem elendesten aller Wahlsysteme brachten es 1908 die Konservativen und Freikonservativen zusammen auf 212 Abgeordnetenmandate, während sie es bei einem wirklich gleichen Wahlrecht selbst unter der Weisel der öffentlichen Abstimmung nur auf 73 Mandate gebracht haben würden! Dagegen würden Sozialdemokraten und Freisinnige zusammen statt 43 Mandate deren 126 erhalten haben!

Konservative und Zentrum zusammen würden nur 161 Mandate erhalten haben, während Sozialdemokraten, Freisinnige und Nationalliberale 193 Mandate auf sich vereinigten hätten!

Alle diese Zahlen charakterisieren das elendeste aller Wahlsysteme! Sie zeigen zugleich, daß das gleiche Wahlrecht das einzige, aber auch absolut sichere Mittel wäre, die konservativ-liberale Mehrheit zu brechen!

Verfagt also der Liberalismus im Wahlrechtskampf, so trägt er ganz allein die Schuld daran, wenn auch fernherhin Junker und Pfaffen in Preußen das Heft in Händen behalten!

Die Anklagen der bürgerlichen Presse bieten bis jetzt nur eine höchst dürftige Aussende. Der Freisinn hat nicht viel zu sagen, der Nationalliberalismus hält sich erst recht in diplomatisches Schweigen, und das Zentrum gar tut so, als ob es sich statt um die Wahlreform in Preußen um eine Wahlrechtsänderung auf dem Mars oder Sirius handelte!

Wenn also die sozialdemokratische Aktion die bürgerlichen Parteien, die angeblich gleichfalls für das allgemeine und gleiche Wahlrecht eintreten, nicht auf die Beine bringt, wird die Klassenbewußte Arbeiterklasse auch in dem Wahlrechtskampf 1910 völlig isoliert sein!

Von den Prekäuren seien die folgenden wiedergegeben:

Das „Berliner Tageblatt“ bezeichnet das kürzliche Verbot, wonach man ohne die Zustimmung der Reichsversammlung das Wahlrecht hätte ändern können, als „Samstag“. Die „Berliner

Volkszeitung“ spricht von einer faulen Statistik und bemerkt dann:

„Es gibt keinen Ausdruck, um diese Art amtlicher statistischer Mache gebührend zu kennzeichnen. Es handelt sich hier um einen Tiefstand politischer Wissenschaftskritik, wie er in gleich erschreckender Weise bisher noch nicht zu Tage getreten ist.“

Mit gewohnter Dreifigkeit sagt die „Post“:

„Man wird es aber wohl nicht als ein nationales Unglück ansehen können, wenn nicht 27 Prozent der Mitglieder des Abgeordnetenhauses Sozialdemokraten sind. Auch würde eine solche Zusammenlegung dieser Körperschaft nicht gerade als eine Verbesserung derselben anzusehen sein.“

Die „Arenz-Zeitung“ ist von dem Resultat der Statistik entzückt, sie findet, daß sich das preussische Wahlrecht seit vielen Jahren nicht mehr so hübsch vom demokratischen Standpunkt aus präsentiert habe. Im übrigen gibt das Junferblatt großmütig zu:

„Kein vernünftiger Mensch wird das geltende preussische Wahlrecht für eine Art von Ideal halten. Es leidet zweifellos an einer Reihe von sogenannten „Schönheitsfehlern“. Es ermöglicht zahlreiche sogenannte „Wahlurteile“, kleine komische Zufälligkeiten, wie das Wahlrecht des Ministers in der dritten und seines Voten (in einem anderen Bezirke) in der zweiten Abteilung, von denen die Agitation bisher nahezu ausschließlich gelebt hat, obgleich sie für den Gesamtkarakter des preussischen Wahlrechts ebenso unerheblich sind wie das gelegentliche Vorkommen von Unkraut in einem Weizenfelde.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ schwingt sich in der Gewißheit, daß am Dreiklassenwahlrecht sich nichts Wesentliches ändern wird, zu der Behauptung auf:

„Gewiß hat auch diese Statistik gezeigt, daß das preussische Wahlrecht einige Mängel hat, deren Beseitigung wünschenswert ist. Aber die Statistik hat ebenso deutlich gelehrt, daß diese Mängel verhältnismäßig unbedeutend sind und daß sie beseitigt werden können, ohne daß an den Grundlagen des Wahlrechts irgendwie gerüttelt zu werden braucht. Die Mängel zeigen sich fast ausschließlich oder doch hauptsächlich in den Großstädten und in den Mittelpunkten der Industrie. In den ländlichen Kreisen entspricht das Dreiklassenwahlrecht im allgemeinen der sozialen Struktur der Bevölkerung. Deshalb wird es in diesen Kreisen, soweit sie noch wirklich ländliches Gepräge haben, nicht als ein Unrecht empfunden, sondern als das gegebene, das natürliche, das innerlich begründete Wahlrecht.“

Die Privilegierten von Gnaden des Dreiklassenwahlrechts bilden also entweder begeisterte Vertreter der Dreiklassenwahlrecht oder — in ihrem liberalen Teil — höchstens die denkbar laueste Opposition!

Nur ein Döner der Volkspörrung vermag das schändliche Wahlrecht hinwegzusegen!

Der Vorentwurf zum neuen Strafgesetzbuch.

IX.)*

Uebertrieben wäre die Behauptung, daß die Verfasser des Entwurfs jedem Verlangen nach neuen Strafbestimmungen entgegengekommen wären. Soweit nämlich ein derartiges Verlangen ein wahrhaft vollstimmliches ist, hat es bei den Vätern des Entwurfs taube Ohren gefunden. So wird das Verlangen nach einer wirksamen Strafbestimmung gegen den Mißbrauch der Amtsgewalt mit einer eleganten Geste als „untunlich“ beiseite geschoben. Was macht es, daß allgemein im Volke eine derartige Bestimmung als sehr „tunlich“ empfunden wird? Kategorisch wird erklärt: „Für eine derartige allgemeine Strafbestimmung besteht kein Bedürfnis.“ (S. 617.) Ein Blick in unsere Zeitungen lehrt fast auf jeder Seite das Gegenteil. Der Entwurf begnügte sich jedoch nicht mit der Ablehnung der allseitig geforderten allgemeinen Strafbestimmung gegen den Amtsmißbrauch, sondern er geht so weit, die Abschaffung des jetzigen § 339 vorzuschlagen, wonach Beamte, die durch Mißbrauch ihrer Amtsgewalt jemanden zu einer Sandlung, Duldung oder Unterlassung widerrechtlich nötigen, mit Gefängnis bestraft werden. Selbst dieser geringfügige Schutz gegen Beamtenwillkür geht dem Entwurfe zu weit. Angeblich ist er durch die vorgeschlagenen Bestimmungen über die Nötigung entbehrlich geworden. Es soll also dafür gesorgt werden, daß der Mißbrauch der Amtsgewalt künftighin noch weniger riskant ist als bisher.

Das dritte Buch des besonderen Teils handelt von den Verbrechen und Vergehen gegen die Person. Gleich im ersten Abschnitt dieses Buches wird der kulturell vorgeschrittene Teil der Nation durch die Beibehaltung der Todesstrafe und der Strafbarkeit der Abtreibung bekräftigt. Ueber die Regelung der Todesstrafe im Entwurfe ist bereits gesprochen. Ueber die Beseitigung der Abtreibungsstrafe gibt es bei einsichtigen Beurteilern

keinen Streit. Selbst wer die ethischen Momente, die für die Beseitigung dieser grausamen Strafbestimmung sprechen, verkennt, sollte für die Straflosigkeit schon aus dem praktischen Gesichtspunkte eintreten, daß von 1000 Abtreibungsfällen nach sachverständiger Beurteilung kaum einer zur strafgerichtlichen Beurteilung kommt. Die sozialen Faktoren sind auch hier stärker als das barbarische Strafgesetz.

Die Milde, die der Strafgesetzgeber hier vermissen läßt, läßt er im nächsten Abschnitt bei der Behandlung der Duellverbrechen in desto größerer Mache walten. Die „Strafen“ für den Duellmord sind geringer als die für Vettelei und Landstreichen. Die Begründung zu den Duellvorschriften liest sich wie ein Lobeshymnus auf die „deutsche“ Sitte des Zweikampfes.

Den reaktionären Höhepunkt des dritten Buches bilden die §§ 240, 241 des Entwurfs, die von der Nötigung und der Bedrohung handeln. Beide Paragraphen haben offenbar nur den Zweck, Knebelmittel gegen die aufsteigende, Klassenbewußte Arbeiterklasse zu sein. In der Begründung steht davon freilich kein Wort. Im Gegensatz zu der Offenheit, die sich sonst mitunter in der Begründung bei der Verteidigung reaktionärer Attentate findet, beschränkt sie sich hier auf eine kaum glaublichen Heuchelei. Sie weist (S. 672) das reaktionäre Verlangen nach Einführung von Strafbestimmungen gegen den Boykott und zum Schutze der Arbeitswilligen und des gewerblichen Arbeitsverhältnisses in das Strafgesetzbuch zurück und verweist derartige Wünsche auf den Weg der Sondergesetzgebung. Tatsächlich jedoch finden diese Wünsche in den erwähnten Paragraphen ihre vollste Befriedigung. Diese sind nichts als eine ins Ungeheuerliche erweiterte Ausdehnung des Erpressungsparagraphen, nur noch brauchbarer gestaltet als Kampfmittel gegen den Emanzipationskampf der Arbeiterklasse.

Der § 240 lautet:

„Wer in rechtswidriger Absicht einen anderen durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark bestraft. Der Versuch ist strafbar.“

Die Unterschiede vom bisherigen Nötigungsparagraphen, der gleichfalls die Zahl 240 trägt, sind folgende: Erstens die angedrohten Strafen sind in ihrem Höchstmaße verdreifacht bis vervinfacht. Sodann ist die Beschränkung, daß eine strafbare Nötigung außer im Falle der Gewalt nur bei Bedrohung mit einem Verbrechen und Vergehen vorliegt, fortgefallen. Künftighin soll auch für den Tatbestand der Nötigung jede Drohung, z. B. diejenige mit einem Boykott oder mit einer Arbeitseinstellung genügen. Der bisherige Tatbestand der Nötigung „trifft“ — wie die „Begründung“ (S. 673 ff.) ausführt — „eine Reihe der für den Bedrohten in wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht schwerwiegendsten Drohungen nicht, da diese sich oft nicht unter den strafrechtlichen Tatbestand eines Verbrechens oder Vergehens bringen lassen.“ Auch hier ist es also wieder die in der „Begründung“ so oft beklagte Gesellichkeit der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen „Volksführer“, die den Strafgesetzgeber zu neuen Taten zwingt. Der schon hervorgehobenen Unethischkeit bei der Motivierung der §§ 240, 241 entspricht es, daß als Musterbeispiele des § 240 nicht aus dem Klassenkampf gegriffene, sondern die Androhung von Enthüllungen und von Strafanzeigen angegeben werden. Wer die Rechtsprechung zum Erpressungsparagraphen kennt, wird sich durch derartige Verschleierungen nicht über die wahre Natur des neuen Nötigungsparagraphen hinwegtäuschen lassen. Ebenso wenig dadurch, daß eine „rechtswidrige Absicht“ des Täters verlangt wird. Wie das Reichsgericht schon zu ungezählten Malen erkannt hat, daß ein „rechtswidriger Vermögensvorteil“ im Sinne des Erpressungsparagraphen ein jeder Vermögensvorteil sei, auf den der Täter keinen rechtlich begründeten Anspruch hat, so wird es auch als rechtswidrige Absicht jede Absicht angesehen, auf deren Verwirklichung ein Rechtstitel im bürgerlichen Rechte nicht gegeben ist. Und da unter Zivilrecht ein Recht des Arbeiters auf anständigen Lohn und anständige Arbeitsbedingungen nicht anerkannt wird, wird sich seine auf Erringung solcher gerichtete „Absicht“ für den bürgerlichen Richter stets als eine „rechtswidrige“ charakterisieren. Die Rechtsprechung zum Erpressungsparagraphen zeigt auch, daß die Unternehmung von einer solchen Judikatur für sich nichts zu fürchten haben. Um so mehr, als ihnen jetzt durch die Bestimmung über die „besonders leichten Fälle“ ein neues Mittel, einer ernsthaften Bestrafung zu entfliehen, geboten ist. Ueber das Verhältnis des Nötigungsparagraphen zum Erpressungsparagraphen wird noch gelegentlich der Erörterung des letztgenannten Paragraphen zu sprechen sein.

Was will jedoch der Nötigungsparagraph trotz aller seiner Gefährlichkeit gegen den vorgeschlagenen Bedrohungsparagraphen (§ 241) befragen? § 241 lautet:

„Wer durch gefährliche Drohung einen anderen in seinem Frieden stört, wird mit Gefängnis oder Haft bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu eintausend Mark bestraft.“

Wie man sieht, ist hier der objektive Tatbestand nichts, der böse Dolus alles! Aus der bisherigen „Bedrohung mit einem Verbrechen“ ist der Rauschbegriff der „gefährlichen

*). Vergl. Nr. 365, 370, 372, 380, 282, 287, 301, 309 des „Vorw.“.

Die Inserions-Gebühr beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 20 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Drohung" geworden, natürlich unter obligater Erhöhung des Strafrahmens. Selbst der vorgeschlagene § 134, dessen Gefährlichkeit bereits in diesen Kuffäden charakterisiert ist (vgl. Nr. 270 und 291 des „Vorwärts“), verlangt, daß die Drohung gemeingefährlich sei, und daß dadurch der öffentliche Friede gefährdet werde. Hier soll es genügen, daß die Drohung für irgendeine Person, z. B. den mit einem Streik oder Boykott „bedrohten“ Unternehmer, gefährlich ist, und daß dadurch ein Bourgeois in seinem Mittagschlafchen — pardon „Frieden“ gestört wird. Es ist auch bekannt, daß dem Bourgeois keine Drohung so gefährlich dünkt, wie die an die Adresse seines Portemonnaies gerichtete. Daß der § 241 den Schutz der Portemonnaieinteressen unserer herrschenden Klassen zur Aufgabe hat, wird in der „Begründung“ schamhaft angedeutet, wenn es dort heißt (S. 675):

„Dabei ist der Begriff „gefährliche Drohung“ keineswegs auf die Gefahr gegen die Person beschränkt, sondern erstreckt sich auch auf Drohungen, die sich gegen andere Rechtsgüter richten.“

Die Arbeitsteilung zwischen § 134 und § 241 wird sich wohl in der Weise vollziehen, daß sich § 134 den großartigen politischen und gewerkschaftlichen Kampf, § 241 jedoch den politischen und gewerkschaftlichen Tageskampf als Objekte erkürt. Der § 241 würde auf dem Gebiete der Verbrechen und Vergehen mit politischem oder gewerkschaftlichem Einschlage das werden, was auf dem Gebiete der Übertretungen der Grobverleumdungsparagrafen bereits ist: das Mädchen für alles.

Noch immer ist der Reichtum an reaktionären Vorschlägen, der sich in dem Entwurfe findet, nicht erschöpft. Der Rest soll im folgenden Schlusssatz eine kurze Erörterung finden.

Der Zar kommt! . . .

Aus Moskau wird und geschrieben:

Moskau rüstet sich zum Empfange des Zaren. . . . Man weiß, welche heillose Aufregung ein solcher Besuch des Selbstherrschers aller Reichen bei den Behörden der betreffenden Stadt verursacht. Polizeibeamte von verschiedenem Grade und verschiedenster Kleidung, Gendarmen in Uniform und in Zivil, Spigel mit und ohne Orden, Mitglieder der Schußabteilung mit und ohne Titel brechen in Schwärmen über die Stadt herein. In den Straßenkreuzungen postieren sich fragwürdig aussehende Individuen mit kaltem Blick und finstern Bewegungen; in der Umgebung der „verdächtigen“ Häuser tummelt es von geschäftig hin- und hereilenden Kundschaften; unausgesetzt werden Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen und eine Hausdurchsuchung folgt der anderen. Die „Unantastbarkeit der Person“, über die, wie bekannt, zurzeit der Duma ein Entwurf vorliegt und die sich ohnehin schon im Lande keiner besonderen Achtung erfreut, wird in solchen Momenten endgültig in den Akten gelegt. Daß Unantastbarkeit der Wohnung, Briefgeheimnis usw. ebenso schlecht wegkommen, braucht nicht erst besonders erwähnt zu werden.

Auch diesmal haben Polizei und Gendarmen angefangen der bevorstehenden Reise des Zaren nach Moskau ihr übliches Vachsal in Szene gesetzt. Noch nie hat die Stadt Hausdurchsuchungen im ähnlichen Umfang erlebt. Da wird wahllos jeder verhaftet, der von irgendeinem Spigel allerunterster Dienststufe demüthigt wird. Sehr vielen wird bei der Festnahme geradezu erklärt, daß ihre Freilassung nicht lange auf sich warten lassen werde. Recht übel daran sind diejenigen, die in ihrer Vergangenheit an irgend einem politischen Prozeß beteiligt gewesen sind, auch wenn dieser Prozeß mit einer glatten Freisprechung endete — sie müssen jetzt von Minute zu Minute ihrer Ausweisung gewärtig sein. In der Mehrzahl der Fälle erstreckt sich die Ausweisung nur auf das Bereich des Gouvernements, da man der ziemlich langwierigen Prozedur der Ausweisung nach dem Norden des Reiches oder nach Sibirien aus dem Wege zu gehen sucht.

Eine ganz spezielle Robottät aber zeitigte der Besuch, den der Zar dem „Herrzen Rußlands“ abzustatten gedenkt, auf dem Gebiete des Polizeiwesens. Auch sonst schon existierte in Moskau (ebenso wie in Petersburg und in mehreren anderen Städten) ein besonderes, aus Spigeln bestehendes Bureau, dem die Prüfung der Pässe obliegt. Sobald ein Paß der Polizei zur Anmeldung eingereicht ist, werden von diesem Bureau an der Stelle, wo der Paß zur Ausgabe gelangt, die peinlichsten Informationen eingezogen. Diesmal aber scheinen diese gewöhnlichen Maßregeln den russischen Spigeln nicht die gewünschte Sicherheit zu bieten, und die Beamten ziehen nun von Haus zu Haus, wo nur Studenten, Arbeiter und ähnliche „unsichere Elemente“ zu finden sind, und vorziehen die Prüfung der Pässe an Ort und Stelle. Und zwar besteht diese Prüfung in folgendem: Man vergleicht das im Paße angegebene Signalement über Alter, Beruf usw. des Inhabers, und wird z. B. gefunden, daß dieser letztere jünger aussieht, als er nach den Angaben in seinen Dokumenten aussehens müßte, so kauft er Gefahr, „bis zur Einholung näherer Auskünfte“ festgesetzt zu werden. Außerdem lassen sich die Beamten die Namen der Verwandten, Bekannten usw. nennen: alles dieses, um die Personen herauszubekommen, die sich fremder Pässe bedienen. Natürlich trifft dieses Durchsehen der Legitimationspapiere in der Regel nicht die Revolutionäre, sondern ganz friedliche Bürger. Denn diese ersteren brauchen sich nur 3—5 Werst von Moskau entfernt niederzulassen, wo diese ganze Prozedur nicht geübt wird, um außer den Grenzen der Erreichbarkeit zu bleiben.

So rüstet sich Moskau zum Empfange seines „geliebten“ Monarchen, der die Stadt mit seiner Gegenwart beglücken will. Nun zirkuliert allenthalben das Gerücht, daß diesmal der „beglückende“ Besuch über das übliche Maß hinaus ausgedehnt werden soll. Wie man sagt, steht eine Vermehrung der „erhabenen“ Familie bevor und die Niederkunft soll in Moskau abgewartet werden. Ist dies Gerücht kein Phantastengeplaus der durch die Polizeirepressalien geängstigten Einwohner Moskaus, so können sich diese tatsächlich auf eine Reihe sehr wenig erquicklicher Tage gefaßt machen.

Welche Ironie aber wird in den Adressen liegen, in denen Kaufmannschaft, Stadtverwaltung und monarchistische Organisationen belehrt werden, „ein wie hohes Glück der alten Hauptstadt Moskau durch den Besuch des Kronenträgers widersprechen sei!“ Und solche Adressen werden wir wohl nach Duzenden zählen können.

Die Thronrede Alberts I.

Brüssel, 24. Dezember. (Fig. Ver.)

Belgien hat eine Woche der Republik hinter sich, denn nach der Belgischen Verfassung tritt der Thronerbe die Regentschaft erst an, wenn er den Eid auf die Verfassung geleistet hat. Mit der gestern erfolgten Eidesleistung ist das Land wieder zum monarchischen Zustand zurückgekehrt, ohne daß ihm übrigens diese kleine Abwechslung irgendwie geschadet hätte. . . .

Die Thronrede Alberts I. weist alle typischen Merkmale auf, die den ersten oratorischen Leistungen der ihren Herrscherberuf anstretenden Monarchen eigen zu sein pflegen. Inmerhin magt sich wohlwollend bemerkbar, daß sich hier der Herrscher auf dem Boden einer aus einer Revolution geborenen Monarchie fäßt, die sich keine Gottesgnadenpropheten leisten kann. Man kann auch sagen, daß die Rede durch eine besondere Unterstreikung des konstitutionellen Moments einen Grundton erhielt, der schon deshalb ein sympathisches Echo fand, weil er auf Absichten weist, die einen Gegensatz zu dem Leopoldinischen Regime bedeuten würden. Den Eid auf die Verfassung hat freilich auch Leopold II. geschworen und an edlen Versprechungen hat es auch in seiner Thronrede nicht gefehlt. Der gute Ruf, der Albert in diesem Punkte vorausgeeilt ist und der die Lohalen schon in die lyrische Begeisterung versetzt hat, wird sich erst zu betwähren haben.

Unter diesem Vorbehalt muß auch die Stelle in der Thronrede, die sich auf den Kongress bezieht, gewertet werden. Albert will in einem Aufzuge über die Region des von seinem Vorgänger so geschätzten schändlichen Mannons die Kolonialpolitik Belgiens nur vom Standpunkte der Humanität und Zivilisation betreiben sehen. Für ein von Gerechtigkeitsgefühl erfülltes Volk, heißt es in der Thronrede, kann die Kolonisation nur eine Mission im Sinne der Zivilisation sein. Bei dieser Stelle erhob sich demonstrativer Beifall und auch Vanderbilde applaudierte. Nicht ohne politische Spitze war die auf die Vertwilligung des kolonialpolitischen Programms hinzielende Bemerkung, daß Belgien seine Verpflichtungen halten werde und niemand ein Recht habe, daran zu zweifeln. — Hier erhob sich der König, der bis dahin mit ziemlicher Zurückhaltung des Tones gesprochen, gegen alles Zeremoniell, das dem Redner eine sitzende Haltung vorschreibt, aus dem Stuhle — wie Vanderbilde schreibt, gleich Walter Stolzing vor den Meisterfingern.

Die sozialistische Fraktion, die dem Beschluß des Generalrats gemäß der feierlichen Sitzung beiwohnte, begrüßte den König mit dem Ruf: Hoch das allgemeine Wahlrecht!, der auch sonst an den entscheidenden Stellen ertönte und in den lärmenden sozialistischen Applausfolgen auch nicht unbemerkt blieb.

Die bürgerliche Presse gibt dem neuen König auf seine Versprechungen hin einen entsprechenden Vorwurf an obligaten Herrschertugenden, und die Bourgeoisie ergriff gerne die Gelegenheit, den etwas angegriffenen dynastischen Respekt wieder einzulenken. Im Grunde ist es freilich mehr die alte Kermesfreude, die sich kundtat und die fröhlich aufsteht, wenn nur bunte Fahnen in den Straßen flattern und die Stadt im Lichterglanz strahlt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Dezember 1900.

Wer hat den Vorteil von den Agrarzollerhöhungen?

Die „Kollektenden“ mit schönen Fuchspelzen fragen über die geringe Ertragsfähigkeit des landwirtschaftlichen Betriebes. Wie es damit bestellt ist, zeigen folgende Mitteilungen der Merkantil-konferenzen „Schles. Volkszeitung“ über die Steigerung der Güterpreise im westpreussischen Kreise Rosenbergs:

Das Gut Duiressen, etwa 1000 Morgen groß, wurde im Jahre 1801 für den Preis von 70 000 M. an die Herren Schirrmann und Gallenamp verkauft. Diese veräußerten es 1891 für 120 000 M. an einen Herrn Delrich, der es 1905 schon für 180 000 M. an einen Herrn Schroeder weitergab. 1907 erstanden zwei Herren aus Allenstein genanntes Gut für 190 000 M. und überließen es endlich 1909 an einen Herrn v. Rogowski für 240 000 M., der es vor wenigen Wochen mit einem weiteren Aufschlage von einigen Tausend Mark losgeschlagen haben soll. Innerhalb 17 Jahren hat also in diesem Falle eine Preissteigerung von mehr als 170 000 M. stattgefunden oder um das Zweieinhalbfache.

Das Gut Bindeß, 1050 Morgen groß, kaufte im Jahre 1891 ein Herr Ratz für 76 000 M., gab es aber schon nach einigen Jahren an einen Herrn Keiring für 180 000 M. weiter. Dieser veräußerte es kurze Zeit darauf an einen Herrn Krause, wobei es schon 200 000 M. einbrachte. Nach einem Zwischenbesitzer erkaufte es ein Herr Jahn für 250 000 M., der es 1907 für 310 000 M. an einen Herrn v. Laikowski weiterverkaufte. Bei dem vor einigen Tagen erfolgten Verkauf erzielte der bisherige Inhaber 330 000 M. Das Gut ist also seit 1891 um nicht weniger als 254 000 M. gestiegen.

Auch das Gut Stein, das 1891 erst 120 000 M. kostete bei einem Flächeninhalt von 1100 Morgen, brachte 1904 schon 300 000 M. mehr, in 13 Jahren also eine erhebliche Steigerung.

Das 1400 Morgen große Gut Wonno kostete 1897 114 300 M. Bei dem soeben zustande gekommenen Weiterverkauf wurde nicht weniger als 370 000 M. dafür gezahlt. Die Kaufsumme ist demnach in der kurzen Zeit um das Dreifache gestiegen. Die Differenz zwischen dem Preise von 1897 und heute beträgt 255 700 M.!

Das sind Preissteigerungen um mehr als das Zweifache und Dreifache in ungefähr 20 Jahren. Trotzdem kann man sicher sein, daß auch die jetzigen Besitzer nach bekanntem Rezept über die „Rot der Landwirtschaft“ klagen und für weitere Erhöhungen der landwirtschaftlichen Zölle schwärmen. Und von ihrem Interessensstandpunkt aus haben sie recht; denn den Vorteil aus den früheren Zollerhöhungen haben nicht sie eingestrichelt, sondern ihre Vorgänger. Das ist eben die Eigenheit eines jeden Agrarzolls, daß er nicht, wie die agrarische Presse behauptet, der Landwirtschaft als solcher nützt, sondern lediglich dem, der zur Zeit der Einführung oder Erhöhung landwirtschaftlicher Schutzzölle Güter besitzt. Die Zölle bewirken eine Preissteigerung der Agrarprodukte, diese Preissteigerung bewirkt eine Steigerung der Rentabilität der Güter, und die steigende Rentabilität wieder eine Steigerung der Güterpreise. Das ist für den Besitzer, in dessen Zeit die Zollerhöhungen fallen, recht schön; er erhält auf Volkskosten höhere Einkünfte und wenn er seinen Besitz verkauft, höhere Bodenpreise. Aber schon der nächste Käufer hat keinen Vorteil mehr von der Zollerhöhung oder -erhöhung. Er muß nun für das Gut desto mehr bezahlen, und sein hineingestecktes Kapital rentiert sich prozentuell um nichts höher als vor dem Zoll. Den ganzen Gewinn hat sein Vorgänger geschluckt.

Gegen die Großblodpolitik

wendet sich die nationalliberale „Magdeburgerische Zeitung“ in schärfster Weise. Das Blatt schreibt in Nr. 657 vom 28. Dezember unter der Ueberschrift: „Ueber Großblod und Wauerung“:

„Unsere Stellung dazu ist folgende: Die „Magdeb. Ztg.“ hat den badischen Großblod bekämpft und, als in der letzten Zeit von den angeblichen Absichten, diesen auf das Reich zu übertragen, die Rede war, den Plan auf das entschiedenste abgelehnt und lehnt ihn weiter ab. Indem sie das tut, treibt sie nicht konervative, sondern gut nationalliberale Politik. Der Großblod fürs Reich ist ein törichtes, höchst verwerfliches Wahngelbde. Er ist für uns völlig undiskutabel. Häufig oder meist treten nun Großblodgedanken und Wauerungstheorie zusammen auf. . . . Die Behauptung, daß sich die Sozialdemokratie bereits gemauert habe, ist schon sehr oft vorgetragen worden, hat sich aber bisher immer nur als

Illusion herausgestellt, ähnlich wie die Hoffnung auf „Riß im Zentrumsturm.“ . . .

Eudlich beruhte unsere Versicherung, daß in der nationalliberalen Reichstagsfraktion dem Großblodgedanken der schärfste Widerstand entgegengefeßt würde, nicht auf Wünschen, sondern auf Tatsachen.“

Das Blatt führt nun sämtliche nationalliberale Reichstagsabgeordnete unter Beifügung der vollen Titel und Würden auf und sagt zum Schluß:

„Mit diesen Männern Großblodpolitik zu treiben ist unmöglich. Das ist, wie wiederholen es, nicht ein Wunsch, so eine Tatsache. Andere mögen die Unfähigkeit zum Großblod als Schwäche betrachten, wir betrachten sie Ruhmestitel für jeden einzelnen der 60 Männer.“

Vier Millionen Bajonette für eine Handvoll internationaler Kapitalisten.

Der Mannesmann-Rummel beginnt gemeingefährlich zu werden. Die Gebrüder Mannesmann lassen sich den Schutz ihrer angeblich „wohlerworbenen“ marokkanischen Rechte etwas kosten. Nicht nur, daß sie es verstanden haben, die Unternehmerpresse für sich mobil zu machen, ist in den letzten Tagen in einem der breitesten Oeffentlichkeit unbekanntem Verlag unter dem Pseudonym „Osman“ eine Broschüre erschienen, durch die versucht wird, eine Pression auf das Auswärtige Amt auszuüben. Es ist gemeingefährlicher Größenwahn, der in dieser Schrift zum Ausdruck gelangt, wird doch mit dünnen Worten auf die vier Millionen Bajonette hingewiesen, die dem Reich zur Verfügung stehen. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Pres-Telegraph“ erklärt Herr Reinhold Mannesmann, daß die von einer Korrespondenz verbreitete Darstellung des Sachverhalts nicht vom Auswärtigen Amt inspiriert sein könne, „dergleichen dürfte kein Deutscher seiner Regierung zu vertrauen.“ (1) Der Herr erklärte weiter, daß diese Darstellung aus französischen Quellen stamme und fuhr dann fort:

„Das Vergessen, auf Grund dessen die deutsche Gruppe Vergewaltigungen erlitten hat, ist von dem souveränen Sultan Mulay Hafid ordnungsgemäß erlassen und widerspricht nicht der Agencias-Akte. Ich will an dieser Stelle nur kurz mitteilen, daß das Gesetz von der deutschen Regierung selbst ausgearbeitet worden ist. Der deutsche Entwurf, der Abdul Hafid zugestellt war, wurde dann von Mulay Hafid nahezu wörtlich angenommen.“

Es muß angefaßt dieses geradezu unverschämten Verfalls, dem deutschen Volke die Interessen des deutsch-französischen Mannesmannsyndikats als eine Angelegenheit der deutschen Nation, als eine Sache der nationalen Ehre aufzuschwibeln, aufs entschiedenste betont werden, daß die ganze Affäre nichts als das Gerause zweier konkurrierenden internationalen Kapitalistengesellschaften um den größten Profit ist! Wenn die Herren Mannesmann meinen, daß ihnen in diesem Konkurrenzstreit die deutschen Bajonette zur Seite stehen müßten, so haben sie allerdings die Tradition für sich, denn daß die Völker für die Interessen der Kapitalisten bluten, ist allerdings alter Brauch. Ein alter und nicht mehr zeitgemäßer Brauch, dem die Arbeiterklasse sich mit aller Kraft widerlegen wird.

Die Ausnahme und die Regel.

In den Ausstellungshallen des Berliner Zoologischen Gartens findet zurzeit wieder ein Sechstagererinnen statt, an dem sich auch der deutsche Fahrer Walter Rütt, der Sieger der letzten New Yorker Sechstagererinnen, beteiligt. Dieser Mann ist ein sogen. „unsicherer Sechstagerer“, der sich lange Jahre der Militärpflicht entzogen hat, indem er sich im Auslande aufhielt. Die Militärbehörde hat nun diesen Fahrer nicht nur keinerlei Schwierigkeiten bereitet, sondern ihn sogar, wie es im „B. Z.“ heißt, „ausnahmsweise gnädig freigegeben“. Diese Haltung der Militärbehörden muß bei jedem, der ihre sonst so unerlöbliche Strenge auf dem Gebiete der Disziplin kennt, zum mindesten Bestreben erregen. Nicht etwa, daß wir's dem jungen Sportsmann nicht gönnten, wenn der von den drakonischen Bestimmungen des Militärgesetzes verschont bleibt. An sich wäre es sogar sehr zu begrüßen, wenn die mittelalterlichen Anschauungen im Heere endlich einmal der Zeit entsprechend modifiziert würden. Wer aber weiß, wie sonst in ähnlichen Fällen bei uns zu Lande vorgegangen wird, der kann sich glücklich dieser Hoffnung hingeben. Besonders in den Grenzdistrikten unseres Reiches ist man es da ganz anders gewohnt. In Glatz-Lothringen z. B. kommt es häufig genug vor, daß ein junger Mann, der sich nicht freiwillig in die Arme des Militarismus begeben hat und der beim Tode eines Angehörigen, dem Gebote der Pietät folgend, in die Heimat eilt, durch Gendarmen vom Sterbebette oder vom Grabe weg verhaftet wird!

Und dann noch eins: den Fahradsport in allen Ehren! Wenn aber besondere Tüchtigkeit auf diesem Gebiete vor Unannehmlichkeit und Bestrafung schützt, so darf daran erinnert werden, daß sich unter den deutschen „Unsicheren“, die nicht das Glück haben, wie Herr Rütt mit Glatzhandgüben angefaßt zu werden, viele junge Männer befinden, deren Tüchtigkeit und hervorragende Begabung auf anderen Gebieten (als Musiker, Techniker, hervorragend geschulte Handarbeiter usw.) mit demselben Rechte für sie ins Treffen geführt werden könnte, wie für Rütt die Ausdauer seines körperlichen Organismus und die starre Willenskraft, die ihn befähigt, eine Konkurrenz wie das Sechstagererinnen zu bestreiten.

Es wäre recht erfreulich, wenn demnächst bekannt würde, daß die deutschen Militärbehörden angewiesen worden sind, unsere „unsicheren Sechstagerer“ generell mit größerer Milde zu behandeln als bisher. Wenn sich aber wider Erwarten das Verhalten gegenüber Herrn Rütt als eine quadenbelle, von irgend welchen „hohen Herren“ erwirkte Ausnahme-Behandlung erweisen sollte, so wären wir doch begierig, die Gründe zu hören, durch die sich die sonst so unbefugte Militärbehörde bewegen ließ, gerade in diesem Falle von ihrem starren System abzuweichen.

Die Lehrereminare in Baden.

Aus Baden wird und geschrieben: Zu dem Bericht des „Vorwärts“ in der Donnerstagsnummer über die Sitzung der Budgetkommission der Zweiten badischen Kammer ist nachzutragen, daß der Antrag unserer Parteigenossen forderte, sämtliche Lehrereminare zu simultanisieren. Von den sechs Seminaren sind vier, und zwar die in Freiburg, Karlsruhe I und II und Heidelberg tatsächlich längst simultan, während in Ettlingen und Peersburg nur katholische Pöglinge aufgenommen werden. In Karlsruhe I sind nach dem letzten hierüber vorliegenden Bericht neben evangelischen Pöglingen nur einige israelitische und ein altkatholischer Schüler vertreten. In Freiburg ist die Zahl der Katholiken und in Heidelberg die der evangelischen Besucher größer. Im letzteren Seminar befindet sich übrigens auch ein Pögling — der Sohn eines verstorbenen bekannten Parteigenossen — der freiwillig in den Ferien befreit von dem Besuch des Religionsunterrichts in den Schulen vom Besuch des Religionsunterrichts einer vom Staate anerkannten Religionsgemeinschaft. Die freiwilligen Schullehrer erteilen diesen freireligiösen Unterricht genau so wie ihre katholischen, evangelischen

oder israelitischen Kollegen den Religionsunterricht ihrer Konfession, ohne dafür eine Entschädigung zu erhalten. Die Erteilung des Religionsunterrichts, auch des freireligiösen, gehört eben mit zum Stundenplan, ist also eine Berufspflicht.

Gewiß läßt unsere badiische Volksschule und auch die Ausbildung der Lehrer, für die erst neuerdings der Seminarkursus von fünf auf sechs Jahre erhöht wurde, noch viel zu wünschen übrig. Auch die auf dem Lande noch bestehende Halbtagschule zu beseitigen, ist leider noch nicht gelungen. Aber im Vergleich zu anderen Bundesstaaten, namentlich zu den beiden größten, Preußen und Bayern, ist unsere Schule dem Einfluß der Geistesfreiheit weniger ausgesetzt, denn über das ganze Land ist der Unterricht simultanen und geistliche Schulaufsicht gibt es nicht. Die Gewißheit, daß eine Zentrumsmehrheit in der Kammer es als ihre erste Aufgabe betrachtet haben würde, die simultane Schule zu beseitigen und sie nach vorwiegend bawarischen Muster den Pfaffen ausgeliefert haben würde, war wohl der hauptsächlichste Grund, daß sich 1908 und 1909 Liberale und Sozialdemokraten bei den Stichwahlen zusammensanden, um eine schwarz-blaue Mehrheit zu verhindern. Daß es gelungen ist, Zentrum und Konservative gründlich auf Haupt zu schlagen, muß naturgemäß auch zu der Konsequenz führen, daß Konzeptionen der Regierung an die Anschauungen dieser Parteien, wie die Zulassung zweier katholischer Lehrerseminare, wieder rückgängig gemacht werden; denn konfessionelle Lehrerseminare passen nicht zur simultanen Schule. Das wird der Regierung in der Kammer von unseren Genossen noch sehr eingehend bewiesen werden.

Vom Regen in die Traufe.

Der bisherige Präsident des Reichseisenbahnamtes v. Schulz hat die nachgesuchte Entlassung erhalten. An seine Stelle tritt Herr Wadergopp. Der neue Reichseisenbahnpräsident paßt durchaus in das System preussischer Unzulassung, das man im Reichseisenbahnbetriebe zur Virtuosität ausgebildet hat. Als vor drei Jahren der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Verband sächsischer Eisenbahner sich mit den Zuständen auf den elsaß-lothringischen Bahnen beschäftigte, war es Herr Wadergopp, der folgende Verfügung erließ:

„In der letzten Zeit ist wiederholt von außerhalb unserer Verwaltung stehenden Personen für den Eintritt der reichsverbändnerischen Eisenbahner in den Sächsischen Eisenbahnerverband agitiert worden. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Ziele und Bestrebungen dieses Verbandes in der gleichen Weise als ordnungsfeindlich anzusehen sind, wie dies für den Verband der Eisenbahner Deutschlands (Sitz Hamburg) gilt; daß deshalb die Teilnahme an dem einen wie dem anderen Verband sowie die Unterstützung ihrer Bestrebungen mit der Beschäftigung im Dienste der Reichseisenbahnverwaltung unvereinbar sind und die Auflösung des Dienst- beziehungsweise Arbeitsverhältnisses zur Folge haben werden.“

Hieraus geht mit aller Deutlichkeit hervor, was die Eisenbahner vom dem Nachfolger des Herrn von Schulz zu erwarten haben.

Sozialdemokratische Bürgermeister.

Die bei den Gemeindevahlen in der Pfalz gewählten sozialdemokratischen Bürgermeister und Adjunkten sind, wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, von der pfälzischen Kreisregierung sämtlich bestätigt worden. Die Pfalz zählt demnach jetzt zwei antizipierende Bürgermeister und 19 Adjunkten, die der sozialdemokratischen Partei angehören. Die Publikation der Befestigungen wird noch in Laufe dieser Woche erfolgen.

Lebtevolle Verurteilung der Armeeführer.

Der preussische Justizminister hat folgenden Erlaß an die Strafgerichte gerichtet: „Da das Gesetz die Einrichtung einer Anklagebank nicht vorsieht, so ist die Entscheidung darüber, ob ein Angeklagter die Anklagebank zu betreten oder einen anderen Platz in der Sitzungshalle einzunehmen hat, dem Ermessen des die Sitzungsabteilung leitenden Vorsitzenden überlassen. Die Entscheidung ist nach den Umständen des einzelnen Falles zu treffen. Ich vertraue darauf, daß die Vorsitzenden der Gerichte sich hierbei von dem richtigen Takte leiten lassen werden.“

Bei vielen Richtern wird der „Takt“ darin bestehen, daß sie nur Angeklagte der sogenannten unteren Volksschichten auf der Anklagebank Platz nehmen lassen; Wohlhabenden aber, besonders Adligen, Söhne oder gepolsterte Sessel zur Verfügung stellen.

Pfarramt und Zentrumverein.

Wir herdfentlich in Nr. 297 des „Vorwärts“ (vom 21. Dezember) das Schreiben eines sich als „Pfarrvorstehenden“ bezeichnenden Herrn Reinermann in Duisburg, in welchem dieser die Katholiken der Duisburger Petri- beziehungsweise Petrusparochie auffordert, nicht dem liberalen, sondern dem Zentrumskandidaten ihre Stimme zu geben. Versandt wurde diese Aufforderung in einem Kuvert, das den Stempel trägt: Zentrumspartei Duisburg, Petri- pfarre.

Auf diese Notiz sendet uns nicht Herr Reinermann, sondern Herr Gunsthövel, Pfarrer an St. Peter in Duisburg, folgende „Richtigstellung“ mit der Bitte um Abdruck:

1. Es ist unklar, daß das Pfarramt der Duisburger katholischen Kirchengemeinde St. Peter irgend eine „Duisburger Stadtverordnetenwahl betreffende Ermahnungsschreiben“ versandt hat, weder offiziell, noch inoffiziell.
2. Es ist demnach auch unklar, daß das Pfarramt sich als direkt als Wahlkommission der Zentrumspartei konstituiert hat.
3. Der Unterzeichnete hat von dem abgedruckten „Ermahnungsschreiben“, unterzeichnet Reinermann, welches offenbar der Vorsitzende eines mit den Grenzen der St. Petriparochie räumlich zusammenfallenden Bezirks der Duisburger Zentrumspartei erlassen hat, erst durch die Zeitung Kenntnis erhalten.

Ergebnis
Gunsthövel, Pfarrer an St. Peter.

Herr Gunsthövel berichtigt etwas, was wir gar nicht behauptet haben. Wir haben weder gemeldet, daß er die betreffende Aufforderung selbst versandt hat, noch daß er von deren Inhalt vor der Abendung Kenntnis genommen hat. Wir haben nur von Herrn Reinermann gesprochen. Allerdings so unbekannt, wie Herr Pfarrer Gunsthövel tut, dürfte ihm doch wohl dieser Herr Reinermann nicht sein; denn Herr Reinermann ist nicht nur der Vorsitzende und Nachbar des Zentrumvereins der Petriparochie in Duisburg, sondern, wie uns aus Duisburg berichtet wurde, zugleich Vorsitzender der Kirchengemeinde.

Die unparteiische Militärjustiz.

Vor dem Oberkriegsgericht in Posen hatte sich der Leutnant v. Sch. vom 6. Grenadier-Regiment zu verantworten. Er hatte im Oktober eine Dame von der Straße zu sich nach der Kaserne eingeladen. Der Posten verweigerte der Dame den Durchlaß. Der Leutnant kam dazu, beschimpfte und bedrohte den Posten und erzwang der Dame gewaltsam den Einlaß. Das Kriegsgericht hatte

ihn dafür zu drei Monaten Festungshaft verurteilt, das Oberkriegsgericht ermäßigte die Strafe auf sechs Wochen Studienarrest.

Was hätte ein „Gemeiner“ für ein solches Verhalten einem Wachposten gegenüber erhalten?

Schweiz.

Unentgeltliche Geburtshilfe.

Die Gemeindevertretung der Stadt Lausanne hat einen sozialdemokratischen Antrag auf Einführung der unentgeltlichen Geburtshilfe mit 545 gegen 330 Stimmen angenommen trotz der Opposition des Gemeinderats, und gleichzeitig die Einstellung von 3000 Fr. für diesen Zweck ins Budget pro 1910 beschlossen. Dieser Erfolg ist von großer Werte für die weitere Agitation zugunsten dieser sozialen Neuordnung.

Frankreich.

Marokko im Senat.

Paris, 28. Dezember. Zur Verhandlung stand vor der Kammer angenommene Gesetzentwurf, der für das Jahr 1909 Ergänzungskredite für die militärischen Operationen in Marokko bereitstellt. De Lamarzelle führte aus, Frankreich befinde sich in Marokko in einer unentwärtbaren Lage, und tadelt die Regierung, weil sie Mulay Hafid begünstigt habe, indem sie ihn durch das Schaujagat gehen ließ und das Anerbieten Lamadams zurückwies, ihn gefangen zu nehmen. De Lamarzelle fragte alldann, welche Garantien der Machen betreffend die Anleihe gegeben habe, die, wie er meine, für die Ausländer und insbesondere für die Deutschen von großem Vorteil sein werde. Redner kritisierte dann die Politik, welche Frankreich zur Erniedrigung Algerias geführt habe. Der Minister des Auswärtigen Pichon verteidigte die Marokkopolitik der Regierung gegen Angriffe des Senators de Lamarzelle und erklärte dabei, Frankreich sei niemals nach Marokko gegangen, um dort Erwerbungen zu machen, es sei dahin gegangen, um die Ordnung, die gestört worden sei, wiederherzustellen, Frankreich besitze ein wertvolles Unterpfand in Marokko, es habe weder das Schaujagat noch Ubscha geräumt; es werde diese Gebiete nicht früher verlassen, ehe es nicht die verlangte Genugtuung erhalten habe. (Beifall.) Zur Anleihe der 80 Millionen, die bestimmt sind, die Gläubiger Marokkos zu befriedigen, hätten die Abgesandten Mulay Hafid soeben die befriedigende Erklärung abgegeben, daß die Anleihe aus den Einnahmen des Reiches unter Kontrolle der Polizeiverwaltung bezahlt werden würde. Pichon erklärte weiter, die deutsche Regierung befinde sich mit Frankreich über Marokko im Einverständnis, Deutschland lasse Frankreich seine Freiheit unter der Bedingung, daß es Deutschlands wirtschaftliches Vorgehen nicht störe. Das französisch-englische Abkommen habe gute Früchte gezeitigt.

Nachdem Pichon die Ausführungen eines Redners, daß Frankreich und Spanien zum Zwecke der Teilung Marokkos in eine französische und eine spanische Interessensphäre einen Geheimvertrag geschlossen hätten, zurückgewiesen hatte, wurde die Debatte geschlossen.

Belgien.

Die Königbesoldung.

Brüssel, 28. Dezember. Die Kammer beschäftigte sich heute mit dem Budget der königlichen Dotation. Der Sozialist Royer hielt eine längere Rede, worin er die baldige Einführung der sozialistischen Republik in Belgien in Aussicht stellt. Der Redner bekämpfte die Höhe der Anpanne, welche 3.300.000 Fr. beträgt, und wies auf Frankreich und Holland hin, wo die Anpannen bedeutend geringer seien. Das Budget wurde mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die Kammer vertagte sich hierauf bis zum 1. Februar.

Spanien.

Die liberale Gerechtigkeit.

Madrid, 28. Dezember. In Barcelona beurteilte das Kriegsgericht von 15 Eingeborenen des Dorfes Malgrat, die während der Julivirenen einen Revolutionsausflug bildeten und sich an dem Inbrandsetzen der Forstkirche, Zerstörung von Eisenbahnen und anderen Exzessen beteiligten, vier zu lebenslänglichem Zuchthaus, die übrigen zu kürzeren Haftstrafen.

Rußland.

Spitzel oder Revolutionär?

Die Erklärungen Buryeffs zum Attentat auf den Oberst Karpow liegen jetzt im genaueren Wortlaut vor. Danach wäre Karpow doch das Opfer eines verkappten Revolutionärs. Buryeff erklärt die amtliche Mitteilung, daß ein Revolutionär namens Bostkessendki der Urheber des Anschlages sei, für falsch. Dieser sei ein ebenfalls von der Polizei in ihren Dienst gelodter abtrünniger Angehöriger der revolutionären Partei, der wirkliche Mörder sei aber ein Revolutionär namens Alexander Petrow, über den Buryeff folgende Auskunft gibt: In einen Dynamitanschlag verwickelt und selbst dabei verwundet, wurde Petrow 1906 in Kasan verhaftet. Es gelang ihm aber nach seiner Genesung zu entfliehen. Im vorigen Jahre weilte er im Auslande und kehrte unter einem falschen Namen mit mehreren anderen Revolutionären nach Moskau zurück. Verraten von Arew und einer ebenfalls als Verdächtige von der Polizei verhafteten jungen Dame namens Tatjana Reisin wurden sie alle in Saratow verhaftet. Im Gefängnisse erfuhr er von der Polizei selbst den Verrat Arews. Man schlug ihm vor, um sein Leben zu retten, selbst wie dieser in die Dienste der Polizei zu treten. Nach näherer Ueberlegung entließ sich Petrow, scheinbar darauf einzugehen, in Wirklichkeit aber in dieser Rolle die Verräter in der Partei mit ihren eigenen Waffen zu bekämpfen. Man schickte ihn nach Petersburg zu dem leitenden Chef der Geheimpolizei, dem General Gerasimow, der ihm jedoch nicht recht traute. Ein unkluges Wort brachte ihn sogar von neuem ins Gefängnis. Als er von neuem entwichen war und aus der wiedererwonnenen Freiheit der Polizei seine Dienste anbot, ließ diese das Mißtrauen gegen ihn fahren und nahm ihn mit Verehrung an. Gerasimow ersuchte ihn sogar die Bedingung, die Vereiner seiner mitgezogenen Parteigenossen von Saratow zu erzwingen, die Petrow ihm als Notwendigkeit dafür hinzusetzen wußte, das Vertrauen in der Partei zu bewahren. Petrow blieb dann zunächst in Petersburg, wo er ein Gehalt von 1000 Rubel monatlich bezog und als ein neuer Arew von den wenigen Chefs der Polizeibehörde, die um seine Zuwendung wußten, förmlich verhätschelt wurde. Dann ging er ins Ausland, nach Berlin und Paris. Hier entdeckte er sich allmählich den Führern der revolutionären Partei die Rolle, die er zu spielen übernommen habe, fand aber bei ihnen ebenso offene Mißbilligung. Man überzeugte ihn, daß die Partei ihn in einer solchen Rolle nicht als Mitglied behalten könne, obwohl Petrow zum Beweise seiner Ehrlichkeit sich erbot, mit dem Gelde, das er von der Polizei bezog, einen terroristischen Anschlag ins Werk zu setzen. Andererseits schickte Gerasimow auch schon seinen Gefährten, den Oberst Dibitski, hinter ihm her, um ihn zu veranlassen, aus dem Auslande heimzukehren. Dibitski hatte in Wien, Paris und Nizza mit Petrow Zusammenkünfte. Dieser erklärte, daß er in Petersburg nur mit Gerasimow selbst verhandeln werde, und im vorigen Monat kehrte er dorthin zurück. Der jetzige Mordanschlag,“ erklärt Buryeff, „ist der Rachakt, den er uns, seinen Freunden und ehemaligen Parteigenossen, auszuführen versprochen hatte.“

Die Mitteilungen Buryeffs verdienen gewiß wegen der Persönlichkeit des Autors größte Beachtung. Gleichviel können wir uns nicht entschließen, ihm risikolos zu folgen. Wenn der Attentäter die Person ist, von der Buryeff redet, so ist es unklar, wie er wichtige Papiere der Revolutionäre in die Hände der Polizei fallen lassen konnte, so ist auch folgende Meldung schwer zu erklären:

Petersburg, 28. Dezember. Der Mörder Karpows, Bostkessendki hat weitere hochwichtige Entstellungen gemacht. Infolgedessen wurden in Odesa, Kiew und anderen Orten Massenverhaftungen vorgenommen.

Wenn Bostkessendki wirklich der todbereite Rächer Petrows wäre, so würde er sich schwerlich zu Gefährnissen zwingen lassen, die seinen Kameraden gefährlich werden. Das letzte Wort in der Sache scheint und deshalb mit Buryeffs Artikel noch nicht gesprochen.

Türkei.

Demission des Großwesirs.

Konstantinopel, 28. Dezember. Heute nachmittag hat ein mehrstündiger Ministerrat stattgefunden, der sich mit der inneren Lage, insbesondere mit der durch die Inanspruchnahme der Schiffahrtsgesellschaft Lynch auf dem Euphrat hervorgerufenen Erregung der Bevölkerung Mesopotamiens beschäftigte hat. Nach Schluß des Ministerrates begab sich der Großwesir zum Sultan und überreichte ihm seine Demission, die, wie verlautet, angenommen worden ist.

China.

Das Attentat auf den Regenten.

Der „Sün. Jit.“ wird aus Schanghai unterm 28. Dezember telegraphiert: Bei dem Mordanschlag auf den Prinzregenten von China hat der Täter nicht den Prinzregenten, sondern den Wandhauptmann Tischenlin, den er fälschlich für den Regenten hielt, getroffen. Der Täter verwickelte sich bisher in Widersprüche. Festgestellt ist, daß er ein Wandhufsoldat ist.

In einer Depesche der „D. S. G.“ wird angedeutet, daß der Attentäter vielleicht das Werkzeug einer Palast intrigue sei. Es werde am Hofe jetzt ein sehr heftiger Intrigenkampf zwischen verschiedenen nach der Macht strebenden Faktoren ausgefochten.

Aus der Partei.

Amerikanische und deutsche Sozialisten.

Genosse Viktor L. Berger bespricht im „Socialdemocratic Herald“ die Erfahrungen seiner Deutschlandreise. Er spricht mit höchster Begeisterung von der deutschen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung und erklärt, weder auf politischem noch auf gewerkschaftlichem Gebiete könne die deutsche Bewegung von der amerikanischen lernen, ausgenommen, wie man es nicht machen müsse. Niemand aber habe mehr von Deutschland zu lernen als die amerikanische Arbeiterbewegung.

Das Urteil ist für die deutsche Arbeiterbewegung sehr schmeichelhaft, wird aber die deutschen Genossen sicher nicht blind dafür machen, daß für sie noch sehr viel zu tun ist.

Das Preiswettbewerbsschreiben der „Dresdener Volkszeitung“.

Auf das Preiswettbewerbsschreiben, von dem wir feinerzeit Mitteilung machten, sind 149 Entwürfe eingegangen. Der Wettbewerb ist damit geschlossen. Das Preisrichterkollegium wird Mitte Januar zusammentreten.

Von der französischen Parteipresse.

Die Pariser „Humanität“ teilt ihren Lesern mit, daß ihr Verwaltungsrat in drei Sitzungen den Plan geprüft hat, ob das Blatt hinfort sechs Seiten stark erscheinen könne. Er hat aber — vorläufig — die Frage verneinen müssen, da die finanziellen Bedingungen noch nicht gegeben sind. Aus dem Artikel erfährt man, daß der tägliche Verkauf der „Humanität“ in Paris im Jahre 1908 um 7540 Exemplare, im Jahre 1909 um 1500 Exemplare zunahm und daß er jetzt 81.000 Exemplare beträgt.

Soziales.

(Siehe auch 1. Beilage).

Vom Wohlhater Aerztekreis.

Nachdem der Krankenkassenverband die Verhandlungen mit den acht Kassenärzten, die den Aerzteverein bilden, abgebrochen hatte, erließen, wie man und schreibt, die letzteren sofort in einer Anzahl der geleestesten Zeitungen Inserate (hüet euch, Kollegen!), worin sie ihre Kollegen vor dem Wohlhater Krankenkassenverband warnten. Eine unrühmliche Rolle spielten kürzlich einige ärztliche Gewerkschaftsführer, die merkwürdigerweise das Interesse der Arbeiter dadurch zu wahren glaubten, daß sie für die Aerzte eintraten. Diese sonderbare Interessensvertretung hat bei den Arbeitern nicht wenig Kopfschütteln erregt; man hat hierdurch wieder einmal gesehen, was man von den ärztlichen Führern zu erwarten hat. Das selbstgefällige Organisationsdenken der acht Aerzte, hinter denen allerdings der Leipziger Aerzteverband steht, hätte es mit Hilfe der Gewerkschaftsführer beinahe fertig gebracht, die 22 Krankenkassen mit ihren 7500 Mitgliedern niederzurufen. Wäre dies gelungen, so hätte man diesen Erfolg wohl nicht in letzter Linie darauf zurückführen können, daß einer der beteiligten Aerzte zugleich Vorsitzender der Wohlhater Zentrumsorganisation ist. Trotzdem aber hat der Wohlhater Aerztekreis seine Warnungsrufe auch eifrig in — liberalen Blättern erschallen lassen, die sonst vom Zentrum auf entschiedenste bekämpft werden — und die kein braver katholischer Arbeiter lesen darf! Bei Aerzten ist das natürlich etwas anderes. Man ist in Wohlthät mit Recht auf den 1. Januar gespannt. Dann muß sich ja zeigen, ob und wie die streitenden Parteien den Krieg weiterführen oder beendigen.

Nachträglicher Entlassungsgrund.

Vor dem Kaufmannsgericht klagte der Geschäftsführer Sabrowski gegen den Inhaber eines Kinetographentheaters auf Zahlung von 80 M. wegen vorzeitiger Entlassung. Der Beklagte erhob den Einwand, der Kläger habe gegen das von ihm erlassene Klausurverbot verstossen, und gelegentlich einer Vorladung am 5. Dezember, in der Absicht, ihn zu schädigen, den Vorführer angewiesen, längere Pausen zu machen. Der Kläger machte geltend, daß ihm der Beklagte selber Pausen zum Klagen gegeben habe, und daß die Pausen erforderlich gewesen wären, um die Besucher in dem überfüllten Zuschauerraum zu placieren. Die von dem Beklagten vorgetragene Grund hielt das Gericht nicht für ausreichend, um die sofortige Entlassung zu rechtfertigen. Es schlug daher einen Vergleich vor. Daraufhin machte der Beklagte noch Mitteilung von einem Zusammenreffen mit dem Kläger am 18. Dezember in der Leipziger Straße, wo ihn dieser angehalten habe und ihm den Ueberzieher abnehmen wollte, wenn er nicht sofort die 80 M. zahle. Nunmehr bemerkte der Vorsitzende, das Verhalten des Klägers in der Zeit, für die er die Einhaltung der betriebslichen Verpflichtung vom Beklagten fordere, gebe einen Entlassungsgrund ab. Der Kläger würde demnach günstigstenfalls nur 33 M. beanspruchen können. Darauf einigten sich die Parteien auf 25 M.

Gewerkschaftliches.

Krieg dem Stahltrüß!

New York, 16. Dezember. (Fig. Ver.) Auf einen entscheidenden Kampf mit dem Stahltrüß (United States Steel Corporation) bereitet sich die Federation of Labor vor. Eine Konferenz von Gewerkschaftsführern, die am 13. und 14. Dezember in Pittsburg, dem Hauptstütz der Eisenindustrie der Vereinigten Staaten, tagte, hat den Kriegspläne bereits entworfen und in einem an die Öffentlichkeit gerichteten Manifest die Gründe dargelegt, die die Gewerkschaften zum Kampfe zwingen.

Den Anstoß gab die vom Stahltrüß am 1. Juli eingeführte sogenannte offene Werkstatt (open shop) und die Kündigung des Tarifvertrages mit der Amalgamated Association of Iron, Steel and Tin Plate Workers, einer Gewerkschaft, der die gelernten (skilled) Arbeiter in den Werken des Stahltrüßes angehören. Die Folge der Kündigung des Vertrages war der Zustand der Mitglieder der Amalgamated Association. Der Streit hatte nicht den gewünschten Erfolg, wozu nicht zum mindesten die verfehlte bisherige gewerkschaftliche Taktik beigetragen, die sogenannten ungelerten (unskilled) Arbeiter ihrem Schicksal zu überlassen und nur die gelernten zu organisieren. Gewichtig durch diesen Schaden hat der Gewerkschaftslogneß in Toronto auf Antrag des Präsidenten Mc Ardle der Amalgamated Association den Beschluß gefaßt, der gewerkschaftlichen Organisation der ungelerten Arbeiter erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Mit den Arbeitern des Stahltrüßes soll nun der Anfang gemacht werden und diesem Ziele und der Entwerfung eines allgemeinen Zielzugesplanen galt die Konferenz in Pittsburg. Die Einzelheiten der zweiseitigen Verhandlungen entziehen sich der allgemeinen Kenntnis. Wir müssen uns deshalb auf eine kurze Inhaltsangabe des Manifestes beschränken. Unter anderem heißt es in demselben:

„Für die organisierten Arbeiter ist eine Krise angebrochen. Der gigantische Stahltrüß benützt seinen gewaltigen Reichtum und seine Macht, um die Arbeiter um ihre amerikanischen Menschenrechte zu berauben und deren Widerstandskraft zu brechen. Reich geworden mit der Zustimmung der Bevölkerung unseres Landes, strebt diese Korporation immer größeren Reichtum an, setzt sich über Gesetze hinweg, hebt Gesetze auf, macht neue Gesetze, hat Gesetzgeber und Richter vollständig in der Hand und sucht jetzt das einzige zu vernichten, was ihrer grenzenlosen Herrschaft auf sozialem, industriellem, politischem und moralischem Gebiet im Wege steht: die Organisation der Arbeiter. Der Stahltrüß hat der Arbeiterkraft den Krieg erklärt. In seinen geheimen Zusammenkünften hat er beschlossen, das letzte Hindernis seiner Allmacht, die Gewerkschaft, zu zerschmettern. Die Arbeiterorganisationen bestehen aus seinen (des Trüßes) Arbeitern, aus Fleisch und Blut. Sie existieren auf Grund ihrer Arbeit; sie haben kein anderes Ziel wie den Schutz ihres Lebens, ihres Charakters, ihrer Zukunft, der Sicherheit der Republik und der Menschheit.

Am 1. Juni 1909 hat die United States Steel Corporation ihren Marsch gegen die Arbeiterkraft eröffnet. Das Recht der Arbeiter, sich zum gemeinsamen Schutze zusammenzuschließen, wurde nicht mehr länger anerkannt oder gebüdet. Gleichzeitig mit diesem Marsch, der am 1. Juli in Kraft trat, erfolgte eine weitere Reduktion der ohnedies fargen Löhne.

Wir wünschen deshalb dringend, daß ein „Wahnsinniger Versuch“ gemacht wird, alle Arbeiter in der Eisen-, Stahl- und Zinnblechindustrie und den damit zusammenhängenden Industrien gewerkschaftlich zu organisieren.“

Um dies zu erreichen, sollen alle in Betracht kommenden Gewerkschaften mindestens einen Organisator zur Verfügung stellen. Und jedes Gewerkschaftsmitglied wird erlucht, mindestens 10 Centis zum Streikfonds der Amalgamated Association beizusteuern. Dem Präsidenten Laft, dem Vizepräsidenten Sherman, der zugleich Vorsitzender des Bundesrates ist, dem Sprecher des Repräsentantenhauses, dem bekannten Arbeiterfeind Joseph Cannon, und einzelnen Mitgliedern des Repräsentantenhauses soll eine Kommission die Beschwerden der Arbeiter des Stahltrüßes darlegen, und eine weitere Kommission soll die Gouverneure jener Staaten bzw. die Beamten jener Counties und Städte, wo sich Werke des Trüßes befinden, auf die vom Stahltrüß geübten schweren Verdrückungen der Bevölkerung und die Beschränkung der Rede-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit aufmerksam machen und auf Abhilfe drängen. Das Manifest schließt:

„Wir appellieren an alle freilebenden Amerikaner um deren moralische und finanzielle Unterstützung.“

Wie rasch diesem Manifest ein allgemeiner Kampf folgen wird, hängt von den Erfolgen der Organisationen, den Beistauern des auf eine Million Dollar bemessenen Streikfonds und von der Haltung jener 40 000 Arbeiter des Stahltrüßes ab, die Besitzer von Aktien der United States Steel Corporation geworden sind. Auf diese Aktionäre unter seinen etwa 200 000 Arbeitern gründet der Stahltrüß seine Haupt Hoffnung, wie die nachstehende Erklärung der Betriebsleitung besagt:

„Als wir anregten, daß die Arbeiter Aktien des Trüßes kaufen, hatten wir zweierlei im Auge. Erstens wollten wir sie zu guten, treuen Arbeitern erziehen und sie veranlassen, Interesse an ihrer Arbeit zu nehmen, sich nicht nur als Arbeiter zu dünken, sondern als ein finanziell interessierter Teilhaber einer großen Gesellschaft. Wir wissen, daß wir dies erreicht haben. Die Leute erkennen wohl, daß sie durch die Dividenden und das Steigen der Aktien Ertragsgeld bekommen, und sie sind deshalb gewillt, weiter zu arbeiten. Zweitens — und dies ist gerade der Grund, der in der gegenwärtigen kritischen Zeit seine Wirkung ausüben wird — hatten wir beabsichtigt, daß wieder einmal Unzufriedene einen Streit anzetteln wollten. Wenn solche Unzufriedene einen Ausstand herbeiführen und dadurch den Wert des Eigentums der Streiker herabsetzen, so werden diese sofort die Auslosigkeit des Ausstandes einsehen.“

Die Richtigkeit dieser Kalkulation des Stahltrüßes im vorliegenden Fall ist fraglich zu bezweifeln; denn die Erbitterung unter seinen Arbeitern ist eine große. Ein Funke mag täglich den Brand entfachen. Daß aber der Trüß überhaupt mit seinen Arbeiter-Aktionären lange machen kann, ist die Wirtschaft Compers und gleichgültiger Gewerkschaftsführer. Ist doch die Waffe des Trüßes dem Arsenal der Civic Federation entnommen, die erst in ihrer kürzlichen Jahresversammlung wieder Gewinnbeteiligung der Arbeiter und andere ähnliche „Wohlfahrts-einrichtungen“ als Mittel zur Förderung der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit pries, ohne daß Compers, der Vizepräsident der Civic Federation, ein Wort des Widerspruchs erhoben hätte.

Berlin und Umgegend.

Ist Lebius ein Ehrenmann?

Wir haben seinerzeit erklärt, daß Herr Lebius Handlungen begangen hat, die ihn nicht als Ehrenmann charakterisieren. Herr Lebius hat uns bedrohen verklagt und wir wurden durch ihn genötigt, die Wahrheit unserer Behauptung gerichtlich feststellen zu lassen. Nachdem wir für unsere Behauptung einen umfangreichen Wahrheitsbeweis angetreten hatten, zog Herr Lebius unspödig seine Beleidigungsklage nicht nur gegen uns zurück, sondern auch in allen und bekannten Prozessen, die bis zur Beendigung des Verfahrens gegen den „Vorwärts“ betragt waren. Unter vielen anderen Zeugen für die mangelnde Ehrenhaftigkeit des Herrn Lebius hatten wir dem Gericht auch den bekannten Schriftsteller Karl May genannt. Das hat Herr Lebius so in Wat verfehlt, daß

er gegen diesen und seine Chefran die schwersten Anschuldigungen erhob. In einer der letzten Nummern des „Bund“ sammelte nun Lebius all' die bekannten landläufigen Schänder-Gottes-Geschichten und stellte als Verleiber derselben Herrn Karl May hin. Im „Bund“ der ja unter Aufsicht der Öffentlichkeit erscheint, fand diese Räuberhistorie allerdings nicht die genügende Beachtung. Ein Berliner Korrespondenzbureau bemühte sich jedoch um die Verbreitung derselben und so fielen auch die „Deutschen Nachrichten“ darauf hinein. Das Blatt war nun genötigt, folgende Zuschrift aufzunehmen:

„Sie brachten am 21. d. Mts. den Räuberartikel aus dem „Bund“ des Rudolf Lebius. Ich erkläre diese Räubergeschichte für pure Erfindung. Ich habe sofort Strafantrag Hochachtungsvoll Karl May.“

In dem betreffenden Räuberartikel und auch sonst wird übrigens Karl May von Herrn Lebius fortgesetzt als „Genosse“ bezeichnet. Nun weiß Herr Lebius aus seinem früheren Verkehr mit May genau, daß dieser weder Sozialdemokrat ist, noch es jemals war. Aber er hofft, den Verächtern durch diese Bezeichnung bei seinen Verehrern in Mißkredit zu bringen und ihm zu schaden. Auch diese Art des Kampfes kennzeichnet die Ehrenhaftigkeit des Lebius.

Deutsches Reich.

Der Aufruf der Grubenarbeiter.

Die Vertreter der vier Bergarbeiterorganisationen haben am Dienstag in einer gemeinsamen Sitzung folgenden Aufruf an die Ruhrbergleute erlassen:

„Die am 28. Dezember 1909 in Oberhausen stattgefundenen Konferenz der Vorstände der vier Bergarbeiterorganisationen befaßte sich eingehend mit der Arbeitsnachweisfrage und kam zu der Ueberzeugung, daß die Einschränkungen, welche der Zeichenverband der Sägung des Arbeitsnachweises gegeben hatte, in keiner Weise geeignet sind, die seitens der Arbeiter von dem einseitigen Arbeitsnachweis befürchteten Gefahren, Lohnminderungen, Maßregelungen usw. zu beseitigen. Die Organisationen halten daher den Zwangsarbeitsnachweis nach wie vor als eine Einrichtung, gegen die der Kampf nötigenfalls mit den schärfsten Mitteln geführt werden muß. Die Konferenz hielt jedoch angesichts der Wirtschaftskrise und der vorhandenen Kohlenvorräte den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet, in einen Streit einzutreten, sondern empfiehlt den Bergarbeitern dringend, denselben zu verschieben bis zu einer günstigeren Zeit.

Die Vertreter der vier Bergarbeiterorganisationen stehen einmütig auf dem Standpunkt, falls es zum Streit kommt, nur an diejenigen Streikunterstützung zu zahlen, die beim Beginn des Ausstandes ihrer Organisation mindestens drei Monate angehört haben. An Unorganisierte wird keine Streikunterstützung gezahlt. Mit Rücksicht auf den bevorstehenden Streit ist dafür Sorge zu tragen, daß von jetzt ab schon jeder Bezug von Bergarbeitern in die Bergreviere, namentlich in das Ruhrgebiet, streng ferngehalten wird.

Alle Arbeiterorganisationen sowie die arbeiterfreundliche Presse werden gebeten, diesen Aufruf zu verbreiten und im Sinne desselben zu wirken, um dadurch die Bergarbeiter in ihrem Kampfe gegen den Zwangsarbeitsnachweis zu unterstützen.“

Eine Gefährdung des Friedens im Baugewerbe.

Die Frage, ob Krieg oder Frieden zwischen den Unternehmer- und Arbeiterverbänden im Baugewerbe herrschen wird, ist von allergrößter Bedeutung für das gesamte Wirtschaftsleben. Die Arbeiter haben bei dem letzten Vertragsabschluss im Jahre 1908 alles getan, um folgenschwere Konflikte zu vermeiden. Obgleich in diesen Verträgen für die Dauer von zwei Jahren teils gar keine oder doch nur sehr kleine Lohnerhöhungen festgesetzt waren, haben die Arbeitgeberverbände den Verträgen zugestimmt; auch sind die Verträge von den Arbeitern musterhaft gehalten worden. Bedauerlicherweise haben im Gegenzug dazu ganze Bezirksverbände der Arbeitgeberseite die Verträge nicht anerkannt, und dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe fehlte jegliches Mittel, die Anerkennung durchzusetzen. Aber auch dort, wo die Arbeitgeberverbände den Vertrag angenommen hatten, gaben zahlreiche Mitglieder derselben ihrer Unzufriedenheit brausenden Ausdruck.

Für große Gebiete wie Rheinland-Westfalen und Hessen-Nassau ist 1908 im engsten Kreise verhandelt worden, ohne daß die eigentlichen Kontrahenten über ihre ursprünglichen Interessen gehört wurden. Dabei blieben die örtlichen Verhältnisse mehr oder weniger unberücksichtigt, und die Vertragskontrahenten an den einzelnen Orten hatten vielfach das Gefühl, daß ihnen eine Vereinbarung aufgezwungen werden soll. Ein solches Empfinden kann naturgemäß eine Befriedigung nicht aufkommen lassen; es erzeugt Gleichgültigkeit und öffnet dem Vertragsbruch Tür und Tor. Aus diesen Erwägungen heraus müßten alle Bestimmungen örtlicher Natur am Orte selbst zwischen den beteiligten Organisationen geregelt werden.

Es muß nun im höchsten Grade bestreben, daß, obwohl auch der Arbeitgeberverband auf diesem Standpunkte steht, der Mitteldeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe und der Rheinisch-Westfälische Arbeitgeberverband sich auf einen strikte ablehnenden Standpunkt stellen. Im Gebiet des ersteren, das die Provinz Hessen-Nassau, das Großherzogtum Hessen, das Fürstentum Waldeck und Teile von Bayern, von Baden und der Rheinprovinz umfaßt, sollen für ziele 150 Städte und Orte diese örtlichen Verhältnisse durch eine neungliedrige Kommission an einer Zentralfelle geregelt werden. Ebenso ist die Situation in Rheinland-Westfalen. Dadurch wird eine Einigung erschwert, wenn nicht gänzlich unmöglich gemacht. Für die Notwendigkeit einer solchen Verhandlungsweise läßt sich kein stichhaltiger Grund anführen. Es ist nicht einzusehen, warum den örtlichen Arbeitgeberverbänden direkt verboten worden ist; mit den Arbeitern am Orte zu verhandeln. Diese Maßregel erscheint um so unverständlicher, da doch gerade seitens der Arbeitgeber die Absicht, eine Einigung zu erzielen, recht stark betont worden ist. Tatsächlich muß ein solches Verhalten dazu führen, die Schwierigkeiten, die einer Einigung im Wege stehen, zu vergrößern und damit den Frieden im Baugewerbe auf das ernstlichste zu gefährden.

Ein allgemeiner Streit im Baugewerbe würde sicher zahlreiche kleine Existenzen ruinieren und nur den größeren Betrieben Vorteile bringen, die dadurch manchen unliebsten Konkurrenten los würden. Ob diese Folge gerade sehr wünschenswert erscheint, soll an dieser Stelle nicht untersucht werden, darüber mögen sich die im Baugewerbe noch vorhandenen zahlreichen kleinen Gewerbetreibenden mit ihren „Freunden“, den großen Bauunternehmern, auseinandersetzen. Daß aber einen Teil der Kosten für einen solchen Kampf auch die Arbeiter tragen sollen, wird billigweise niemand verlangen können. Die Arbeitgeberverbände werden nicht umhin können, der Öffentlichkeit die Gründe für ihr sonderbares Verhalten darzulegen. Vorläufig sind sowohl in Mitteldeutschland wie auch in Rheinland-Westfalen die Einigungsverhandlungen an dieser Klippe gescheitert.

Die Ergebnisse der Abstimmung über den Reichstarifvertrag im Malergewerbe.

Die im Verbands der Maler vorgenommene Abstimmung über den Reichstarifvertrag, wie auch die Einholung der Zustimmung der Mitglieder für zentrale Verhandlung der örtlich gedachten Löhne und Arbeitszeiten sind nunmehr beendet. Das Ergebnis ist folgendes: In den 238 Lohngebieten, in denen 32 738 Mitglieder des Verbandes in Frage kommen, haben 209 Versammlungen stattgefunden, an denen 15 513 Mitglieder teilgenommen haben. Für den Reichstarifvertrag wurden 9923 und gegen 4398 Stimmen abgegeben. Für weitere zentrale Tarifverhandlung wurden 11 402 und gegen 2298 Stimmen abgegeben. Der Reichstarifvertrag ist nach diesem Resultat durch die Mehrheit der sich an der Abstimmung beteiligenden Mitglieder seitens des Verbandes angenommen und zugleich die Zustimmung für weitere zentrale führende Tarifverhandlungen gegeben. Die weiteren Verhandlungen sollen am 4. Januar in Berlin beginnen und mit dem 10. Januar beendet sein. Das Ergebnis dieser Verhandlung soll seitens des Vorstandes den Mitgliedern des Verbandes wiederum zu einer Abstimmung unterbreitet werden. In der Voraussetzung, daß sich wiederum nicht die Hälfte der Mitglieder an der Abstimmung beteiligt, soll das Gesamtergebnis der Tarifverhandlung einer außerordentlichen Generalversammlung zur endgültigen Beschlußfassung unterbreitet werden. Auf Grund der Beschlüsse zum Reichstarifvertrag, die die Generalversammlung des Verbandes in Köln faßte, hat der Vorstand bereits die nötigen Vorarbeiten, wie die Wahl der Delegierten, angeordnet, so daß nach Erledigung der kommenden Tarifverhandlung und Abstimmung durch die Mitglieder gegebenenfalls die außerordentliche Generalversammlung für Mitte des Monats Februar einberufen werden kann.

Dem bisherigen Ergebnis der Tarifverhandlung sollen auch die Mitglieder des christlichen Malerverbandes, wie auch der Gewerksverein des graphischen Berufs für Maler und Lackierer ihre Zustimmung geben haben. In den Gewerksverbänden des Hauptverbandes der Arbeitgeberverbände im Malergewerbe haben die Abstimmungen ebenfalls große Mehrheiten für die Annahme des Reichstarifvertrages gebracht, so daß damit eine gegenseitige Zustimmung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände zu dem Tarifvertrag vorliegt. Die Erklärungen der Parteien sollen bis zum 28. Dezember beim Vorsitzenden des Gewerbegerichts in Berlin, Magistratsrat von Schulz, erfolgen.

Tariffbewegung der Brauereiarbeiter. Eine von über 500 Brauereiarbeitern von Köln, Mülheim und Umgebung besuchte Versammlung nahm Stellung zu der seit drei Monaten schwebenden Tariffrage. Die Verschleppungstatistik der Unternehmer wurde scharf verurteilt und die Tariffkommission beauftragt, unverzüglich nochmals einen Versuch zur Regelung der Angelegenheit zu machen. Im Falle des Scheiterns ist die Tariffkommission gehalten, die Instanzen sofort zu weiterer Beschlußfassung zusammen zu rufen.

Tariffbewegung der Buchdrucker-Gilfsarbeiter und Arbeiterinnen in Dresden.

Montag, den 20. Dezember, haben in 12 Dresdener Buchdruckerien nach vorausgegangenem 14tägiger Kündigungs die Anlegerinnen die Arbeit eingestellt. Ursache zu diesem Vorgehen gab das Verhalten des Vorstandes der Innung Dresdener Buchdruckerbesitzer, welcher jede Verhandlung über einen vom Verbands der Buch- und Steindruckerei-Gilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands vorgelegten Tarifentwurf ablehnte. Obgleich die Forderungen sich innerhalb der Grenzen der zwischen dem Deutschen Buchdruckerverein (Prinzipalorganisation) und dem genannten Verbands für ganz Deutschland abgeschlossenen „allgemeinen Bestimmungen“ halten, waren die Innungspräsidenten nicht zu bewegen, mit den Vertretern ihres Hilfspersonal in Verhandlungen einzutreten. Selbst das vermittelnde Eingreifen des Tarifamts der deutschen Buchdrucker und des Zentralvorstandes der Unternehmervereinigung blieb unbeachtet, so daß die Hilfsarbeiterinnen zur Arbeitsmiederlegung greifen mußten. In der Kündigungszeit haben die Besitzer von vier größeren Druckerien die Forderungen der Organisation anerkannt und mit ihrem Personal Hausverträge abgeschlossen, wodurch sie der Stilllegung ihrer Betriebe vorbeugt haben. Die vom Streit betroffenen Prinzipale verlugen nun mit allen Mitteln Erfolg aus anderen Druckstädten, selbst aus Oesterreich, heranzuziehen — bis jetzt erfreulicherweise ohne Erfolg.

Wenn auch weiterhin der Bezug von Buchdruckeranlegerinnen nach Dresden ferngehalten wird, dürfte die tariffeindliche Dresdener Innung zur Einsicht gezwungen werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das Eisenbahnunglück von Iherško im Herrenhaus.

Wien, 28. Dezember. (B. T. Z.) Das Herrenhaus erledigte heute eine Reihe vom Abgeordnetenhaus in der letzten Zeit verabschiedeter Vorlagen. Am Schlusse der Sitzung beantwortete der Eisenbahnminister eine Interpellation betreffend das Eisenbahnunglück in Iherško. Er gab eine genaue Darstellung des Unglücksfalles und schloß mit der Versicherung, daß er sich der Schwere der Verantwortung hinsichtlich der Anforderung der Sicherheit und entsprechenden Abwidlung des Betriebsbetriebes voll bewußt und pflichtgemäß entschlossen sei, dementsprechend vorzugehen.

Die Wahltaktik des englischen Handelsministers.

London, 28. Dezember. (B. T. Z.) In einer an seine Wähler gerichteten Flugschrift nimmt Handelsminister Churchill Bezug auf die Untersuchungen, die er im Oktober dieses Jahres über die Arbeiterverhältnisse in Deutschland angestellt hat. Er spricht sich lobend über das deutsche System der Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherung aus. Er sei von der Hoffnung erfüllt, bald in England ein System eingeführt zu sehen, das alle in Deutschland gemachten Erfahrungen und außerdem noch die Arbeitslosenversicherung umfasse.

Begnadigt.

Paris, 28. Dezember. (B. T. Z.) Präsident Fallières erließ dem Kaffeehausbesitzer Mathis, der am 21. Juli d. J. wegen Gewalttätigkeit gegen die Person des Staatsoberhauptes verurteilt war, den Rest der Strafe.

Eine Familientragödie.

Brüssel, 28. Dezember. (B. Z.) In der Rue Noher schoß heute morgen ein Tapezierer nach einem Konflikt auf seine Gattin vier Revolverkugeln ab, wodurch diese tödlich verletzt wurde. Hieraus tötete er seinen 20jährigen Sohn und beging dann Selbstmord.

Steinbergs Schlinge.

Herr Adolf Steinberg, der „Krawattenakademie-Direktor“, darf von sich sagen, daß er die Öffentlichkeit nicht scheut. So erklärte er am Dienstag vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte, wo er wieder mal in der Rolle eines Klägers auftrat.

Diesmal hatte er eine Witwe Chileska vor Gericht geschleppt, weil sie ihn beleidigt habe. Die Beklagte fertigt Krawatten an und beschäftigt auch selber Arbeiterinnen mit Krawattennäheren. Zu zwei Personen, die sich ihr als Krawattennäherinnen und frühere Schülerinnen Steinbergs vorstellten und um Beschäftigung baten, soll sie Krawatten gemacht haben, die Herrn St. kränkten. Frau Ch. soll über ihn gesagt haben, er verfehle selber überhaupt keine Krawatte zu machen, er sei ein alter verführerischer Jude, und ähnliches mehr. Vor Gericht gab die Beklagte nur im allgemeinen zu, sich scharf über St. geäußert zu haben. Sie sei aber dazu provoziert worden durch die eine der angeblich bei ihr Arbeit tuchenden Personen, die in Wirklichkeit Herrn St.'s Gattin gewesen sei und selber ihn schlecht gemacht habe. Der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Bollner ging zunächst auf diese überraschende Mitteilung als „unverständliches Zeug“ nicht ein. Er machte die Beklagte von vornherein darauf aufmerksam, daß die Schimpfwörter unter allen Umständen beleidigend seien und sie daher bestraft werden müsse, selbst wenn sie für ihre Beschuldigungen gegen St. den Wahrheitsbeweis führen könne. Wie wolle sie übrigens, fragte er, den Beweis erbringen, daß St. „verführerisch“ sei. Frau Ch. bot das Zeugnis früherer Schülerinnen St.'s an, die bei ihm nichts gelernt hätten. Sie sollte lieber ihre Äußerungen zurücknehmen, rief der Vorsitzende.

Der Kläger Herr Steinberg erzählte, Frau Ch. selber habe doch schon Arbeiterinnen von ihm gehabt. Jetzt behaupte sie, bei ihm werde nichts gelernt. Aber er wisse es ja, dahinter stecke nur wieder der „Vorwärts“. Im Richterzimmer sahen man zwei Mann vom „Vorwärts“ und auch unter den geladenen Zeugen sei ein „Vorwärts“-Redakteur. Dabei sei doch erst vor einiger Zeit der „Vorwärts“-Redakteur Davidsohn wegen Beleidigung Steinbergs zu 150 M. Geldstrafe verurteilt worden und obenein zu 300 M. Buße, die freilich noch nicht bezahlt worden seien. So eiferte Herr St. seinem Redakteur wehrte schließlich der Vorsitzende, aber der Schwach über den „Vorwärts“ hatte doch die beabsichtigte Wirkung. Als dem Vorsitzenden auf seine Frage an Frau Ch., ob sie „von irgendwelchen Leuten vorgeföhren“ worden sei, mit einem glatten „Nein“ geantwortet wurde, bemerkte er: „Na, ich wundere mich nur, daß man hierher kommt, zu so einem Fall, der für die Öffentlichkeit gar keine Interesse hat“. Herr Steinberg, der gegenüber Gerichtsvorwärtigen ein viel besserer Menschenkenner ist, als sie es gegenüber ihm zu sein scheinen, durfte dann noch mehrfach auf den „Vorwärts“ zurückkommen. Immer wieder wies er auf den erwartenden „Vorwärts“-Bericht hin, und auch der Herr Vorsitzende wiederholte noch mehrfach seine Äußerung des Staumens darüber, daß der „Vorwärts“ dieser Sache ein so großes Interesse für die Öffentlichkeit beimesse.

Es ist wohl nicht nötig, Herrn Amtsgerichtsrat Bollner an dieser Stelle die gewünschte Aufklärung zu geben. Er dürfte im Laufe der Verhandlung zuletzt selber erkannt haben, daß Herr Steinbergs Geschäftsbetrieb in der Tat von sehr erheblichem Interesse für die Öffentlichkeit ist. Nur das wollen wir hier konstatieren, daß wir, die wir hinter Frau Ch. stehen, von ihrer Erfahrung erst Kenntnis erhalten haben, als St. längst seine Klage gegen sie angestrengt hatte. Einer Korrekture bedarf auch die Behauptung, daß der „Vorwärts“-Redakteur Davidsohn die Buße von 300 Mark, die St. als Jugende für sein eigenes Portemonnaie erstritten hatte, „noch nicht bezahlt“ habe. Bezahlt ist sie selbstverständlich längst, aber allerdings nicht an St. — und zwar deshalb nicht an ihn, weil Gläubiger von ihm auf die frohe Aussicht hin, daß ihm 300 M. bar Geld winkten, dieses Geld in Höhe des mehrfachen Betrags auf Grund ausgelagerter Forderungen im Pfändungsverfahren mit Beschlag belegten, sobald es an sie ausgezahlt werden sollte. Das stellte am Dienstag unser Genosse Hans Weber fest, der als Zeuge geladen war.

Doch zurück zu der Klage gegen Frau Chileska! Die vom Vorsitzenden angebahnten Vergleichsverhandlungen scheiterten, weil Frau Ch. nichts zurücknehmen wollte. Die Beklagte wiederholte, daß

Frau Steinberg selber unter der Maske einer Arbeit tuchenden Krawattennäherin zu ihr gekommen sei und auf St. geschimpft habe. „Die eigene Frau!“ rief ungläubig der Vorsitzende; das sei doch gar nicht möglich. Inwieweit verführerische Frau Ch., Frau St. habe als angebl. Arbeiterin ihr sogar vorgejammert, daß sie nun schon 14 Tage umherlaufe und keine Arbeit bekommen könne, weil sie bei St. gelernt habe. Da habe dann auch sie zustimmend gesagt, daß man bei St. nichts lerne.

In der Beweisaufnahme belundete ein Herr Hedwig Rogoiz, sie sei mit St.'s Kontorfräulein zu Frau Ch. gegangen. „Weil wir schon gehört hatten, daß Frau Ch. derartige Äußerungen getan hatte, wollten wir sie überführen. Wir sagten, wir kämen von Steinberg und hätten um Arbeit, da sagte Frau Ch.: Steinberg verführt ja selber keine Krawatte zu machen, das ist ja doch alles Schwindel!“ Den Ausdruck „verführerischer alter Jude“ habe Frau Ch. nicht gebraucht, sie habe aber behauptet, seine Danischreiben seien Schwindel, die schreibe er sich selber. Hierzu erklärte die Beklagte, sie habe gesagt, Arbeit könne sie nicht geben, darauf habe das Fräulein entrüstet geklagt, daß sie so viel Honorar ausgegeben habe und nun keine Arbeit bekommen könne. Als Zeugin wurde auch Frau Gertrud Steinberg vernommen. Sie war gleichfalls bei Frau Ch. gewesen, ihrer Meinung nach an demselben Tage, aber zu anderer Stunde und zwar schon vor Herr Rogoiz. Sie habe gehört, daß Frau Ch. zu Arbeit tuchenden sich aber St. beleidigend geäußert habe, das habe sie feststellen wollen. Frau Ch. habe früher Arbeiterinnen von St. genommen. Wenn eine Arbeitstube durch Annonce Arbeiterinnen suche, melde sich St. und erbreite sich zur Beschäftigung der Arbeiterinnen. Das habe er auch bei Frau Ch. getan, und sie sei darauf eingegangen. Damen, die nichts verstanden, seien wohl solche gewesen, die eben erst 14 Tage gelernt hätten. St. schickte diese ja auch nicht als perfekte Arbeiterinnen, sondern als Vorarbeiterinnen. Als Arbeiterin, die bei St. gelernt habe, sei auch sie zu Frau Ch. gegangen. Frau Ch. habe ihr gesagt: „Von diesem verführerischen alten Juden kommen Sie? Da lernen Sie nichts, der nimmt den Leuten nur das Geld ab.“ Sie, die Zeugin, habe sich nicht zu erkennen gegeben, sie habe hinhören wollen, ob Frau Ch. noch mehr beleidigende Äußerungen tun würde. Sie selber, Frau St. habe bemerkt, auch sie habe so und so lange bei St. gelernt und sie sei doch einigermaßen mit der Arbeit zufrieden. Demgegenüber behauptete die Beklagte: „Frau St. sagte, seit zwei Wochen suche sie Arbeit, man habe sie ausgelacht.“ Vorsitzender: „Haben Sie das gesagt?“ Frau Steinberg: „Ja, nachdem sie so gesprochen hatte.“ Vorsitzender (zur Zeugin): „Aber dann haben Sie doch provoziert!“

Es folgte die Vernehmung unseres Genossen Weber, der belundete, welche Erfahrungen er als „Vorwärts“-Redakteur über Steinberg gemeldet habe. Er schilderte, wie der „Vorwärts“-Redaktion von Frauen und Mädchen immer wieder die Klage vorgetragen worden sei, daß sie sich durch St. geschädigt fühlten, weil sie in Arbeitstuben keine Arbeit fänden und geradezu nochmal lernen müßten. Auf des Vorsitzenden Frage, seit wann die Animosität des „Vorwärts“ gegen St. bestehe, und auf die noch verwunderlicher andere Frage, weshalb über diese die Öffentlichkeit nicht interessierende Verhandlung berichtet werden solle, antwortete Weber, von Animosität könne keine Rede sein, aber die „Vorwärts“-Redaktion halte es allerdings für ihre Pflicht, den Beschwerden über vermeintlichen Schwindel nachzugehen und womöglich Aufklärung herbeizuführen. Warum man denn da nicht, fragte der Vorsitzende, es mit einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft versuche. Weber: „Mir ist mal bei einer Vernehmung geradezu gesagt worden, der „Vorwärts“ solle die ihm zu Ohren kommenden Schwindelklagen zur Kenntnis der Öffentlichkeit bringen.“ Vors.: „Der Erfolg ist —“ Weber: — daß wir verurteilt werden.“ Vors.: — daß wir hier solche Prozesse haben.“

Zu dem Vorschlag, den Staatsanwalt mobil zu machen, äußerte sich dann auch Herr Steinberg. Das sei ja schon geschehen, erst wieder vor anderthalb bis zwei Jahren, da seien 30 Zeugen des „Vorwärts“ vernommen worden, aber St. sei freigesprochen worden. (Erst wieder vor anderthalb bis zwei Jahren! Und 30 Zeugen des „Vorwärts“! Was kann der Herr da meinen? Red. des „Vorwärts“.) „Ich empfehle Ihnen, Herr Steinberg, mahnte schließlich der Vorsitzende, „machen Sie aus der Sache keine große Geschichte“. Wenn seine eigene Frau provoziert habe, so sei das doch nicht unerheblich für das Strafmaß. Und wenn Anklageerhebung gegen ihn herbeigeführt und die Beschuldigungen bewiesen würden, sei auch das von großer Bedeutung. Herr St. erklärte jetzt, um Frau Ch. sei es ihm gar nicht zu tun. Der „Vorwärts“ stecke dahinter, wieder-

holte er dreist; aber geschäftlichen Nachteil habe er von solchen Angriffen des „Vorwärts“ ja doch nicht. Weber erwiderte, in jener Beleidigungssklage gegen Davidsohn sei Steinbergs Anspruch auf Buße gerade mit der angebl. Schädigung begründet worden. Den überschäumenden Eifer des zuletzt nervös werdenden Herrn St. mußte der Vorsitzende dämpfen: „Ein bißchen mehr juristische Kenntnisse sich anzueignen, würde ich Ihnen, Herr Steinberg, doch empfehlen, da Sie uns recht häufig beschäftigen.“

Der Verteidiger der Beklagten, Rechtsanwalt Siegbert Loewy, hat, zu berücksichtigen, daß Frau Ch. auf Grund von Erfahrungen zu der Ansicht gelangt sei, St.'s Geschäftsgebaren sei betrügerisch und daß sie durch Lockspitzerei dazu verleitet wurde, das in derber Form zu sagen. Der Kläger Steinberg versicherte, in seiner Krawattenakademie erfülle er, was er verspreche. Bleibe Frau Ch. dabei, daß er ein Schwindler sei, so bitte er zu vertagen, damit er durch weitere Zeugen das Gegenteil beweisen könne. Er habe die Öffentlichkeit nicht zu scheuen, man solle ihn nur bei der Staatsanwaltschaft anzeigen. Das bezeugte dann auch der Verteidiger als wünschenswert.

Daraufhin kam das Gericht zu dem Beschluß, zu vertagen, damit die angebotenen Beweise erbracht werden können; im übrigen sei das Verfahren auszusetzen bis zur Erledigung einer bei der Staatsanwaltschaft binnen Monatsfrist einzureichenden Strafanzeige gegen Steinberg wegen Betruges im Sinne der hier aufgestellten Behauptungen.

Es wird hierbei besonders darauf ankommen, daß auch solche Personen sich bei dem Verteidiger (Rechtsanwalt Siegbert Loewy, Berlin, Kaiser Wilhelmstr. 18 R.) melden, die noch in letzter Zeit bei Steinberg Unterricht genommen haben und sich etwa geschädigt fühlen.

Aus Industrie und Handel.

Die Haushaltskosten im Jahre 1909.

Wie die Bewegung der Nahrungsmittelpreise im Jahre 1909 auf den Haushalt einwirkte und die Kosten der Ernährung beeinflusste, das erfahren wir, wenn wir für 50 Plätze Preisens auf Grund der Verpflegungskarte des deutschen Marinesoldaten den wöchentlichen Nahrungsmittelaufwand und für eine vierköpfige Familie in der Weise berechnen, daß unter Reduzierung von zwei Kindern auf eine Person das Dreifache der Normalration des Marinesoldaten angelegt wird. In den einzelnen Monaten des Jahres 1909 gestaltete sich der Nahrungsmittelaufwand in Mark wie folgt:

Table with 4 columns: Standard, Gegen d., Standard, Gegen d. and rows for months from January to June.

Das wichtigste an der vorstehenden Zusammenstellung ist, daß die Standardziffer im November höher steht als zu Jahresanfang, und zwar beträgt das Plus 1,03 M. Vergleichen wir die Januar- und Novemberpreise bei den verschiedenen Nahrungsmitteln, so finden wir, daß von Kartoffeln abgesehen, die Preise sämtlicher wichtiger Nahrungsmittel in die Höhe gegangen sind, denn im Durchschnitt der 50 Orte betrug der Preis für 1 Kilogramm in Mark:

Table with 5 columns: Kindfleisch, Schweinefleisch, Hammelfleisch, Butter, Brot, Weizenmehl, Kartoffeln, Erbsen, Speisebohnen and rows for November and Gegen Januar.

Ganz besonders ist der Preis für Schweinefleisch und Butter in die Höhe gegangen. In anderen größeren nordpreussischen Städten, wie z. B. in Leipzig, Chemnitz, Dresden, Stuttgart und München sind die Haushaltskosten ebenfalls gestiegen.

Notizen.

Herrn Wobes Zufälle. Eine Wiener Zeitung hat in ihrer Weihnachtsausgabe eine der beliebtesten Rundfragen veranstaltet, mit denen die Zeitungen gratis Reklame machen für sich und die Redaktionen, die sich dazu hergeben. Es wurde das Thema: „Die Rolle des Zufalls im Leben“ behandelt. Herr Wobe durfte dabei nicht fehlen; er schüttete sein Herz aus: Der Zufall führte mich die Bachsäbste der Flora in den Weg; war es Juliall, daß ich infolge des Anlaufes eine Meute von Rebellen und Feinden über mich und die arme Flora stürzte? Jedenfalls ist es mein Verhängnis, daß ich jetzt alle meine freie Zeit (die mir so wie so schon fehlt) diesem elenden Streite opfern muß. (Es wäre freilich viel erfreulicher gewesen, wenn Herr Wobe seine freie Zeit zu einer genauen Untersuchung der Wüste und ihrer Herkunft verwendet hätte, und er würde auch jetzt freie Zeit gewinnen, wenn er der Wahrheit freien Lauf ließe und die Presse mit seinen offenen Verdächtigungen und geheimen Informationen und den Artikeln — seiner Angestellten und Schüler verschonte.

Das Ballett streift. Montagabend gegen 11 Uhr, als in der Pariser Oper das Ballett „Coppelia“ beginnen sollte, erklärten die Mitglieder des Balletts, daß sie nur dann ihre Tätigkeit aufnehmen würden, wenn einige von ihnen aufgestellte Forderungen angenommen würden. Der Direktor versprach, die Wünsche wohlwollend zu prüfen, worauf nach einer Viertelstunde die Vorstellung fortgesetzt wurde.

Das Tagebuch eines Wädergesellen vom Jahre 1768. Dem Museum in Harburg wurde vor einiger Zeit, wie wir in den „Hamb. Nachr.“ lesen, ein äußerst interessantes Tagebuch eines Harburger Wädergesellen zum Geschenk gemacht. Man ist erstaunt über die peinliche Sauberkeit der Schrift und die Auswahl der Zitate und Sentenzen, die darin niedergelegt sind. Von dem Tagebuchschreiber geht noch in Harburg der Spruch: „Johann Christian Neumann in Harburg hat die ganze Welt durchreist.“ Und wie wahr dieses war, erweist man aus seinen Angaben. In einer zweijährigen Wanderschaft (von 1768—1770) hat Neumann fast ganz Europa gesehen. Nicht weniger als 465 Städte und größere Orte hat er auf seiner Reise besucht und dabei 1300 Meilen (450 Meilen zu Wasser und 850 Meilen zu Lande) zurückgelegt. Und das alles ohne Eisenbahn und Luftschiff.

Der Plünderer Afrikas. In der letzten Sitzung der Smithsonian Institution, des Allgemeinen wissenschaftlichen Instituts in Washington, wurden Mitteilungen gemacht über die von Roosevelt auf seinem afrikanischen Jagdzuge erbeuteten Trophäen, die alle dem Institut überwiesen werden. Bis zum 10. Dezember hatte Roosevelt's Expedition nicht weniger als 6883 Felle erbeutet, von denen die Hälfte bereits in Amerika eingetroffen ist. Die eingegangene Sammlung umfaßt bis jetzt 243 Häute großer Säugetiere, 1500 Felle kleinerer Säugetiere und 1338 Vogelbälge. Auch eine Anzahl menschlicher Schädel sind eingetroffen, die längs der Straßen gesammelt wurden, deren sich früher der Sklavenhandel bediente.

seine Hebung angestrebt haben. Jetzt scheint wieder die Zeit für dieses so lange im Sande verlaufenen gewesenen Land gekommen zu sein, die es aus ihrem Staub erheben und von neuem an die Seite seines alten Nebenbuhlers Ägypten legen wird. Babylonien wird wiederum seine weiten Ländereien bewohnt und seine Wästen erblühen sehen gleich einer Rose.

Lucretius und Darwin. Der hervorragende englische Geologe Professor Judd erzählte in einem Ende November gehaltenen Vortrag über Geologie und Entwicklung ein höchst interessantes, das an eine Begegnung mit dem berühmten Kritiker Matthew Arnold anknüpft. Dieser sagte einmal halb scherzhaft zu ihm: „Ich verstehe gar nicht, was Ihr gelehrten Leute so viel Gerede über Darwin macht, das hat doch schon alles im alten Lucretius gestanden.“ Professor Judd antwortete darauf: „Ja, Lucretius hat das erraten, was Darwin beweisen hat.“ Daraus Arnold mit verstelltem Ernst: „D, aber das zeigt nur, ein wieviel größerer Mann Lucretius war, wenn er unmittelbar eine Wahrheit ahnen konnte, während Darwin ein Leben voll Arbeit damit verbrachte, um ihrer habhaft zu werden.“ Prof. Judd erwähnte im Anschluß daran, daß seine Wissenschaft den Amateuren so viel zu danken habe wie die Geologie. Es sei noch in Erinnerung gebracht, daß die angezogenen Lehren von Lucretius in dessen großen Gedicht über die Natur der Dinge enthalten sind. Lebzigens endete dieser römische Klassiker schon im Alter von 41 Jahren durch Selbstmord.

Humor und Satire.

Des preussischen Wählers Gebet.

Die Erzbischöfe von Canterbury und York haben ein offizielles Gebet für die englische Wahlperiode ausgearbeitet, das mit dem Worten beginnt: „Gnädigster Gott, in Demut ersuchen wir für alle Wähler von Mitgliedern des Parlaments, daß sie dessen eingebend, daß ihr Wahlrecht von Dir ihnen anvertraut ist, treu und weise ihre Wahl auf geeignete Personen lenken.“ usw.

Diesem Beispiel nachsehend, haben sich nunmehr auch die blauschwarzen Kapläne Preussens entschlossen, ein allgemeines Wahlgebet anzunehmen. Es soll lauten:

„Herr Gott, erhalte uns das schon von Bismarck so genannte „eitelste aller Wahlgebete“, lasse es zu hohen Jahren kommen und verweigere der Thronrede, die das Gegenteil ankündigt, Deinen Beistand. Stärke den Reichskanzler mit Deiner Gnade, daß er freimüthig vor seinem König hintrete und ihm besaune, niemand anderem Gehorsam zu schulden, als uns, die wir ihm gebieten, die königlichen Worte zu vergessen und für uns gesprochen zu erachten. Alle die Zeitungen, die sich für eine Modernisierung des Wahlrechts einsetzen, wolle in Deiner Huld mit Druckschleier, falschen Nachrichten, Abommentenstund und Insultendirektoren schlagen. Strafe die Agitatoren, die nicht auf dem Boden der „Germania“ und der „Kreuzzeitung“ stehen, mit allen Strafen des Himmels. Uns aber, die wir festhalten am alten Wahlrecht, uns verleihe den Sieg, auf daß wir die blauschwarzen Kammerspiele fortsetzen können bis ans Ende der Welt. Amen!“

Kleines feuilleton.

Die Wiedererweckung von Babylon. Einer der großartigsten Köpfe unter den Ingenieuren der Gegenwart ist William Willcocks, der mit dem gewaltigen Plan der Stauwerke am unteren Nil eine Leistung vollbracht hat, die unter den öffentlichen Arbeiten aller Zeiten eine ruhmreiche Stellung zu erhalten verdient und selbst im Lande der Pyramiden als ein ebenbürtiges Weltwunder den Schöpfungen der alten Ägypter an die Seite gesetzt werden kann. Um nichts geringer sind die Pläne, mit denen sich dieser Mann seit Jahren für die Wiedererweckung des alten Babylon trägt. Dieses Ziel ist dahin zu versetzen, daß die Bewässerungswerke, die das Gebiet von Mesopotamien im Altertum zu einem der blühendsten und mächtigsten Reiche der Erde machten, wieder hergestellt werden und dem Lande damit seine alte Fruchtbarkeit zurückgeben sollen. Jetzt scheint wirklich der Plan der Verwirklichung etwas näher gerückt zu sein, denn nach der Mitteilung von Willcocks an die Londoner Geographische Gesellschaft hat die neue türkische Regierung bereits den Auftrag gegeben, Ingenieure und Vermessungsbeamte zur Untersuchung der Flüsse und Kanäle im Delta des Euphrat und Tigris anzuwerben und Projekte für die Neubefiedelung des Landes auszuarbeiten. Nach dem Vorschlag von Willcocks sollen die überflüssigen Wasser des Euphrat in die Niederungen des alten Babilon, des ersten der vier Flüsse der Gegend, geleitet werden. Für die Ausführung würde nach dem Vorschlag ein Kapital von 7 Millionen Mark und die Zeit von drei Jahren genügen. Damit könnte das Kulturland längs des Euphrat der Fläche nach verdoppelt, dem Ertrage nach verdreifacht werden. Heute scheuen sich die Bewohner, den unsicheren Versuch mit der Aussaat zu wagen, weil sie nach der Erfahrung ungefähr jedes dritte Jahr auf eine Winterernte rechnen müssen. Wenn Koas Wasserbauingenieur gewesen wäre, meint Willcocks, so würde er eine derartige Anlage gemacht haben, statt eine Arche zu bauen, und auf diese Weise würde er nicht nur sich und seine Familie, sondern sein ganzes Land vor der Sündflut gerettet haben. Zunächst wird jetzt ein großer Kanal mitten durch das Delta beabsichtigt, der etwa 1 1/2 Millionen Hektar des besten Landes in Mesopotamien würde bewässern können. Dieser Boden würde jährlich 1 Million Tonnen Weizen und 2 Millionen Zentner Baumwolle liefern. Selbstverständlich werden diese Pläne in Beziehung gesetzt zu dem projektierten Ausbau der Bagdadbahn. Willcocks hat als Engländer die Meinung, daß eine Eisenbahn nötig wäre, die von Bagdad auf dem kürzesten Wege zum Mittelmeer und dementsprechend über Damaskus an die Küste von Tyrus und Sidon führen müßte. Diese allein würde außerdem die Hauptstraße für den persischen Handel und auch für die Mesopotamier bilden. Schließlich gibt Willcocks seiner Begeisterung für den großen Plan in den Worten Ausdruck: „In seiner langen viertausendjährigen Geschichte ist Babylonien wiederholt zusammengefallen, aber es hat sich immer wieder mit einer Listkraft und Zähigkeit erhoben, die der Vollständigkeit und Pflanzlichkeit des Erfolgs ebenbürtig war. Babylonien hat niemals die Hoffnungen derer geläußt, die

Fleischteuerung.

Nach den Zusammenstellungen der „Statistischen Korrespondenz“ sind die Fleischpreise in der ersten Hälfte des Monats Dezember im Vergleich mit dem Vormonat durchweg gestiegen. Es kosteten im Durchschnitt nach den Notierungen in 50 Städten im Kleinhandel 1 Kilogramm Pfennige:

	erste Hälfte	
	Kovbr.	Dezbr.
Rindfleisch		
von der Keule	169	170
vom Bug	155	156
vom Bauch	135	137
Kalbfleisch		
von der Keule	180	183
vom Bug	168	167
Lammfleisch		
von der Keule	170	173
vom Bug	165	165
Schweinefleisch		
von der Keule	185	186
vom Bug	173	173
Kopf und Peine	95	95
Rückenfleisch	175	176
Schinken	277	279

Dah bei solchen Preisen der Konsum zurückgeht, liegt auf der Hand; mancher Arbeiter kann Fleisch nur noch als Extragehicht an hohen Festtagen sich leisten. Trotzdem die Junker schauen nur noch nach mehr Viebesgaben aus und lamentieren über die Vegehrlichkeit der Arbeiter.

Beteiligungsziffern im Kohlenyndikat.

Mit dem 1. Januar 1910 treten in den Beteiligungen der Kohlenzweigen im Rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat verschiedene Änderungen ein.

Die Gesamtbeteiligung stellt sich in Kohlen auf 78 159 884 Tonnen (77 934 884 Tonnen), in Koks auf 14 587 350 Tonnen (14 407 350 Tonnen) und in Bricketts 3 748 915 Tonnen (wie im Vorjahre).

In der Gesamtbeteiligung sind 70 Bergwerksunternehmungen beteiligt. Naturgemäß verteilt sich die Menge nicht gleichmäßig auf die angeschlossenen Unternehmen. Die sechs größten beiderseits beinahe die Hälfte der Kohlenförderung. Nachfolgend haben wir die 15 Gesellschaften mit den größten Beteiligungsziffern für Kohlen und Koks zusammengestellt; es ergibt sich, daß sie weit über die Hälfte auf sich vereinigen. Es haben Beteiligungen:

	Kohlen	Koks
Gelsenkirchen	8 608 000	1 726 808
Harpener Bergbau	7 240 000	1 750 000
Hibernia	5 416 500	812 800
Höfnig	3 190 000	642 640
Rheinpreußen	3 000 000	795 000
Deutsch-Luzemb. Bergw.	2 700 000	620 000
Kreuzberg A. G.	1 872 702	387 250
Hollverein	1 755 507	240 000
Konkordation	1 740 000	415 400
Deutscher Kaiser	1 650 000	12 000
Essener Steinkohlenbergw.	1 029 300	—
Rüstow	1 093 000	—
Konkordia	1 028 378	327 400
Konstantin	1 384 500	620 000
Reinmühl	1 650 000	363 000
	45 745 885	8 712 298

Bei Würdigung dieser Zahlen muß berücksichtigt werden, daß die Gesellschaften teilweise noch wieder untereinander in Verbindung stehen, entweder durch eine Personalunion in den Aufsichtsratskörpern oder auf Grund der geldgebenden Bankinstitute, und schließlich auch dadurch, daß die Aktien zum großen Teile in den Händen derselben Leute sind.

Die Regierung boykottiert.

Die amerikanische Bundesregierung hat bereits im Juni durch den Kriegsminister Dickinson die Boykottierung der American Tobacco angeordnet und jetzt dieselbe Maßnahme gegen die Standard Oil Co. verfügt. In beiden Fällen wird der Boykott damit begründet, daß die Lieferanten nach bundesgerichtlichem Urteil ein Monopol bildeten. Im Lande der unbegrenzten Monopole werden diese durch solche Aktionen nicht irritiert, denn die Verordnung verbietet nur, von den Monopolisten für die Bundesarmee — direkt Waren zu kaufen! Also macht man's indirekt und bezahlt vielleicht noch Agentengebühren.

Vom Zuckerstand.

An den Steuerbefreiungen in den Vereinigten Staaten sind mehr Zuckerkönige beteiligt, als man bisher annahm. Die Großfirma Arbuckle Prof. hat jetzt nachträglich für Windergehaltangaben bei der Rohzuckerzufuhr in den Jahren 1898—1907 Zollzahlung von 605 573 Dollar geleistet. Bereits soll sich auch die National Sugar Refining Co. zu nachträglicher Zahlung von mehreren Hunderttausenden von Dollar bereit erklärt haben. Auch ist ein früherer höherer Beamter der American Sugar Refining Co., Ernst W. Gerbracht, in Verbindung mit der bei der Rohzuckerzufuhr genannten Gesellschaft aufgedeckt „Unregelmäßigkeiten“ unter Anklage und Bürgschaft in Höhe von 10 000 Dollar gestellt worden. Die American Sugar Refining Co. hat an Strafgebern und nachträglicher Zollzahlung bereits circa 2 190 000 Dollar erlegen müssen.

Soziales.

(Siehe auch Hauptblatt.)

Ein Betriebsunfall und seine Folgen.

Verletzte und ihre Angehörigen müssen auf eine genaue Feststellung der Unfallfolgen, auf ein gewissenhaftes Unfallprotokoll achten.

Der Maurer Sch. aus B. bei Hanau stürzte, als er um das Gerüst eines Neubaus herumgehen wollte, rücklings in die Tiefe. Er stand nach dem Sturz wieder auf, klagte über heftige Schmerzen in der Seite, versuchte auch wieder weiterzuarbeiten. Als der Bauunternehmer kam, hörte er von dem Unfall und sand den Verletzten „sitzend und essend“ und hörte die Klage über heftige Schmerzen. Der Verletzte fuhr dann auf Geheiß des Unternehmers mit der Eisenbahn und ging von der Station zu Fuß nach Hause. Der herbeigerufene Kassenarzt konstatierte „Bruch zweier Rippen und Muskelquetschung des rechten Armes und der Schulter“.

Nach einige Wochen wurde der Verletzte vom Kassenarzt aus der Behandlung als arbeitsfähig entlassen und teilte derselbe der Berufsgenossenschaft später mit, daß „keine schädigenden Folgen des Unfalles mehr vorhanden sind“.

Der Verletzte begab sich wieder an die Arbeit und stellte auch keinen Antrag auf Gewährung der Rente, da ja keine schädlichen Folgen der Verletzungen vorhanden waren, auch der Arzt jede Erwerbsbeschränkung bestritten hatte.

Später fiel es aber den Angehörigen des Verletzten auf, daß dieser einen unsicheren Gang bekam, öfters ohne jede Ursache weinte und über Augenschmerzen klagte.

Auch dem Bauunternehmer fiel es auf, daß sein Vorarbeiter nach dem Unfall nicht mehr so zuberlässig war als früher. Eine Reihe „verletzter Handlungen, mangelhafte schriftliche Rapporten“ wurden von ihm beanstandet und führten zu wiederholten Ermahnungen. Als sich aber größere Fehler ergaben, wurde der Verletzte entlassen und vom Kassenarzt später der Frankfurter Arzenamt überwiesen.

Die Frau des Erkrankten stellte nun durch Vermittelung des Arbeitersekretariats zu Frankfurt a. M. den Antrag auf Ge-

währung der Unfallrente, da doch die Krankheit nur als eine Folge des erlittenen Unfalles anzusehen sei. Die Berufsgenossenschaft stellte dem Chirurgen der Arzenamt diese Unfallsakten zur Verfügung und erbat sich ein Gutachten über diesen Fall.

Professor Sioli stellte in seinem Gutachten fest, daß der Erkrankte an einer Reihe von körperlichen und geistigen Lähmungserscheinungen leide. Seine Sprache sei unsicher, stotternd und zeigete sich Auslassungen von Silben und Worten. Der Gang sei schwankend und gespreizt. Im Gesicht bestehe ein häßliches Zittern und Zucken der Muskeln, der Junge und Hände. Der Kranke leide an „Dementia paralytica und Tabes dorsalis, chronischer Erkrankung des Nervensystems“, welche nach allgemeiner Erfahrung und wissenschaftlicher Anschauung nicht auf solche Unfälle, wie der vorliegende, zurückzuführen sei, da es sich bei dem Verletzten nur um eine „Quetschung der rechten Seite, nicht aber um eine Kopfverletzung oder Gehirnerschütterung handelt“.

In der Berufung zum Schiedsgericht wies nun die Ehefrau des Verletzten besonders darauf hin, daß ihr Ehemann am Tage des Unfalles auch über heftige Schmerzen im Hinterkopfe geklagt und angegeben habe, daß er bei dem Sturz „gegen eine Mauer geschleudert worden sei“.

Sie ersuchte um Vernehmung der Zeugen des Unfalles und des Kassenarztes, welche ihre Angaben bestätigen würden.

Das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung zu Wiesbaden fand es aber gar nicht für nötig, diesem Antrage stattzugeben und stützte sich nur auf das Gutachten von Professor Sioli, das ja eine Erkrankung infolge des Unfalles ausdrücklich bestritt.

Bei dem Refus mußte nachgeholt werden, was das Schiedsgericht verkannt hatte. Die Unfallzeugen gaben der armen Frau eine schriftliche Erklärung, daß der Verletzte circa 2,20—2,40 Meter tief herabgefallen sei. Ein Zeuge erklärte, daß Sch. auf den Kopf stürzte, so daß „ich glaube, er hätte das Genick gebrochen“. Ein anderer Zeuge gab an, daß der Verletzte „rücklings herunter, mit dem Kopf gegen eine Mauer gefallen“ sei.

Nachdem das Reichsversicherungsamt die Zeugen eidlich hatte vernehmen lassen, wurde Professor Dr. Sioli nochmals zu einem Gutachten aufgefordert, weil jetzt die Kopfverletzung festgestellt worden sei.

Der Arzt erklärte denn auch, daß durch „diese neuen Zeugenangaben ein neues, früher nicht bekanntes Material zu der Entstehungsgeschichte der Krankheit des Sch. geliefert“ worden sei. Der Verletzte sei dauernd bettlägerig geworden und ließen sich jetzt „die Bewegungsstörungen durch eine Gehirnerkrankung allein erklären“. Vor dem Unfall sei der Verletzte gesund gewesen, habe nie Syphilis durchgemacht, komme von gesunden Eltern, habe gesunde Kinder. Es habe sich also einige Wochen nach dem Unfall eine Gehirnerkrankung entwickelt, welche schleichend sich verschlimmerte und nach und nach zu den Lähmungserscheinungen geführt habe. Der Schluß des sehr interessanten Gutachtens lautete: „Daß nach den neueren Zeugenangaben die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, und sogar eine gewisse Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß die Krankheit des Sch. allein als Folge des erlittenen Unfalles anzusehen ist.“

Das Urteil des Reichsversicherungsamtes war nun vorausgesehen, und erhielt die Familie des inzwischen verstorbenen Verletzten die Rente zugesprochen.

Auch dieser Fall zeigt wieder, wie eigenartig die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung arbeiten. Wäre die geplante Reichsversicherungsordnung schon in Kraft gewesen, so hätte die arme Witwe keine Rente erhalten, weil nach den Absichten der Regierung künftig der Refusdweg abgeschnitten werden soll. Das Schiedsgericht hätte endgültig entschieden, die Zeugen wären gar nicht mehr vernommen worden.

Gerichts-Zeitung.

Im das Streikpostenwesen erlaubt?

In Helmstedt, im Herzogtum Braunschweig, wurden im Mai dieses Jahres die Litzler von der Berliner Firma Sefeldt ausgeperrt. Die Ortspolizeibehörde erließ im Laufe des Streiks eine öffentliche Bekanntmachung, laut welcher auf Grund der Städteordnung bestimmt wurde, daß das Publikum allen Anordnungen, die von den dienstituenenden Gendarmen und Polizeibeamten zur Erhaltung der Ruhe, Ordnung und Sicherheit in den Straßen der Stadt und vor dem Bahnhofe getroffen würden, unbedingt Folge zu leisten habe. Zuwiderhandelnde sollten mit Geldstrafe bis zu 15 M., eventuell mit Haftstrafe bedacht werden. — Einige Streikposten lehrten sich jedoch nicht an die Anordnungen der Gendarmen und gingen nicht fort, als sie von ihrem Posten weggefahren wurden. Sie erhielten Strafmandate, die das Schöffengericht und das Landgericht bestätigte. — Auf die von den Verurteilten eingelegte Revision hat jetzt der Strafsenat des Oberlandesgerichts die Verurteilten freigesprochen und die Kosten, einschließlich der für die Verteidigung der Kläger, der Staatskasse auferlegt. Der Freispruch wird aber nicht damit begründet, daß das Streikpostenwesen gesetzlich erlaubt sei, wie das Klapp und klar von höheren Gerichtsinstanzen oft schon erklärt worden ist, sondern er stützt sich auf eine falsche Anwendung der Polizeiverordnung. Die vielen juristisch sich widersprechenden Ansichten über das Recht des Streikpostenwesens sind somit um eine neue vermehrt. — Im Urteil wird gesagt, daß die Polizeiverordnung deshalb rechtswidrig sei, weil sie eine Strafandrohung enthalte. So wenig die Polizeibehörde ihre Unterbeamten zum Erlaß allgemeiner Anordnungen ermächtigen könne, so wenig könne sie, worauf es hier allein ankomme, diese ermächtigen, im Einzelfalle Anordnungen mit der Wirkung zu treffen, daß der bloße Ungehorsam gegen diese strafbar sei. Der bloße Ungehorsam gegen die Anordnungen der Exekutivorgane sei noch keine strafbare Handlung, wohl aber sei die polizeiliche Handlung selbst eine rechtmäßige Ausübung und könne von dem Weanten erzwingen werden. Ein Widerstand dagegen sei nach § 113 des Strafgesetzbuches strafbar. In dem vorliegenden Falle habe der Polizeibeamte aber gar keinen Versuch gemacht, die Befolgung seiner Anordnung zu erzwingen, der nur ein passiver Widerstand entgegengesetzt worden sei. Deshalb müsse auch Freispruch erfolgen. — Die Begründung des Urteils stellt die Möglichkeit des Streikpostenwesens ganz in das Bestehen eines Gendarmen oder Polizisten. Die Arbeiter können sich zwar nachträglich beschweren, allein wenn sie mit einer solchen Beschwerde ausnahmsweise einmal Erfolg haben sollten, nützt es ihnen nichts mehr; der Kampf ist dann schon beendet. Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter bleibt demnach zumeist nur ein solches von Polizisten Gnaden.

Vermischtes.

Eisenbahnunfälle.

Einer Meldung aus Kaiserslautern zufolge, stieß in der Station Neuhemsbach-Sembach eine Nachschubmaschine auf den letzten Wagen eines Zuges, dessen Insassen beurlaubte Militärpersonen waren. Dreizehn Soldaten erlitten leichte Kopfverletzungen. Der Materialschaden ist unbedeutend.

Bonn, 28. Dezember. Wie die Direktion der Rhein-Uferbahn mitteilt, entgleiste heute nacht auf der Station Bonn-Ellerstraße der um 12 Uhr nacht von Köln abgegangene Schnellzug, weil der Führer über die Station hinaus mit großer Geschwindigkeit in die kleine Kurve fuhr. Der Triebwagen entgleiste und der Anhängewagen wurde gegen den Triebwagen gestoßen. Ein Passagier erlitt einen Unterschenkelbruch, einige Personen wurden leichter verletzt. Der Materialschaden ist unerheblich. Der Verkehr, der am Vormittag durch Umsorgen aufrecht erhalten wurde, war heute mittag wieder in Ordnung.

Gedenksiefern für die Messina-Katastrophe. Aus Rom wird vom gestrigen Tage berichtet: Aus Anlaß des Jahrestages der Erdbeben-

katastrophe in Kalabrien und Sizilien fanden heute in ganz Italien Gedenkfeiern statt. In Reggio sind zum Zeichen der Trauer alle Geschäfte geschlossen. Viele Gebäude haben halbmaße geflaggt. Behörden und Vereine begaben sich in feierlichem Zuge an das gemeinsame Grab der Opfer, wo ein Bronzekreuz niedergelegt wurde. Der Bürgermeister im Erdbebengebiet sind überaus zahlreiche Beileids-telegramme zugegangen.

Der Familienmord von Rindwil.

Ueber die Entdeckung des Mörders des furchtbaren fünffachen Mordes auf dem Bauernhof Hubacher bei Rindwil werden neue Einzelheiten bekannt. Gestern starb noch als fünftes Opfer das älteste Kind der ermordeten Eltern Bisang, die 15jährige Tochter, die in der Schredensnacht einen furchtbaren Nervenschlag erlitten hatte. Nach dem vom Mörder Mathias Ruff gestern abgelegten Geständnis hat sich das furchterliche Drama folgendermaßen abgespielt: Ruff begab sich am letzten Montag nacht zwischen 10 und 11 Uhr zum Großviehhändler Bisang auf Hubacher unter der Vorgabe, eine Kuh von ihm kaufen zu wollen. Dort wurde zuerst in der Stube „gesprächelt“, wobei Frau Bisang dem Ruff noch Erfrischungen reichte. Dann gingen Bisang und Ruff mit einer Laterne in den Stall, um die Kuh zu beschlagen. Hier zog Ruff den Revolver und gab in unmittelbarer Nähe zwei Schüsse auf Bisang ab. Jetzt begab er sich in die Stube des Bisang, trat in das Schlafzimmer der Frau und tötete sie mit zwei gleichen Schüssen. Aus dem namenlosen Schreden, der im Anstich der Leiche der Frau Bisang zu sehen war, geht hervor, daß sie den Mörder, aus dem Schlafe erwachend, noch gesehen hat. Nach dieser Tat ging Ruff in das obere Stockwerk, schlich sich in das Zimmer des Knechts Huber und brachte diesem einen Schuß in die Schläfe bei. Der Getroffene taumelte noch auf ein Tischchen in der Nähe der Türe zu, sank dort nieder und erhielt vom Mörder den zweiten Kopfschuß. Fast im gleichen Augenblick erschloß er, wieder mit zwei Kopfschüssen, auch noch sein viertes Opfer, den Knecht Joseph Huber. Drei Knechte nebenan wagten sich nicht zu rühren aus Angst, sobald sie die Türe öffneten, niedergeschossen zu werden. Hierauf ging Ruff in den ersten Stock zurück, nahm eine Reiswelle und die Petroleumkanne, legte die Welle vor die Stubentür, den einzigen Ausgang aus dem Schlafzimmer der Kinder, und steckte sie in Brand, nachdem er sie mit Petroleum begossen hatte. Das Haus sollte mit Kindern und Leichen verbrannt werden. Wenigstens gelang dieser rachsüchtige Plan nicht. Vorher hatte der Mörder im Schlafzimmer der Frau Bisang die Auffahrtstreppe aufgespritzt, Wertpapiere und anderes wertlos herausgerissen und in einen Unterrod der Frau Bisang eingewickelt. Mit dieser Beute begab er sich dann in den Stall zurück. Dort machte er sich an der Leiche des Bisang, eines schweren Mannes, zu schaffen. Er schleifte sie zu einem Streubauern in der Nähe des Jauchehäufers, begrub sie darin, goß Petroleum über den Haufen und zündete ihn an, ebenso die Scheune. Das Feuer verbrannte auch den Vordel des Jauchehäufers, und die bereits halb verlohnte Leiche Bisangs fiel hinein. Der Mörder hatte sein furchterliches Werk beendet. Er ging nun zunächst zur Scheune, begrub dort die Schriften und die blutigen Kleider und verstaubte einen Teil des Geldes. Der Mörder mordete Bisang, um erstens seine Schuldverpflichtung gegenüber diesem zu vernichten, und zweitens, um das Geld zu rauben, dessen er bedurfte. Es war nämlich allgemein bekannt, daß Bisang stets große Summen zu Hause hatte.

Soeben erschienen:

Goethes Werke
in sechs Bänden.

Im Auftrage der Goethe-Gesellschaft ausgewählt und herausgegeben von Erich Schmidt.

Elegante Ausstattung.
Preis nur 6 Mark.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW., Lindenstr. 69
(Adem).

Reste

Damenhaube, schwarz u. farbige, Kostümstoffe, neue, Paletots, Sammet, Besätze, Futterstoffe, Plüsch, zu Mänteln, Ohren-Kammern, Garnen zu Knaben-Anzügen.

Konfektion:
Paletots, Jackotts, Staubmäntel, Kostüme, Kostümstücke.

Stets Gelegenheitskäufe!
Paul Karle,
Warschauerstr. 18. (1*)

Stets Bouillon im Hause

Jede Hausfrau kann in einer Minute durch einfaches Aufgießen von kochendem Wasser auf den echten

Brühl's Kraftbrüh-Würfel

eine vorzügliche nahrhafte Bouillon herstellen, die nach dem Gutachten des vereidigten Chemikers Dr. Jeserich-Berlin vollkommen einer aus frischem Fleisch hergestellten Fleischbrühe entspricht



Allgemeine Nahrungsmittel-Gesellschaft
Brühl & Cie., Berlin SO. 16

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Verwaltung Groß-Berlin.
Todes-Nachrichten.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Aufsichtsrat **Paul Dehmel** am Sonntag, den 26. d. M., im Alter von 37 Jahren an Magenkrankheit gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 29. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes am Urban aus nach dem Heilig-Kreuz-Friedhof in Mariendorf statt.
Ferner starb unser Kollege, der Holzarbeiter **Roman Bloch** am Sonntag, den 26. d. M., im Alter von 46 Jahren an Herzschlag.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 28. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes Rixdorf, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
72/3 Die Verwaltung.

Am 27. Dezember, 4 1/2 Uhr, starb mein lieber, guter Mann, der Maurer **Emil Polesky** nach langem Leiden.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Dezember, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Die trauernde Witwe.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Am 27. Dezember verstarb unser langjähriges Mitglied **Emil Polesky** (Bezirk Osten II.)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute am Donnerstag, den 30. Dez., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus.
Um rege Beteiligung ersucht
140/9 Die Verbandsleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpolierer **Robert Bode** am 26. Dezember gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 29. Dezember, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Georgen-Kirchhofes, Landsberger Allee, aus statt.
94/6 Die Ortsverwaltung.

Am 27. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr, verschied mein lieber Mann, der Restaurateur **Emil Lüdtko** im 22. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrübt hiermit an im Namen der Hinterbliebenen **Frau Else Lüdtko** geb. Browell.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Dezember, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schöneberger Friedhofes im Ostgelände aus statt.

Am Montag, den 27. d. Mts., abends 9 1/2 Uhr, verschied nach langem, schwerem Leiden durch Herzschlag mein innigst geliebter Mann, unser lieber, guter Vater, Schwieger- und Großvater **Louis Facius** im Alter von 59 Jahren.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 31. d. Mts., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakob-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
435

Verband der Buch- und Steindruckerei-Mitarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Am 27. Dezember starb plötzlich am Herzschlag unser Kollege **Albert Götz.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Danes-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
27/15 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klavierarbeiter **Gustav Kallmeyer** am 26. Dezember gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 28. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
94/5 Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben unvergesslichen Mannes, unseres Vaters und Schwagers **Hermann Steinmüller** sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere Herrn Stadt-Sekretär sowie den Mitgliedern des Gesangsvereins Schöneberger Männerchor und des Baltharvereins unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen **Wwe. Steinmüller u. Kinder.**

Westmanns Trauer-Magazin
Extra-Abteilung
I. Geschäft: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemer Straße).
II. Geschäft: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehr gr. Auswahl fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleiher etc. vom einfachsten bis zum hoch- elegantesten Genre zu äußerst niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: **Maßanfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

H. Pfau, Bandagist
Berlin Direksenstraße 20
wollenen Schuhwerk Alexanderplatz und Volzgeprüfium. — Amt VII, 13799
Für Damen Frauen-Bedienung. *
Lieferant für alle Krankenkassen.

21 Grundet 1884 21
Pelz-waren.
Engros-Export.
S. Schlesinger
Neue Königstr. 21 (Ordonnanzhaus)
Kein Laden!
II. Etage.
Einzelverkauf
wie alljährlich zu billigsten Preisen
Pelz-Stolas Muffen Eislaufbarets.
21 Sonntags geöffnet. 21

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Donnerstag, den 30. Dezember, abends 8 1/2 Uhr:
Sitzung der Ortsverwaltung
im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15, Eingang B, Zimmer 5.
Jalousiearbeiter.
Heute, Mittwoch, den 29. Dezember, abends 8 Uhr:
Öffentliche Branchen-Versammlung
bei Boeker, Weberstraße 17.
Einsetzer.
Sonntag, den 2. Januar, vormittags 10 Uhr:
Branchen-Versammlung
im Gewerkschaftshause, Engelufer 14/15, Eing. B, part., Zimmer 5.
Tages-Ordnung:
1. Tätigkeitsbericht der Kommission für das Jahr 1909. 2. Neuwahl der Kommission. 3. Aufstellung der Kandidatenliste zur Wahl der General-versammlungs-Delegierten.
Mittwoch, den 5. Januar, finden die **Vertrauensmänner-Versammlungen d. Branchen u. Bezirke** statt. Noch ausstehende Vorschläge zur Kandidatenliste der General-versammlungs-Delegierten müssen bis zum 5. Januar beim Obmann eingereicht sein.
Das **Verbandsbureau** ist am Freitag, d. 31. Dezbr. (Silvester), von 1 Uhr ab und am 1. Januar den ganzen Tag geschlossen.
Die **Einkassierung der Beiträge** in den Zahlstellen erfolgt am 31. Dezember von 6 bis 7 Uhr abends.
94/4 Die Ortsverwaltung.

Zum Kampfe gegen die Branntweinsteuer!
Alkoholfreie Punsche
von höchstem Wohlgeschmack und hervorragendem feinem Aroma bereitet man sich selbst aus Rosé Original-Extrakten, Preis pro Flasche **75 Pf., 90 Pf., 1 M.**
Anfolge der außerordentlichen Ergiebigkeit von Rosé Original-Extrakten erhält man aus jeder Flasche **6 Ltr. trinkfertigen Punsch.**
Vorrätig mit Annas-, Blau-, Grog-, Himbeer-, Kaffee-, Orang-, Zitronen-, Erdbeer-, Schlemmer-, Schwebisch-, Vanille-Aroma a 75 Pf., Düsseldorf-Extrakt a 90 Pf., Burgunder-, Kellar-, Rosé-, Cherry-, Tee-, Victoria-Aroma a 1.- M.
Such: Rezepte zur Herstellung aller alkoholfreien Getränke entz., gratis! Enorme Ersparnis! Einfachste Zubereitung!
Es gibt nichts Besseres!
Max Noa, Berlin, Elsasser Str. 5, rechte Seite, drittes Haus und Nieder-Schönhausen, Treskowstr. 5.

umfassende Sachkenntnis und sehr große Erfahrungen haben es nur ermöglicht,
JOSETTI JUNO
CIGARETTEN
In so außerordentlicher Vollendung herzustellen, dass sie auch von sachverständigsten Rauchern als beste 2 Pf.-Marke bezeichnet werden. Ihre Qualität rechtfertigt dies Urteil aber auch vollkommen und die ihr zuteil gewordene Anerkennung ist darin wohl begründet.
Josetti-Juno-Cigaretten m. u. o. N. 10 Stck. 20 Pf.
Josetti Cigarettes Josetti Cigarettes



Inventur bei Westmann
I. Gesch. Berlin W., Mohrenstr. 37a (u. d. Kollonnad.) II. Gesch. Berlin NO., Gr. Frankfurterstr. 115 (2. Haus v. d. Andreasstr.)
heißt:
Verkauf der gesamten Bestände ohne Rücksicht auf den Wert!!
Bitte, nutzen Sie die Vorteile aus!
Seidenplüsch Mäntel
(besonders auch für starke Figuren)
teilweise M. 60.- 80.- 120.- 150.- 200.-
Persianer Jacketts! Nerzmurmel-Jacketts!
teilweise u. 50.00-300.00 kurz und lang von 100.00 an
Stolen, Muffen, Mäntel, Paletots Jacketts, Gesellschafts-Kleider Abend-Mäntel.
Übergangsmäntel Kostümröcke
teilweise ermäßigt v. 30 auf 2 M. teilw. ermäß. v. 15 auf 4 M.
Kostüme
Vergleichen Sie die Ermäßigung!
teilweise von Mk. 50.-, von Mk. 45.-, auf Mk. 12 1/2, auf Mk. 10.-, teilw. v. M. 105.-, v. M. 140.- usw. b. M. 450 auf M. 25.-, a. M. 36.- usw.
GRATIS! 2 1/2 m Stoff zu einem Rock auf Wunsch b. Einkauf v. nur 12 an!
Nur ganz kurze Zeit!

Eilt! Für Silvester! Eilt!
empfehlen wir unser großes Lager in allen Sorten Gläsern über **Hundert Tausend** Stck. Lagerbestand zu Engros-Preisen.
L. Katz & Co.
Spezial-Geschäft für Gastwirts-Artikel
Spandauerstr. 45, am Molkenmarkt.
Filialen: Rixdorf: Bergstraße 65, am Ring; Hauptstraße 59/60.
Brandenburg a. H.:

Großgläser 5, 10, 12 bis 35 Pf.	Weingläser 10, 15, 20 bis 60 Pf.	Sektgläser 10, 25, 35 bis 60 Pf.	Likörgläser Wassergläser 5, 7, 10 bis 25 Pf.
Bowlen Bowlen-Kannen Bowlen-Gläser	Bierbecher 7, 10, 12, 15 bis 50 Pf.	Scherzartikel in großer Auswahl	Neujahrs- Zigarren-Spitzen von 3 Pf. an

Abzahlungsgeschäfte Credit-Haus Moabit Turmstraße 35, Ecke Waldstraße gewährt jedem bei spielend leichter An- und Abzahlung mehrjährigen Kredit auf Waren und Möbel.

Lubascher, S. Spandau, Potsdamerstr. 23 I. bestes & Pl. kühlendstes & Pl. Schönberg, Kolonnenstr. 9 am Ringbahn.

Sinaleo (Bilzbrause) Gen.-Vertreter Otto Starick NO, Landsberger Allee 6/7. Fernruf VII. 1606 und 1554.

Bäckereien, Konditorien Eisenhüttenstraße, viel jährl. u. brit. exp. B.P., „Feronia“ 157307

Oskar Hanke's Brotbäckerei 75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf. Gegründet 1892.

Hankes Brotbäckerei Inh.: Paul Hanke. Läden in allen Stadtteilen. Herberg, Paul, Amsterdamstr. 23.

Th. Turban Landbrotbäckerei, Niederbarnimstr. 5, Landsb. Allee 146.

Ulbrich Charlottenburg, 20 Filialen. Badeanstalten August-Bad, Köpenicker Str. 60/61.

Cylix, G., Filialen in allen Stadtteilen. Seiffert, Erich, Filialen in Berlin und Vororten.

Wende, A., Turmstr. 24, Optiker. Zimmer, Rich., gr. Frkf. Str. 112.

Beerdigungsanst., Sargm. Fuchs, Paul, Frankfurter-Allee 143.

Beleucht.-Gegenstände Büttner, A., Danzigerstr. 96.

Berufsbildung Bohn, R., Inv.-St. 135, Chaussee 129.

Wilh. Scholem Kottbusdamm 94, Keller.

Schuch, M., Rixdorf, Berlinerstr. 12.

Beerbrauereien, Bierhds. Bergbrauerei Bergstr. 22

Patzenhofer Brauerei Die Patzenhofer Flaschenbiere sind in allen einschlägigen Geschäften erhältlich.

Berliner Bock-Brauerei Berliner Oswald, Brunnenstr. 141/42.

Berliner Weißbier-Brauerei, Carl Richter, Berlin, Daldorf-Str. 3, T. 1989.

Brauerei „Germania“ Aktien-Gesellschaft. In ca. 100 eig. Ausschanklokal.

Brauerei Königstadt feinste Qualitätsbiere. Brauerei Alt-Berlin, Charlottenb.

Brauerei Pfefferberg, Versand- und Pilsener Bier. Brauerei Weissensee, G. Enders.

Vereins-Brauerei Berliner Kindl. Weißbier-Brauerei, vorm. H. A. Bolle.

Butter, Eier, Käse Butterhandlung J. F. Assmann 30 Filialen in Berlin O.

Cacao, Chocolate Beer, Gust., Müllerstr. 158.

Damenkonfektion Hugo Ahronfeld, Gr. Frankf. Str. 117.

Paul Loewenthal Rosenthaler Straße 16/17.

Drogen u. Farben Centr.-Drog., Spandau, Neumeisterstr. 8.

Eisen- u. Stahlw., Waffen Ain, O., Hl., Kaiser-Friedrichstr. 6.

Kniessing, G., Rixdorf, Bergstr. 32.

Fahrräd., Nähmaschinen Baum, Emil, Schönberg, Herberstr. 1.

Fahrrad-Müller „Frisch auf“ Brunnenstr. 25, Kottbusdamm 9.

Fiedler, G., Spandau, Klosterstr. 40.

Carl Pollnow, Frankfurter Allee 63, 20 Filialen.

Berliner Dampf-Wäscherei Fritz Hering, Neue Königstr. 84.

Osw. Naefe Wäscherei chem. Wäscherei Fhr. Britz, Rüdowstr. 34.

Stenzel, Paul, 10 Geschäfte in Nord-Berlin.

Fischhandlungen Winkler & Bärthold, Bergstr. 5 u. 57.

Fleischereien u. Wurstw. Biesold, K., Hl., Hermannstr. 147.

Wurst, Speck, Schinken Anton Fehlau, Gonthardt, Stadtbahnbogen Ecke.

Phonographen-Ratz größtes Spezialhaus. Pietsch, Hugo, Müllerstr. 165.

Rund um Berlin Weinmeisterstr. 2. Wandelt, Teilzahlung gestattet.

Haus- u. Küchengeräte Graff & Heyn, Wilmsdorfer Straße 118/119.

Herren-Artikel Bazar-Brünnen, Brunnenstr. 66.

Blitz! nur Goltzstr. 36. Bohn, R., Inv.-Str. 135, Chaussee 129.

Ringel! Sie kaufen reell auch nach Maß. Rosner, Max, Schneidemeister, Rixd., Bergstr. 30/31.

Schlesinger, H., Hof- & Kuchengesch. Turmstr. 58 u. Reinickendorferstr. 48.

Werner, Erich, Schloßstr. 184, Am Schönh. Tor.

Möbelmagazine Balla, Georg, Gubenerstr. 22.

Kaufhäuser Falkenstein, Paul, Hochstädter-Straße 1.

Emil Hoegner Schöneberg Grunewaldstr., Ecke Akazienstr.

Kaufhaus Gustav Pinkus Müllerstr. 155 a, streng reelle Bedien., bill. fest. Preise.

Kaufhaus Gebr. Preuß Berl. NW, Bunsen-, Ecke Huttenstr.

Kohlen, Koks, Erikkette Prinsen Allee 71.

Loebell, L., Kohlenbahnhof, Wedding.

Alexander Bischoff. Grase, O., Rl., Bergstr. 101.

Michaelis, Paul, 5 Geschäfte in Nord-Berlin.

Korbwaren, Kinderwagen Baby-Bazar Davidsohn, Reinickendorferstr. 5.

Manufakturwaren Belwe Nachf., Otto, Turmstr. 50.

Mehlhandlungen Adler, M., Kolonialw., Frkf. Allee 57.

Gaige, Otto, Charlottenburg, Frankf. Allee 188.

Schleinitz, A., Mariannenstr. 14, Markth. Marheinekepl.

Möbelmagazine Balla, Georg, Gubenerstr. 22.

Möbel-Gelegenheitskäufe! Wirtschaftlicher Preiselagen Willy Hasemanns Möbel-Haus.

Möbel-Kaufhaus, Norden, Mühlentorstr. 151.

Möbel Krause Möbel Teilzahlung gestattet Möbel-Rosien, Allee 57.

J. Ostrowski jr. Gr. Frankf. Str. 1, am Frankf. Tor.

Neukirch, Gebr., Langestr. 9.

Schmidt, Otto, Möbelfabrik, Gartenstr. 52.

Stargard, O., Golog-Käufe u. Bar- u. Teillieferung.

Wendland, Ernst, Möbelfabrik - Bar- u. Teilzahlung.

Molkereien „Schweizerhof“, Meierei und Milchkuranstalt, Befert.

Nähmaschinen Bellmann, E., Gollnowstr. 26.

Optiker Dase, Paul, N. Müllerstr. 174.

Papier- u. Schreibwaren Seidler, Louis, Rl., Bergstr. 42.

Putz- u. Modewaren Rl., Hermannstr. 161 am Bahnhof.

Restorhandlungen Doleschal, H., Kolonialw. 159 a.

Conrad, Paul Frankf. Allee 171.

Fiebig, C., Winterfeldplatz Flor, Friedr., Sparr-Str. 17.

Hannes, Gust., Weddingpl. 1. Horstz., Grunewaldstr. 3, Fransektl. 14.

Räsener, Gelegenheitskäufe Salomon, J., Petersburgerstr. 29.

Uhren u. Goldwaren Art, Erwin, Kottb. Damm 25/26.

Abel, Goltzstr. 30 am Winterfeldplatz.

Schrader, Otto, Frankf. Chaussee Nr. 8.

Ueckermann, G., Skalarstr. 62.

Werner, Herm., Pappel-Allee Nr. 3-4.

Warenhäuser Brunn, Nachf., Allee 194.

A. Weiss & Co. Nachf. Schöneberg, Hauptstr. 11.

Hugo Beling Weine · Liköre. Flaschenverk. zu Engrospreisen.

Sello, Hermann, Pfl. 1. a. l. Einzellverkauf zu Engrospreisen.

Boeldicke, Max, Chaussee 67, Strpfl. u. Trikotagen.

Zahnatel. u. Zahnkünstl. Beyer, R., Rixdorf, Bergstr. 132.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Am 1. Januar (Neujahr), abends pünktlich 5 1/2 Uhr bei Rabe, Fichtestraße 29, gemütlicher Abend, bestehend aus Märchen- und Weihnachts- (Hr. Willi Kuffel), Rezitationen (Genosse Max Grundwald) u. a. m. Nachher: Tanz. Wir hoffen, daß die Genossinnen und Genossen mit ihren Kindern und sonstigen Bekannten recht zahlreich und pünktlich erscheinen. Die Kommission.

Weißensee. Den Wahlvereinsmitgliedern zur Kenntnis, daß die Vereinsbibliothek des Neujahrstages wegen morgen, Donnerstag, den 30. Dezember cr. abends von 8-9 Uhr geöffnet ist. Der Bezirksleiter.

Hermödorf. Am Freitag, den 31. Dezember (Silvester), veranstalten die Parteigenossen im „Porzhaus“ ein gemütliches Beisammensein mit Tanz, wozu die gesamte Arbeiterchaft des Ortes herzlich eingeladen ist. Der Bezirksführer.

Berliner Nachrichten.

Auf dem Selbstmörderfriedhof.

Weihnachten kam mir der Gedanke, hinaus zu gehen zu jenen, die vom Leben zermalm, ungeliebt und ungenannt im kühlen Waldesgrunde schlummern. Nicht weit von der Landstraße, die nach Schildhorn führt, breitet sich an lichter Waldesstelle, von vielen nicht gekannt, von wenigen nur aufgesucht, ein silbes, einfaches Fleckchen Erde aus.

Regenschauer lagerten die Wolken am Himmel. Die Luft war feucht und rau. Die kahle Natur schien in ein Meer von Schwermut getaucht, so grau und müde grünte die Einsamkeit hinter den nackten Stämmen hervor. Starr und leblos lag der sagenumwobene Teufelssee da, und nur wenn der robuste Dezemberwind über ihn wegfuhr, knackte das dünne Eis wie feines Porzellan. Nichts von dem scheinheiligen Schein unserer Christenwelt über die angebliche Geburt eines Erlösers durchbrauste meine Brust, als ich die Ruhestätte derer betrat, die sich selbst erlöst hatten. Nur wehe, schmerzliche Empfindungen, kalte Schauer wälzten sich zentnerschwer über meine Seele.

Ein kleiner Platz, von einem schlichten Drahtgeflecht umzäunt, nimmt den Wanderer auf. Gleich am Haupteingang fällt sein Blick auf eine Holztafel mit der Mahnung:

Wanderer, der du dich nicht Dieser Stätte des Friedens, Schöne die Steine, Die Liebe gesetzt den Toten."

Liebe! Wie wenige Gräber zeugen hier von dieser köstlichen Gabe. Viele haben wohl je kaum eine liebende, pflegende Hand wahrgenommen. Es mögen weit über hundert sein, die hier unter gefallenen, eingesunkenen Hügeln Ruhe gefunden.

Ruhe und Frieden atmet hier alles in der Stunde. Eine geheimnisvolle, feierliche Stille weht über der Totenstätte, bei der das Herz des Besuchers kaum zu pochen wagt. Hohe, finstere Nischen recken ihre dunklen Arme wie anfliegend zum Himmel empor. Nur wenn die Elemente toben, wenn die Erde unter den Donnerschlägen erbebt und alle Baumriesen trachend auseinander bersten, dann klingt es wie wilde Aufschießende gepinzelte Kreaturen durch den Aufruhr und in den sturmgepeitschten Kronen stöhnt und ächzt es schauerlich. Heute aber, da ich sinnend zwischen den Gräbern wandle, lagert das große Schattendämon über dem Wald. Das Brausen der Weltstadt dringt nicht bis zu dieser Stätte der Namenlosen. Und namenlos sind alle, über deren Hügeln im Sommer das Unkraut wuchert, wo nie eine heiße Träne den Boden nekt. Starre Nummern ersetzen den Namen, niemand kannte, niemand vermehrte die Toten, als sie in die Grube sanken. Verflunten und vergessen.

Alle starben sie eines gewaltigen Todes. Die Mehrzahl schnitt den Lebensfaden mit eigener Hand ab, nur wenige ruhen hier, die der Tod tödlich niedermähte. In allen Altersstufen hat die kalte Faust des Senfemannes sie gepackt. Hier schläft ein Jüngling, kaum dem Knabenalter entwachsen, dort ein Greis, dem die Fülle der Jahre das Haar gebleicht. Von Menschenfischen erzählen die stummen Hügel, von gehorteten oder nie gefundenem Lebensglück, von getäuschtem Hoffen, von gescheiterten Existenzen und von der kaltherzigen Grausamkeit unserer Gesellschaft. Da deckt die Scholle einen neunzehnjährigen Sohn. Neunzehn Jahre — lachende Jugend, voll strophender Kraft und sturmstrotzender Mut — ach, hier im engen Bette modert ein junges Herz. Keine Inschrift teilt den Namen mit. Was geht's die Welt an, die fremde, wer hier ruht? Eine Mutter ist da, die es weiß, eine arme, leidbegeugte Mutter, die ihrem früh entrissenen Kinde innige Worte in den für immer verstummten Mund legt:

Geliebt — beweint! Mein frühes Grab, mein junges Glück, Drum, Mutter, ruh mich nicht zurück. Ich lebe noch und liebe Dich In diesem schönen Himmelsticht!"

Abwärts liegt ein Elternpaar im Tode vereint, dessen Grab von den überlebenden Kindern liebevoll im Stande gehalten wird. Auch hier verahnt der Grabstein den Namen der Toten.

Von einer Liebestragödie gibt ein gutgepflegtes Grab Kunde. Zwei Liebende sind es, die hier dem Tode abtröteten, was das Leben ihnen nicht geben wollte. Zwei Menschenknospen, kaum entfaltet, traf sie der Tod ins Herz. Er 23, sie 22 Jahre, berichtet die namenlose Inschrift des roten Sandsteinmonuments, das ein Kreuz schmückt. — „Sie konnten zusammen nicht kommen, das Wasser war allzu tief.“ Weiter schreitet der Fuß an Hügel vorbei, wo zerfahrene Lebensstämme strandeten.

War es Hunger, war es Liebe, fremde oder eigene Schuld, Krankheit oder menschliche Tüde, die end vor der Zeit verweisen ließ? Wo die Inschriften es nicht verraten, wird es niemand mehr erfahren. Verweht und vergessen. Wo ein Schifflein unterlief, fluten die Bogen darüber hinweg, nur ein paar Ranken treiben dem Ufer zu. Brennendes Weh erfüllte mein Herz und bange Zweifel peinigten mein Hirn, als ich langsam dem Ausgange zustrebte. Immer und immer wieder schrie es in mir auf: „Warum? Warum?“ Und wie als Antwort haben in der Ferne Feiertagsglocken an zu läuten. Dumpf und schwer rollten die Klänge über den winterlichen Wald hin. „Christ ist geboren, der Heiland und

Erlöser!“ sollten sie verkünden. Mich aber packte eine stumme Wut ob der Lüge, die nun schon bald zwei Jahrtausende die Menschheit äßt und narzt. Und im Geiste sah ich die Toten sich erheben und die knochigen Hände ballen, als stummer und wuchtiger Protest gegen die gleißende Volkshast. „Nein, der Erlöser der Menschheit ist noch nicht geboren, aber schon verkündet der drohende Tritt aus der Ferne sein Nahen.“

Als ich so dachte und durch die Pforte schritt, brach die Abendsonne siegesmutig durch die Wolfendäcke und übergoß die Gräber mit purpurner Blut, ein lebendiges Symbol für den kommenden Erlöser Sozialismus.

Magistrat und Wahlrecht städtischer Arbeiter.

Der Magistrat hat an die städtischen Verwaltungsstellen folgende Verfügung erlassen:

„In Zukunft ist, wie in einzelnen Fällen schon wiederholt angeordnet worden ist, sämtlichen städtischen Angestellten und Arbeitern auf ihren Antrag Gelegenheit zu geben, ihr Wahlrecht zu den Reichstags-, Landtags- und Stadtverordnetenwahlen auszuüben.

Die Wahltermine sowie die Wahlzeiten dieser Wahlen sind jedesmal aus unseren Bekanntmachungen im „Gemeindeblatt“ zu entnehmen. Dem pflichtmäßigen Erweisen der einzelnen Verwaltungsstellen bleibt es überlassen, die erforderlichen Anordnungen hinsichtlich der Regelung des Dienstes und Erteilung des Urlaubes zu treffen, um den genannten Personen unter Berücksichtigung der Wahlzeiten und der persönlichen Verhältnisse der einzelnen und unter Vermeidung von größeren Dienst- und Arbeitsstörungen, soweit solches sich ohne Beeinträchtigung des beabsichtigten Zweckes erreichen läßt, die Ausübung des Wahlrechts zu ermöglichen.

Für den Fall notwendig werdender Verurlaubung tritt eine Kürzung der Dienst- oder Lohnbezüge ein.“

Magistrat.

So selbstverständlich es sein sollte, den Angestellten und Arbeitern der Stadt Zeit und Gelegenheit zur Ausübung ihres Wahlrechts zu geben, so oft hat sich noch bei den letzten Wahlen gezeigt, daß an verschiedenen Stellen den Arbeitern gegenüber diese Selbstverständlichkeit nicht geübt worden ist. Und wir wollen nur hoffen, daß in Zukunft streng nach dieser Verfügung gehandelt wird.

Einspruch erheben müssen wir gegen den Schlussatz in der Anordnung, nach der für den Fall notwendig werdender Verurlaubung eine Kürzung der Dienst- oder Lohnbezüge eintreten soll.

Das bedeutet doch für die Wähler, die infolge ihres von der Arbeitsstätte recht entfernt liegenden Wohnortes und Wahllokals Urlaub nehmen müssen, eine Einschränkung ihres Wahlrechts und ist um so ungerechtfertigter, als die Beamten eine Kürzung ihres Gehalts nicht zu gewärtigen haben.

Wir nehmen einstweilen zugunsten des Magistrats noch an, daß in der Bekanntmachung das Wortchen „nicht“ fehlt, im anderen Falle soll der Magistrat dieses „nicht“ sofort einfügen.

Die Weiterbildung von Gewerbegehilfen zu fördern, ist der Zweck einer Reihe von Stiftungen, die der Stadt Berlin zur Verfügung stehen. Sie sind aber gerade in den Kreisen, denen sie zugute kommen sollen, nur wenig bekannt. Die alljährlichen Verwaltungsberichte der Deputation für die Fach- und Fortbildungsschulen bringen einige Angaben über Stiftungen dieser Art sowie über die Unterstüßungen, die daraus bewilligt wurden. Doch ist zu wünschen, daß auch die Schüler der Fach- und Fortbildungsschulen hinreichend darüber informiert werden, welche Hilfsquellen sie nötigenfalls in Anspruch nehmen können. Es genügt nicht, daß dem einen und dem anderen Schüler, der einem einzelnen Lehrer oder dem Schulleiter „würdig“ erscheint, ein wohlwollender Wink gegeben wird. Wenn man alle diese Stiftungen zusammenfaßt — sie „beruhten sich“ bei verschiedenen Behörden und Verwaltungsstellen — so mag eine ziemliche Anzahl zusammenkommen. Bei nicht wenigen aber ist leider das Kapital sehr mäßig, bei einigen ist es so winzig, daß der gesamte Zinsersatz pro Jahr mit einem einzigen Pfennigsumme fast ungenügend ausgegahlt werden kann. Unter den größeren Stiftungen ist besonders die „Stiftung der Berliner Gewerbeausstellung im Jahre 1879“ zu nennen, deren Kapital von insgesamt 500 000 M. aus Ueberschüssen der Ausstellung herrührt. Die Zinsen von 300 000 M. sind bestimmt für die Weisheit für die Ausbildung der dem Gewerbe und der Industrie sich widmenden Jugend. Eine ähnliche Stiftung aus älterer Zeit ist der „Gewerks-Ausstellungsfonds vom Jahre 1840“, der aber nur etwa 20 000 M. Kapital hat. Auch das „Friedrichs-Gewerbe-Stiftung“, dem aus dem Stadtsäckel jährlich 1800 M. und aus einem Kapital von 3000 M. die Zinsen zufließen, will die Weiterbildung von Gewerbegehilfen fördern. Bedeutend ist das Vermögen der Mappes-Stiftung, deren Einkünfte den Handwerker-Schulen bestimmt sind. Das Kapital beläuft sich auf 319 000 M., doch sind aus den Zinsen bis auf weiteres noch ein paar lebenslängliche Renten herauszugeben. Das übrig bleibt, wird den Handwerker-Schulen überwiesen als Weisheit zur Beschaffung von Lehrmitteln für die Schulen selber, sowie als Stipendien für Lehrer zu Studienreisen und schließlich auch für Schüler zur Weiterbildung. Einstweilen ist also hier — trotz der Höhe des Kapitals — für Schüler noch nicht sehr viel zu hoffen. Gering ist das Kapital der Stiftung „Gesamt eines Schulfreundes aus Holland“, es beträgt nur 16 700 M. Die Zinsen sollen zur Bewährung von Lernmitteln an bedürftige und würdige Schüler der Pflichtfortbildungsschulen verwendet werden. Aus den Zinsen des sehr kleinen Gutsbauerschen Legats, das nur 1400 M. Kapital hat, werden Prämien für Schüler der Fachfortbildungsschulen gegeben. Das Gregorische Legat, das zur Bewilligung von Freistellen oder Lernmitteln an Schülerinnen der Fachfortbildungsschulen für Mädchen bestimmt ist, hat sogar nur 700 M. Kapital. Für die Schüler der Handwerker-Schulen werden auch vom Staat, von der Handelskammer Berlin und von den Kassen der Berliner Kaufmannschaft durch Vermittlung dieser Schulen mehrere Stipendien gewährt. Für beide Handwerker-Schulen zusammen gab im letzten Jahre der Staat 2000 M., die Handelskammer 4075 M., die Kassen der Kaufmannschaft 300 M. Schüler der Fach- und Fortbildungsschulen, die solche Stiftungen und Fonds in Anspruch nehmen wollen, kann man nur raten, sich nähere Auskunft von ihrem Schulleiter zu erbitten.

Die Gaswerke der Stadt Berlin haben im Etatsjahr 1908 (April 1908 bis März 1909), wie der jetzt vom Magistrat veröffentlichte Verwaltungsbericht nachweist, ein minder gutes Geschäft als im vorhergehenden Jahre gemacht. Zwar hatte die Zahl der Gasverbraucher weiter zugenommen, da aber die Menge des gegen Bezahlung abgegebenen Gases keineswegs in demselben Maße sich mehrte, so sind diesmal die Einnahmen nicht sehr erheblich gestiegen. Andererseits haben sich die Ausgaben sehr viel stärker erhöht, namentlich infolge der Preissteigerung für inländische Kohlen. Das Ergebnis ist, daß der Ueberschuss aus den Gaswerken, der im vorletzten Jahre noch 7 641 110 M. betragen hatte, im letzten Jahre sich auf nur 6 314 819 M. gestellt hat. Das

bedeutet eine Verringerung des Ueberschusses um rund 1 1/2 Millionen Mark.

Aus den einzelnen Ausgabeposten seien hier die Arbeitslöhne (für Betrieb und Vertrieb) erwähnt: sie waren in beiden Jahren nahezu gleich, 2 353 549 M. in 1907, 2 353 079 M. in 1908. Da indes die Menge des produzierten Gases immerhin noch gestiegen ist (von 252 946 000 Kubikmeter in 1907 auf 268 036 000 Kubikmeter in 1908, wovon 226 712 419 Kubikmeter in 1907 und 236 178 670 Kubikmeter in 1908 gegen Bezahlung abgegeben wurden), so ergibt sich eine Ermäßigung der Lohnausgaben pro 1000 Kubikmeter Gasproduktion, von 9,20 M. Lohn pro 1000 Kubikmeter in 1907 auf 8,78 M. Lohn pro 1000 Kubikmeter in 1908. Dagegen sehen wir bei den Aufwendungen für Direktion, Beamte und Bureau eine Zunahme von 1 927 305 M. auf 2 097 019 M., pro 1000 Kubikmeter Gasproduktion von 7,62 M. auf 7,83 M.

Die eingangs erwähnte Abschwächung der Zunahme des gegen Bezahlung abgegebenen Gases wird im Bericht erklärt aus der „ungünstigen allgemeinen Wirtschaftslage“, womit das Richtige getroffen sein dürfte. Daneben werden als Ursachen noch genannt die Helligkeit des Wetters im vorjährigen Herbst und die Einführung des Nachtr-Ladenabschlusses vom vorigen Winter ab. Beachtung verdient, daß im besonderen bei den Gasautomaten der Durchschnittsverbrauch pro Jahr von 465 Kubikmeter auf 450 Kubikmeter heruntergegangen ist. Das erklärt der Bericht aus der „Arbeitslosigkeit der kleinen Wohnungsinhaber“, daneben wieder aus dem Nachtr-Ladenabschluß. Dieser dürfte aber für den Verbrauch durch Automaten kaum ins Gewicht fallen, die Hauptursache des Verbrauchsrückganges wird hier tatsächlich die Arbeitslosigkeit sein.

Das Gehalt der Fahrer und Schaffner bei den städtischen Straßenbahnen ist durchgängig um 5 M. für den Monat erhöht worden. Die erste Gehaltserhöhung ist bereits zu Weihnachten zur Auszahlung gelangt.

Katholischer Kirchenbettel durch Kinder.

Auf dem Gebiete des Kirchenbettels sind die Vertreter der „allein-selbstständigen Kirche“ Meister; auch Kinder stellen sie in ihren Dienst in der Hoffnung, auf diese Weise leichter Geld für kirchliche Zwecke locken zu können. Was liegt ein Bettelkinder vor, das aus Nürnberg stammt und an in Berlin wohnende Personen verwickelt wird. In dem von den Frommen sonst so sehr verachteten Berlin verumtelt man immer noch genug Gimpel, die auf den Bettel hereinfallen. In dem Schreiben wird der Bettelack zugunsten des Baues einer Kirche in Berlin (Vorstadtbezirk von Harnberg) geschwungen. Um Abwechslung in die Sache zu bringen, hat man Konfirmanden einen Brief diktiert und mit ihren Unterschriften versehen lassen, aus dem wir folgendes wiedergeben wollen:

Nürnberg, im Dezember 09.

Liebe gute Dame! Lieber guter Herr!

Wir Eristkommunikanten von Nürnberg wolten Ihnen die freudige Mitteilung machen, daß wir uns auf die erste heilige Kommunion vorbereitet und wir sollen Sie in diesen Schulfahre empfangen. Ah, wie freuen wir uns auf diesen Tag! Wenn unser Herr Kaplan, der uns Unterricht gibt, uns erzählt, wie schön eine solche Feier sein kann, wo so viele Kinder zusammen sind, da möchten uns die Tränen aus den Augen fließen, daß wir nicht einmal eine richtige Kirche haben, wo wir zur heiligen Kommunion gehen können. Der Herr Kaplan sagte uns, früher sei es in Berlin und in Hamburg und anderswo auch so schlimm gewesen, daß die Leute nicht Platz fanden in den Kirchen. Da haben aber die Katholiken von ganz Deutschland gesammelt, aber in Nürnberg ist es jetzt noch viel schlimmer. Der Herr Kaplan meint, unsere Kirche ist noch keine richtige Kirche, sie ist bloß eine Scheune und muß bald abgebrochen werden. Es wird auch schon gebaut an einer neuen, aber der Bauplatz kostet 70 000 M. und zum Bau sind noch 150 000 M. notwendig, wenn die Kirche ganz billig aus Ziegeln gebaut wird, weil sie so groß sein muß. Alles Geld, das der Herr Kaplan bekommen hat, reicht nicht und die Katholiken können auch nichts mehr geben. Der Kirchenbauverein hat auch nichts mehr und doch soll er außerdem noch eine Kirche in dem Stadtteil Steinbühl und eine in dem Stadtteil St. Leonhardt bauen. Nach Steinbühl soll dann unsere Kirche kommen, wenn wir eine neue haben.

Wir werden in der Weihnachtszeit jeden Tag für die guten Herren und Damen beten, die unserem Herrn Kaplan etwas schicken. Er legt Ihnen außer einer Weihnachtskarte, wo wir zu Weihnachten und zum Neujahr herzlich gratulieren, noch eine Anweisung bei, wenn Sie Geld schicken wollen und ein kleines Kupfer für Briefmarken oder wenn Sie bloß Papiergeld haben. ...

Im Namen aller Eristkommunikanten zeichnen eine Anzahl Knaben und Mädchen.

Daran schließt sich im Namen aller Katholiken des Seelhergebezirks St. Antonius-Gerstenhof eine Empfehlung der Bitte der Kinder an durch den Kuratkaplan und schließlich kommt der Dekan mit einer ähnlichen Empfehlung.

Das Schreiben der Kinder ist durch Umbräuderfahren in Originalhandschrift hergestellt und charakterisiert sich als ein unverkämter Unfug. Wenn ein armer Teufel in seiner Not an eine Tür klopft, um sich zur Stillung seines Hungers ein Stück Brot zu erbitten, und er wird erwischt, wandert er ins Gefängnis oder Arbeitshaus. Hier wird der Bettel in der schamlosesten Weise fabrikmäßig unter mißbräuchlicher Benutzung der Schulkinder betrieben, da fragt kein Hahn danach. Das wird noch als ein gottgefälliges Werk angesehen.

Berliner Einbrecher auf der „Wastreise“. Die Weihnachtsfeiertage haben hiesige Einbrecher dazu benutzt, um einen Raubzug nach den östlichen Vororten zu unternehmen. Die Bande, die sich anheimelnd schon öfter in der östlichen Umgebung aufgehalten hat, verübte eine ganze Reihe von Einbruchdiebstählen. So stahl sie in einigen Sommerlokalen unerwünschten Besuch ab. Auch das Klubhaus des „Jubiläum“ „Maggelsee“ erbrachen sie. Die Behältnisse der Mitglieder wurden erbrochen und ausgeraubt.

Zwei schwere Straßennunfälle ereigneten sich am Montag. An der Ecke der Kant- und Winckelstraße verließ die 29jährige Frau Schowski einen in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen der Linie 93, fiel und blieb bewußtlos auf dem Gehweg liegen. Die Verunglückte wurde zunächst zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht, der einen komplizierten Bruch des rechten Schlüsselbeins und innere Verletzungen feststellte, und von dort nach Anlegung eines Rotverbandes nach dem Krankenhaus am Urban übergeführt.

Von einem Omnibus überfahren und schwer verletzt wurde der 60 Jahre alte Privatier Karl Schwarzholz aus Angermünde. Als er an der Ecke der Invaliden- und Chausseestrasse den Fahrdamm überkreuzen wollte, geriet er unter einen Omnibus der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft. Die Räder des schweren Gefährtes gingen dem 60. über den rechten Unterschenkel hinweg, dessen Knochen zermalmte wurden. Der Verunglückte wurde nach der Unfall-

Station in der Eichendorffstraße und von dort nach dem Rudolf-Sirchow-Krankenhaus gebracht.

In die königliche Klinik eingeliefert wurde gestern früh das 25jährige Dienstmädchen Anna Grabowski aus Strausberg. Ihr war eine Afscheßigkeit so unglücklich auf den Kopf gefallen, daß der in der Stange befindliche Nagel die Schädeldecke durchbohrte und tief in das Gehirn eindrang. Der Zustand der Verletzten ist sehr bedenklich.

Ein Unglücksfall ereignete sich gestern nachmittag 2 Uhr an der Ecke der Paulstraße und Alt-Moabit. Dort wurde der Gasarbeiter Edward Schramm beim Ueberfahren des Fahrdammes von einem Straßenbahnwagen angefahren. Er wurde mit Kopfwunden nach dem Moabit-Krankenhaus gebracht.

Zu der Silbersternfahrt werden auf den Linien Pantow bezw. Nieder-Schönhausen nach Mittelstraße anschließend an den Fahrplan nach folgende Sonderzüge verkehren: ab Pantow (Mendelstraße) 12.10, 12.30, 12.50, 1.10, 1.20; ab Nieder-Schönhausen 12.20, 12.40, 1.00, 1.20, 1.40. — Ab Mittelstraße (Ecke Friedrichstraße): nach Pantow (Mendelstraße) 1.00, 1.20, 1.40, 2.00, 2.20; nach Nieder-Schönhausen 1.10, 1.30, 1.50, 2.10, 2.30. — Nach Franz-Buchholz, ab Prinzen-Allee (Ecke Vellermamstraße) 1.40, Anschluß an den Zug 1.20 ab Mittelstraße. — Auf der Linie Vehrenstraße-Treptow findet zwischen Vehrenstraße und Treptow bis 1.54 Uhr nachts Bahnminutenverkehr statt; der letzte Wagen fährt von Treptow 1.10 Uhr ab.

Im wissenschaftlichen Theater der Urania wird aus Anlaß der einjährigen Wiederkehr des Tages, an welchem Unteritalien von dem gewaltigen Ereignis betroffen wurde, das Gut und Blut Hunderttausender von Menschen forderte, am heutigen Mittwoch und Donnerstag, nachmittags 8 Uhr der Vortrag: „Die Erdbebenkatastrophe in Messina“ zu den üblichen Nachmittagspreisen wiederholt werden.

Das Sechstagen-Rennen im Zoo nahm am Montagabend um 10 Uhr seinen Anfang. Zum zweiten Male in diesem Jahre hat Berlin eine solche Veranstaltung, die, aus Amerika herüber gekommen, auch bei uns sich einzubürgern scheint. Von einem Sport kann unseres Erachtens unter solchen Umständen nicht mehr geredet werden. Jetzt wird sogar das Experiment gemacht, ob die Fahrer zwei Sechstagen-Rennen nach kurzer Zwischenpause bestreiten können, sind doch verschiedene Teilnehmer des New Yorker Rennens auch für Berlin engagiert. Die Hauptattraktion für das heutige Rennen bildet der Start von Walter Klitt, dem zweimaligen Sieger von 1907 und 1909 in New York. Klitt, der wegen Richterfälligkeit seiner Militärpflicht Deutschland meiden mußte, ist es gelungen, die Verordnungen zum Start von den Behörden zu erlangen. Damit ist für die Anhänger dieser Dauerstrampel ein neuer Anreiz gegeben, das Rennen zu besuchen. Unter den sonstigen Teilnehmern befinden sich noch verschiedene „Sechstagen-Renner“, d. h. solche Fahrer, die mehr oder weniger erfolgreich in Amerika gewesen waren. So namentlich Stol, Walthour, Stott, Fogler, Content u. a. Deutschseits sind noch Steddrin, Jacob, Lechner und Ledebold am Start, die ein solch langes Rennen schon bestanden haben. Im ganzen stellen sich folgende 17 Paare dem Starter: Verhey-Brocco, Carozzi-Drum, Conrad-Wittorf, Dente-Hall, Clegado-Vader, Meyer-Weinger, Redela-Krupnikoff, Root-Fogler, Nyler-Rheinwald, Schuermann-Begener, Schäple-Metsh, Stabe-Panote, Steddrin-Conteuer, Stol-Walthour, Ledebold-Schürmann, Lechner-Wedel und Klitt-Carl. Je zwei Fahrer bilden eine Mannschaft, die sich gegenseitig abhelft. Mit lautem Gefflaut begrüßt traten die Paare zu einer Ehrentunde an und dann feulte sich um 10 Uhr die Flagge des Starters: das Rennen hatte begonnen. Klitt, Stol, Fogler und Brocco sorgten durch gelegentliche Vorstöße für lebhaftes Tempo und die Abführung durch ihre Partner erfolgte sehr geschickt. Schon in der ersten Stunde ereigneten sich verschiedene Stürze leichter Natur und zahlreiche Reifenschnäden, so daß das Stundentempo nur 32,100 Kilometer betrug. Wir werden das Endergebnis mitteilen.

Verloren wurde das Mitgliedsbuch Nr. 793 des Zentralverbandes der Steinarbeiter, ausgefertigt auf den Namen Robert Windach, geboren 12. Oktober 1870 zu Herzogswalde. Der Finder des Buches wird gebeten, dasselbe im Verbandsbureau, Seydelstr. 30, parterre, abzuliefern.

Wer ist der Lote? Am 20. d. M. wurde im Treptower Park ein unbekannter Mann, etwa 30 Jahre alt, circa 1,65 Meter groß, mit blondem Schmelzhaar, spitzem Kinn, länglichem Gesicht und von mittlerer Gestalt, errängt aufgefunden. Die Leiche ist bekleidet mit braunem Jackett und Mütze, schwarzer Hose und Weste, schwarzen Gummigüßchuhen, wäulener Unterhose und Trikothose. In den Taschen befanden sich zwei Schlüßel und ein rotes Leinwand-Tuch. Personen, die in der Lage sind, Angaben über die in Frage kommende Leiche, die noch nicht beerdigt ist, zu machen, wollen sich an das Amtsbureau zu Treptow in der Reußen Kungasse wenden.

Vorort-Nachrichten.

Groß-Lichterfelde.

Ueber das Betriebsergebnis der hiesigen dem Kreise gehörigen Straßenbahnen liegen nunmehr genauere Zahlen für die Zeit vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 vor. Die Strecken Groß-Lichterfelde-Steigly-Rantow-Tilbende zeigen eine wenn auch nicht rasche, so doch stets fortschreitende Frequenz. Während 1907/08 noch ein Defizit von 1065 M. zu deden war, konnten diesmal 32 578,31 Mark dem Abgang- und Ausgleichsfonds überwiesen werden. Dagegen arbeitet die Linie Groß-Lichterfelde-Maschinen Schleuse noch immer mit beträchtlichem Verlust, der in den beiden Vorjahren bereits 11 523,94 Mark betrug. Im Geschäftsjahr 1908/09 kommt noch ein solcher von 8406 Mark hinzu, der hauptsächlich im Abgang des Güterverkehrs infolge der wirtschaftlichen Krise zu suchen sein soll. Aber auch die Einnahmen aus dem Personenverkehr auf dieser Linie sind gefallen. Das dürfte aber nicht bloß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen sein, sondern auch darauf, daß diese Bahn vom Ausgangspunkt bis nach Zeltow die ganze Widemar- und Berliner Straße durchfährt — Straßen, die „am Kreis“ gehören und die in einem solchen Zustande sich befinden, „es der Bau von Wohnhäusern dort außerordentlich erschwert, ja sogar verhindert wird. Dies gilt hauptsächlich für die Berliner Straße, die gewissermaßen auserhalb der Späube des Bahnhofs Lichterfelde-Ost liegt. Würden Kreis und Gemeinde endlich einmal gemeinsam die so oft geforderte Regulierung dieser Straße vornehmen und dadurch gleichzeitig die Bebauung fördern, so würde dies den finanziellen Stand der genannten Straßenbahnlinie in durchaus günstiger Weise beeinflussen.

Rixdorf.

Die Entführung zweier Kinder beschäftigt die Rixdorfer Kriminalpolizei. Eine von ihrem Mann geschiedene Frau Anna Ritter aus der Berliner Straße besitzt eine achtjährige Tochter Alice und einen siebenjährigen Sohn Hermann, beide Kinder wurden bei der Scheidung ihr zugewiesen. Der Vater der Kinder liegt jetzt schwer krank im hiesigen Krankenhaus in Buchow. Er äugerte den Wunsch, vor seinem Tode seine Kinder noch einmal zu sehen. Die Mutter sandte deshalb eine Charlotte Westheim am 1. Feiertag mit den Kindern nach dem Krankenhaus. Dort traf die Begleiterin eine Erzieherin Margarete Gysi, die in der Nähe von Neu-Puppelin in Stellung ist. Diese nahm ihr die Kinder ab und führte sie dem Vater zu. Nachdem der Kranke sie gesehen und gesprochen hatte, traten die Erzieherin und Charlotte Westheim zusammen mit den Kindern den Heimweg an. Unterwegs sandte die Erzieherin Fräulein Westheim nach Hause, unter dem

Vorgeben, daß sie die Kinder zu ihrer Mutter zurückbringen werde. Seitdem ist sie mit beiden Kindern verschwunden. Welchen Weg sie mit ihnen eingeschlagen hat, konnte noch nicht ermittelt werden. Wahrscheinlich hat sie die Kinder nach Verabredung mit ihrem kranken Vater entführt.

Ein Fuß germalmt wurde vorgestern der vier Jahre alten Tochter Ursula des Kaufmanns Reinhold aus der Reichsstr. 99. Als die Kleine mit ihrer Mutter an dem Grundstück Rahnbacher 40/42 vorüber kam, fiel dort unter einem Windstoß ein Torhölzchen des Erweiterungsbau auf und traf sie am rechten Fuß so schwer, daß der Fuß ganz zerquetscht wurde. Die Verunglückte mußte nach dem Krankenhaus am Urban gebracht werden.

Schöneberg.

Ueber das am 1. April d. J. eingeführte Steuerbringsystem teilt der Magistrat folgendes mit: In dem Vierteljahr April bis Juni 1909 fanden an den drei Steuerarten der Stadt und an den sonstigen Zahlungsstellen 45 594 Zahlungen an der Kasse, 4919 Zahlungen durch die mit der Steuerlast in direkter Verbindung stehenden Banken, 1740 Zahlungen durch den Berliner Rasenverein. Im Vierteljahr Juli bis September d. J. fanden statt: 49 522 Zahlungen an der Kasse, 5082 Zahlungen durch die Banken, 2345 Zahlungen durch den Berliner Rasenverein.

Es wäre erwünscht, wenn der Magistrat später, ähnlich wie in Rixdorf, mittelte, wie groß die Zahl derjenigen ist, die in Ermangelung von Mitteln gemahnt und gepfändet wurden, oder bei denen die Pfändung gar fruchtlos verlief.

Lichterberg.

Ueber die Maßnahmen zur Beschäftigung arbeitsloser Bürger und die Speisung der Volksschüler werden unsere Genossen den Magistrat in der Stadtverordnetenversammlung, die am Donnerstag, den 30. Dezember, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Rathaus, Möllendorferstraße, stattfindet, interpellieren. Neben anderen stehen auch die Vorlagen über die Wertzuwachssteuer und die Umslagsteuer auf der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung. Zur Beschlussfassung gelangt des weiteren die Zumutung an die städtischen Beamten, daß sie gelegentlich Streifenberdienste leisten sollen. Auch wird sich noch eine Debatte über die Anbahnung des Magistrats entzünden, daß die Beamten den Erholungsurlaub als Ergänzungsmittel zur Pflichterfüllung ansehen sollen.

Charlottenburg.

Der Humor in der Kunst lautet der Titel des Winterfestes der Freien Jugendorganisation Charlottenburg. Dasselbe findet statt am Sonntag, den 2. Januar, nachmittags 5 1/2 Uhr, im großen Saale des Volkshauses, Kopenstr. 3. Die künstlerische Leitung des Festes liegt in den Händen des Herrn Leo Reitenberg. Aus dem Programm heben wir hervor: Luigte Bilder, gezeigt durch einen Projektions-Apparat und besprochen von Herrn Paul Westheim. Weitere Verse und Dichtungen, vorgetragen von Frau Johanna Weber. Lammige Lieder, gesungen von Hrl. Käthe Wöllerting. Am Klavier: Herr Leo Reitenberg. Nach dem Feste findet Tanz statt. — Der Eintrittspreis beträgt für Jugendliche 20 Pf., für Erwachsene 30 Pf. Willstis sind zu haben beim Dekonom des Volkshauses, Adolf Bartsch, Kopenstr. 3. Bilettsaal. Abendkasse findet nicht statt. — Es ist zu wünschen, daß die etwaige Arbeiterkassette die Bestrebungen der Jugendorganisation durch Besuch des Festes unterstützt.

Stralau.

Verloren wurde bei der Weihnachtsfeier in den Markgrafensälen ein echtes Korallenband mit goldenem Schloß; es wird gebeten, dasselbe bei Frau Daberlow, Alt-Stralau 7 abzugeben.

Spandau.

Mit erheblichen Brandwunden wurde vorige Woche der zweijährige Sohn einer Frau Wegener, Schönwalder Straße 98/99 wohnhaft, in das Krankenhaus eingeliefert. Frau Wegener hatte kurze Zeit die Wohnung verlassen um Milch zu holen, das Kind blieb so lange allein in der unverschlossenen Wohnung. Als die Frau zurückkam, fand sie ihren Knaben lichterloh brennend vor, die Plammen wurden zwar sofort erloscht, aber das Kind hatte bereits so schwere Brandwunden erlitten, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Einer Unfall- und Wertzuwachssteuerordnung hat der Magistrat in seiner letzten Sitzung zugestimmt. Der Entwurf wird, wie verlautet, bereits die nächste Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 30. d. M., beschäftigen. Es steht zu erwarten, daß man die Vorlage einer Kommission überweist, die noch daran herummodellieren wird.

Notawales.

Ihren ersten Bericht über ihre schulärztliche Tätigkeit an den hiesigen Gemeindeschulen haben nunmehr die Herren Dr. Hecht und Großn erbracht. Herr Dr. Hecht, welchem die Gemeindeschulen I und II unterstellt waren, führt aus, daß die schwierigste Aufgabe die Auswahl der Kinder für die Hilfsklasse war; jedoch habe sich die letztere als ein Segen für die Kinder erwiesen; dies würde auch von den Eltern eingesehen, welche zuerst nur mit Vorbehalt und Einschränkung ihre Kinder dieser Einrichtung übergeben wollten, nunmehr jedoch zum Teil ihre Kinder freiwillig für die Hilfsklasse in Voranschlag bringen. Von den 106 untersuchten Schülern der VII. Klasse der Gemeindeschule in der Auguststraße hatten 20 herabgesetztes Sehvermögen, 11 auf beiden Augen. An Herabsetzung des Hörvermögens litten 8 Mädchen. Von 125 Knaben, welche die VII. Klasse der Schule in der Priesterstraße besuchten, hatten 14 herabgesetztes Seh- und 13 Knaben herabgesetztes Hörvermögen. Von 116 neu aufzunehmenden Knaben wurden 8 zurückgestellt, 1 der Hilfsklasse überwiesen werden; von den 110 Mädchen, welche zur Neuaufnahme gemeldet waren, mußten 9 zurückgestellt werden. — Die Gemeindeschulen III und IV befanden sich unter Beobachtung des Herrn Dr. Großn; derselbe berichtet, daß von den 18 Knaben und 6 Mädchen, welche von ihm der Hilfsklasse überwiesen wurden, in 8 Fällen erbliche Belastung sicher nachweisbar war, und zwar in 6 Fällen Trunksucht und in 2 Fällen geistige Defekte der Eltern. Die Untersuchung der neu aufzunehmenden und in der VII. Klasse befindlichen Kinder ergab folgendes Resultat: es litten an Schwermüdigkeit 21, Kurzsichtigkeit 11, Stottern 5, Druck 3, Krämpfen 2. Ein bedeutender Teil der Kinder litt an Nervenwunden, die auch Ursache von Ohrenkrankheiten sind. Es wird in dem Bericht beklagt, daß es leider nicht möglich war, die schwerkranken Kinder genauer zu untersuchen und zu behandeln. Auch die augenkranken Kinder müßten ärztlicher Behandlung zugeführt und diejenigen mit rachitischen Veränderungen, Blutarmut, dürftiger Körperliche Anlage dauernd während ihrer Schulzeit beobachtet werden. Wünschenswert wäre es, daß die in der Schule vorhandenen Vadeeinrichtungen bald benutzt werden könnten. Die Beschaffenheit der Klosetts in den Schulen sei nicht einwandfrei und dieselben einer größeren Reinlichkeit entbehren bedürftig. Die Temperatur in den oberen Klassen war in der letzten Jahreszeit zu niedrig; dieselbe soll teilweise während des Unterrichts nur 8 Grad betragen haben. — Wie aus den Berichten ersichtlich, ist ein weiterer Ausbau der schulärztlichen Fürsorge in unserer Gemeinde dringend nötig. Öffentlich berufsständigen die hierzu berufenen Organe die deutlichen Hinweise der Schulärzte und schaffen Einrichtungen, die die gedrückten Missstände abzulösen in der Lage sind.

Die Ausgaben für die Gemeindeschulen betragen im Berichtsjahre 1908/09 ausschließlich der Bauten 158 294 M., sie sind gegen-

über dem Vorjahre um 6875 M. gewachsen; die Einnahmen betragen 38 445 M. gegenüber dem Vorjahre 403 M. mehr. Sie setzen sich zusammen aus dem gesetzmäßigen Staatsbeitrag von 12 350 M., einem wädelrussischen Ergänzungszuschuß von 22 000 M., aus Beiträgen anderer Gemeinden von 2088 M. und aus dem Freundschaftsgeld im Betrage von 2069 M. Die Schule I besteht aus 15 Klassen und einer Hilfsklasse. Die Schülerzahl der einzelnen Klassen, mit Ausnahme der Hilfsklasse, schwankte zwischen 35 und 64. Die Umschulungen erreichten eine solche Höhe, daß darunter die Schule leiden muß; der Zugang betrug 254, der Abgang 193 Schüler; dadurch stieg die Schülerzahl von 786 auf 827. Von den 97 aus der Schule entlassenen Kindern haben nur 54 die erste Klasse beendet; früher war der Prozentsatz ein höherer. Der Bericht läßt diese Verschlechterung auf den Zugang aus dem Osten zurück, der durch die Fabriken in die Gemeinde geleitet wird und der zum größten Teil aus Kindern mit dürftiger Schulbildung besteht. Auch die Tatsache, daß die Schüler, welche im Mai und Juni das 14. Lebensjahr vollenden, bereits Ostern, und die im November und Dezember dasselbe Alter erreichen, bereits Michaelis vorher, nach 7 1/2-jährigem Schulbesuch, entlassen werden, wirkt auf die niedrige Frequenz der oberen Klassen. In der Schule II waren im Sommersemester in 16 Klassen 781 und im Wintersemester 812 Schülerinnen vorhanden. Das Turnen kann nicht in hinreichender Weise betrieben werden, weil eine Turnhalle fehlt. — Die Schule III wurde von 774 Schülern besucht, welche in 16 Klassen unterrichtet wurden, deren Schülerzahl zwischen 28 und 61 schwankte. — Die Schule IV besuchten 819 Schüler, die in 16 Klassen verteilt waren; die höchste Schülerzahl einer Klasse war 63, die niedrigste 28. — Die Hilfsklasse für schwachbegabte Kinder wurde Oftern 1908 mit 7 Knaben und 16 Mädchen eröffnet. Im Laufe des Jahres kamen hinzu 1 Knabe und 1 Mädchen; gestorben ist 1 Mädchen; verlegt wurden davon 6 Knaben und 12 Mädchen. Diese Klasse wird in 24 Stunden wöchentlich unterrichtet. Die Erfolge dieser Einrichtung waren recht erfreulich: Kinder, die in der Schule kumm dasahen, wurden in der Hilfsklasse geistreich und machten Fortschritte. Der Unterricht ist so eingeteilt, daß die Kinder in zwei Jahren das Penium der 7. Klasse einer Gemeindeschule erreichen sollen. — Wie aus dem Bericht zu ersehen, sind im Gemeindeschulwesen einige Fortschritte erzielt worden; es sind aber andererseits noch viele Aufgaben zu lösen, um die Schulen auf eine Höhe zu bringen, die einer modernen Gemeindeverwaltung würdig ist. Leider fehlt in der Schulkommission durch die Fernhaltung der Sozialdemokraten das treibende Element, um die vielen Missstände in den Gemeindeschulen zu beseitigen.

Vermischtes.

Die Treppe. Einst gerieten die Stufen einer Treppe untereinander in Streit. „Ach, wie bin ich doch so übel daran, sagte die Unterste, was habe ich alles zu leiden! Jeder, der Schmutz an seinen Stiefeln hat, kopft ihn an mir ab, jeder reibt sich an mir.“

Das wird immer so sein, sagte die Obere, so lange es Treppen geben wird, das ist nun einmal deine Bestimmung. Nicht wahr, liebe Frau Nachbarn? Und dabei schlug sie die Augen auf zur Dritten.

Liebe Frau Nachbarn? gab diese in hochmütigem Tone zurück. Ein ich deine liebe Frau Nachbarn? Weißt du nicht, daß ich über dir stehe? Rede so zu deinesgleichen!

Die Obere aber lag gerade im Schlummer und wurde aufgeweckt durch das laute Gerede der Drei. Ihr gemeines Paß da unten, rief sie mit verächtlicher Gebärde, müßt ihr fortwährend in Pant und Haber liegen? Bedenkt ihr nicht, daß wir über euch sind und unferer Ruhe bedürfen hier oben?

Du Geisfemant, schie die Fünfte, leidest du auch schon an Ueberhebung? Wer ist oben, du oder ich?

Ich, sagte die Sechste, ich bin über dir, du bist unten!

Emporsteigend! rief die Siebente herab, hast du dich nicht widerrechtlich hereingebracht zwischen uns? Gehst du, nach Bildung und Abstammung sowohl, nicht zu unterst?

Wer bist denn du! fuhr die Achte dazwischen, schweige, daß ich nicht rede!

Sehet nur diesen Hadermarkt, sprach die Neunte zur Zehnten, jede will über sich hinaus und die Unterste möchte die Oberste sein. Wie veracht ich dieses Gefindel!

Aber die Zehnte hüllte sich in vornehm Schweigen, doch sie dachte sich ihr Teil.

Und so machte es die Elfte, die Zwölfte und Dreizehnte.

Die Vierte und Fünfte aber richtete sich stolz auf und sprach mit lauter Stimme: Sehet, so will es die Ordnung, daß eine Stufe gesetzt ist über die andere und eine über alle! Dann schlug sie die Augen auf und fuhr fort: Wie danke ich dem Zimmermann, der mich gesetzt hat über euch alle. Sehet herauf zu mir: Was wäret ihr ohne mich! Immer ist der Kopf oben! Ein ich nicht euer Kopf?

Als die Stufen solche Rede vernahmen, da schwiegen sie alle. Dann ging ein heimlich Gefläster die Treppe hinunter von einer zur anderen.

In der Ecke aber stand ein alter Wesen, der hielt sich den Bauch vor Lachen. Und der Wesen sprach: Jetzt will ich Euch alle gleich machen!

Da ging er hin und wuschte jeder zweimal über's Gesicht. (J. J. Schalk. 84.)

Im Streit erschlagen. Nach einer Meldung aus Hamburg erschlug gestern vormittag in Wermde der Tischler Thaden seine Frau nach vorausgegangenem Streite mit einem Weis. Er stellte sich dann selbst der Polizei.

Eine Familie bei einer Schlittensfahrt ertrunken. Allenfemer Meldung zufolge brach auf dem Elbe des Kolbenfeld am ersten Feiertage ein Schlitten ein, in dem der Besitzer Ratannel, dessen Ehefrau und zwei Kinder saßen. Alle vier Personen sind ertrunken. Die Leichen der Kinder sind geborgen. Erst gestern war man auf das Verschwinden der Familie aufmerksam geworden.

Durch Explosion eines Benzinmotors in einer in der Rathausgasse in Riedling (Wittemberg) gelegenen Kaffeei wurde, wie eine Meldung von dort besagt, eine Seitenmauer des Hauses niedergerissen, so daß das Haus zum Teil einstürzte. Der Besitzer und zwei zufällig anwesende Männer wurden schwer, die Tochter des Besitzers leicht verletzt.

Sturmwehörungen in Nordamerika.

Der Sturm im Norden der Vereinigten Staaten dauert fort. Wäher zählt man 83 Personen, welche im Staate New York infolge des Sturmes ums Leben gekommen sind. Der „New York Herald“ meldet aus New York: In den Straßen liegt der Schnee über 10 Fuß hoch. Der gesamte Verkehr ist vollständig unterbrochen. Viele Bäche mühten im freien Liegen bleiben. 2000 Personen haben in den Eisenbahnwärtzalen schlafen müssen, da sie die Bahnhöfe nicht verlassen konnten. Zahlreiche Todesfälle infolge Verschüttung oder Hälte sind zu verzeichnen. In New York sind, wie offiziell gemeldet wird, 25 Personen erfroren. Eine Sturmsflut hat die Wasser des Massachusetts über die Ufer treten lassen und ungeheuren Schaden angerichtet. Die Zahl der Schiffsunfälle ist sehr beträchtlich. Ein Dampfschiff hat auf der Höhe von Boston Schiffbruch gelitten. Man hält die Befragung, die aus 200 Mann bestand, für verloren.

Neue Sturmverwüstungen in Spanien.

Ein Telegramm aus Coruna meldet, daß ein neuer Sturm die Stadt heimgesucht hat. Die Telegraphenverbindungen sind teilweise gerührt. Abgerissene Telegraphendrähte kamen mit den Leitungsdrähten der Elektrizitätswerke in Berührung, wodurch mehrere Feuersbrünste verursacht wurden. Mehrere Personen wurden durch die Gewalt des Sturmes von der Plattform der Straßenbahn

herabgeschleudert und schwer verletzt. Auch sonst trugen zahlreiche Personen Verletzungen davon. Der Hafenkommandant hat die Ausfahrt von Schiffen untersagt. Die Anker mehrerer Schiffe rissen los und die Schiffe wurden abgetrieben. Ueber das Schicksal von acht Segelschiffen, die überfällig sind, herrscht große Verwirrung. In einem Dorfe in der Nachbarschaft von Viana (Provinz Kadarra) sind infolge heftiger Regengüsse eine Anzahl Häuser eingestürzt. 28 Personen sind dabei ums Leben gekommen.

Eingegangene Druckschriften.

Aus dem Handels-, Verkehrs- und Arbeitsministerium der Vereinigten Staaten von Nordamerika gingen uns zu: 1. Statistik über Heiraten und Ehescheidungen in den Jahren 1867-1908 (1. Bd.) Washington 1909. 533 S. Gebd. 2. Bulletin Nr. 102: Telegramme, Telegraphen- und Telefonstatistik für 1907. (47 S.) 3. Bulletin Nr. 103: Statistik der wichtigsten Vorkämpfer 1906. (91 S.) 4. Bulletin Nr. 104: Sterblichkeits-Statistik 1906. (133 S.)

Aus dem italienischen Landwirtschafts-, Handels- und Verkehrsministerium: Bulletin des Arbeitsamts. November 1909. Rom. 675 bis 835 S. Jahrl. 5 Lire.

Universal neue Weltanschauung von Peter Feder. 2 R. Verlag Peter Feder, Randeburg.

Nord und Süd vereint mit Morgen. 2. Dezemberheft. J. Schottländer, Berlin.

2. Rechenschaftsbericht über die Berlin-Brandenburgische Krupp-, Hütten- und Erziehungsanstalt Berlin. 1907/08. 56 S.

Die Verlagsanstalt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine von H. Kaufmann u. Co. Verlag: Hamburg 1.

320 Haushaltungsrechnungen von Metallarbeitern. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes. 159 Seiten. Verlag Alexander Schöke u. Co., Stuttgart.

Karren der Natur. Rebellen von Hans Duden. 197 Seiten. Concorde, Deutsche Verlagsanstalt G. m. b. H. Berlin W. 30.

Ludwig Uhland. Ausgewählte Balladen und Romane. Preis geb. 1 R. Verlag der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung, Hamburg-Großhorst.

Berlin und die Verführerinnen. Von Hans Duden. Eine Kultur- und Sittengeschichte. Reine monatliche Lieferungen a 2 R. Nach Erscheinen komplett geb. 25 R. Verlag Hans Duden, Berlin W. 15.

Sozialdemokratischer Leses- und Diskussionsklub „Friedrich Heine“. Heute abend 8 1/2 Uhr: Sitzung bei Volze, Rodenbergstraße 2. Gäste willkommen.

Leses- und Diskussionsklub „Südost“. Freitag, den 31. Dezember, bei Reichardt, Südlicher Str. 55: Gefelliges Beisammensein.

Witterungsüberblick vom 25. Dezember 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-Höhe (mm)	Wetter	Temp. (C)	Wind	Stationen	Barometer-Höhe (mm)	Wetter	Temp. (C)	Wind
Worms	768	Wolk.	1	Dunst	Haparanda	746	W.	2	Wolk.
Frankfurt	767	W.	4	Regen	Petersburg	752	W.	2	Schnee
Berlin	760	W.	3	bedeckt	St. Petersburg	756	W.	5	Wolk.
Königsberg	760	W.	5	Dunst	Wien	738	W.	1	bedeckt
München	764	W.	4	Regen	Paris	761	W.	3	bedeckt
Wien	762	W.	1	heiter					

Wetterprognose für Mittwoch, den 29. Dezember 1909. Gleichmäßig warm, vorwiegend trübe mit Regenschauern und sehr lebhaften südwestlichen Winden; später zeitweise aufklarend. Berliner Wetterbureau.

Wöchentliche Marktberichte der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Freitag.

Getreide: Zufuhr genügend, Geschäft still, Preise unverändert. Getreide: Zufuhr mäßig, Geschäft reger, Preise befriedigend. Mehl: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise nicht befriedigend. Fisch: Zufuhr reichlich, Geschäft lebhaft, Preise für Karpen sehr befriedigend. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Saisongüter: Zufuhr genügend, Geschäft in Gemüse etwas reger, sonst still, Preise wenig verändert.

Wasserstands-Nachrichten
Der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 27.12.		am 28.12.	
	am	seit	am	seit
Remel, Mühl	533	+35	539	+35
Regel, Unterburg	193	+48	198	+48
Reichel, Thorn	96	+14	100	+14
Ober, Ratibor	175	+11	186	+11
• Krosen	168	+5	173	+5
• Frankfurt	174	0	174	0
• Gartz, Schriem	68	-4	64	-4
• Randeburg	55	0	55	0
Rege, Bornum	26	+6	32	+6
Gibe, Leitzmeritz	140	+84	224	+84
• Dresden	-10	+95	85	+95
• Bardo	217	+20	237	+20
• Ragdeburg	176	+22	198	+22

+) bedeutet Suß-, -) Salz. *) Unterpegel. *) Elbstand. *) Ganz schwaches Abstreifen.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 29. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Samson und Dalila.

Königl. Schauspielhaus. Strandlinder.

Deutsches. Der Widerspenstigen Zähmung.

Kammerspiele. Das Heim (Anfang 8 Uhr.)

Neues königl. Oper-Theater. Geschlossen.

Anfang 8 Uhr.

Leffing. Tautris der Narr.

Romische Oper. Das Tal der Liebe.

Neues Schauspielhaus. Ihr letzter Wille.

Anfang 8 Uhr: Adung Papagei.

Neues. Ein königlicher Epöch.

Neues Operetten. Der Graf von Luxemburg.

Hobbel. Der Skandal.

Verliner. Hohe Politik.

Trionon. Buridans Esel.

Neuburg. Im Zauberschlag.

Schiller O. (Wahner-Theater.)

Der Schurk der Treue.

Schiller Charlottenburg. Der Meinelbauer.

Friedrich-Wilhelms-Theater. Die Handwerker.

Neues Schauspielhaus. Die Handwerker.

Anfang 4 Uhr: Struwwelpeter.

Walden. Die hohe Tora.

Anfang 4 Uhr: Smeraldinen.

Luffen. Die Reise um die Erde in 80 Tagen.

Anfang 4 Uhr: Goldhähnchen Himmelfahrt.

Hoffoper. La Traviata.

Walden. Der dunkle Punkt.

Metropol. Hallen II - Die große Revue.

Hoffes Caprice. Sicher ist sicher.

Bunter Teil. Der Mann meiner Frau. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Alphonse. Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.

Cafino. Der Uberganger.

Gebr. Herrmann. Es muß man's machen. Ein Rettungsmittel.

Karl Haverland. Spezialitäten.

Walden. Spezialitäten.

Gastspiel. Der Hüttenbesitzer.

Vasage. Spezialitäten.

Walden. Die Postkarten-Frida.

Walden. Spezialitäten. Liebchen Trick.

Reichshallen. Stillter Säger.

Burgengärten. Spezialitäten.

Urania. Tautris der Narr.

Anfang 8 Uhr: Das Konzert.

Freitag, 8 Uhr: Das Konzert.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Die Erdbebenkatastrophe v. Messina.
Abends 8 Uhr:
In den Dolomiten.
Abends 8 Uhr:
Der dunkle Punkt.
Residenz-Theater
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Im Zauberschlag.
Schwan in 8 Akten von Hennequin und Weber.
Morgen und folgende Tage:
Derselbe Vorstellungsplan.
Sonntag, 2. Jan., 3 U.: Walfische.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Schurk der Treue.
Auffspiel in 3 Akten v. D. Stimmthal.
Ende 10 1/2 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
3. 1. Hefe: Viel Lärm um nichts.
Freitag, abends 8 Uhr:
Das Opferlamm.
Schiller-Theater (Charlottenburg).
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Meinelbauer.
Auffspiel in 3 Akten von Ludwig Angenrader.
Ende 11 Uhr.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die von Hochstadel.
Freitag, abends 8 Uhr:
Mit Hobbs.

Zirkus Schumann
Heute Mittwoch, den 29. Dezbr., abends 7 1/2 Uhr:
Große Gala-Vorstellung
Debüt!
Original-Bagohini,
der kleinste komische Reiter der Welt.
Sergeant Brennan,
der beste Diabolofahrer.
Der Amerikaner Mr. Riffe
mit seinen wunderbaren Papagolen,
Henry Valdort,
der moderne Simon.
Ringkampf-Parodie
der Glomms Yui-Yan u. Coitrell.
Um 9 Uhr Ende 11 Uhr
Die drei Rivalen
oder das mysteriöse Schloß in der Normandie.
Sonabend und Sonntag
je zwei große Vorstellungen.

Zirkus Busch.
Heute Mittwoch, 29. Dezemb., abends 7 1/2 Uhr präz.:
Große Gala-Abend.
Zum ersten Male a. d. Kontinent
Der Amerikaner Kerstako
mit seinen weltberühmten
dressierten Schweinen!
Mons. Colon, dressierte Affen!
Herr E. Schumann, Meisterdress.
Gebr. Karolis, ung. Reiskünstler.
9 1/2 Uhr zum 6. Male:
Die neue russische Pantomime
Marja.
Vorher das große Gala-Programm.

Volks-Oper.
SW, Belle-Alliance-Straße Nr. 7/8.
Anfang 7 1/2 Uhr.

La Traviata.

Luisen-Theater.
Nachmittags 4 Uhr:
Goldhähnchen Himmelfahrt.
Abends 8 Uhr:
Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Gr. Auffstellung in 14 Bildern mit Gesang und Tanz v. K. Cunery und Jules Berns.
Donnerstag: Die Reise um die Erde in 80 Tagen.
Freitag Premiere: Eine vergnügte Kindtaufe.
Sonabend nachm. 3 Uhr: Sib mich frei. 8 Uhr: Eine vergnügte Kindtaufe.

ROSE-THEATER
Grosse Frankfurter Str. 182.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 1/2 U.

Faust.
Tragedie von Goethe. I. Teil.
Donnerstag: Faust.

Gastspiel-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Hüttenbesitzer.
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
Reine Preise.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schults.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN
Letzte Woche!
Otto Reutter.
La Pia
i. ihr. Kreation „Der Wellen Geist“.
Merlans Hunde-Theater:
„Entführung d. Salome-Tänzerin“,
gespielt von 42 Hunden,
und die
auserlesenen Sterne
am
Dezember-Himmel
des
Wintergartens.
Zur Silvestervorstellung sind bereits jetzt Billetts an der Tageskasse ohne Vorverkaufgebühren zu haben.

CIRCUS SARRASANI
Alter Botan. Garten.
Eingang Grunewaldstr.
Eröffnung:
1.
Januar. nachm. 4 Uhr.
Preise der Plätze.
Wochentags:
Gallerie (Stehplatz) Mk. -40
Sitz-Gallerie -50
I. Platz -70
II. Platz 1.10
J. Platz (nicht num.) 1.60
Sperrplatz (num.) 2.20
Logensitz 3.50
Fremdenlogensitz 4.-
Sonn- und Festtags:
Gallerie (Stehplatz) Mk. -50
Sitz-Gallerie -70
III. Platz -80
II. Platz 1.30
I. Platz (nicht num.) 1.80
Sperrplatz (num.) 2.50
Logensitz 4.-
Fremdenlogensitz 5.-

Herrnfeld Theater
Kommandantenstr. 57. I. u. 4. 5088.
"So muß man's machen"
Hierzu:
Ein Rettungsmittel
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Am 31. Dezember
von abends 8 bis 4 Uhr früh:
Große Silvesterfeier
mit Kiefern-Edel-Programm und
Silvester-Kabarett etc. etc.
Die Billetts für die Vorstellung am Silvester berechnen zur Teilnahme a. d. gesamt. Silvesterfeier ohne Nachzahlung. Billetts hierfür sind bereits zu haben.

W. Noacks Theater
Brunnenstr. 16, am Rosenfächer Tor.
Der Glöckner von Notre-Dame.
Romanisches Schauspiel in 6 Akten.
Donnerstag große Extravorstellung:
Lumpacivagabondus.
Freitag: Große Silvesterfeier.
Theater, Ball mit Überraschungen.

Neue Welt.
Felsenfeld.
Mittwoch, den 29. Dezember:
Der Leiermann und sein Pflegekind.
Schauspiel in 10 Bildern von Carl Birch-Pfeifer.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Ein königlicher Spaß.
Morgen und folgende Tage:
Ein königlicher Spaß.
Theater des Westens.
Abends 8 Uhr:
Die geschiedene Frau.
Heute u. morgen 8 Uhr: Struwwelpeter.
Neues Operetten-Theater.
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
3 1/2 Uhr zu ermäßigten Preisen:
Die goldene Märchenwelt.

Apollo Theater
Nur noch wenige Tage!
Die großen Attraktionen.
Prinz Pinne.
Neue Einlage:
Anna Müller-Linke,
Henry Bender.
Das Wunderkind
Petit Roberto,
Schimpanse
Konsul James Grant.
Folies Caprice.
Sicher ist sicher.
Bunter Teil.
Der Mann meiner Frau.
Anf. 8 1/2 Uhr. Ende 11-2.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr.
Erstes Auftreten
der bezaubernden
Gussi Holl
Ota Gygi
14 erstklassige
Spezialitäten.
Trionon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Buridans Esel.
Morg. u. folg. Tage: Buridans Esel.
Palast-Theater.
Direktion: Robert Dill & Karl Pirnau.
Burgstraße 24, am Bahnhof Bödise.
Die interessanten Spezialitäten:
Mr. Kretzen, einzigartiger
Quadrupelreiter mit seinem
rechnenden und
lebenden Wunderhand.
Liebchens Trick mit Direktor
Rob. Dill.
Abends 8 Uhr:
Vorzugsplätzen gütig.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Säger.
Zum Schluß:
„Der Nachtwächter
v. Zerpenschleuse“,
Studentenbild v. Wejsel.
Anfang 8 Uhr.
Am 31. Dez.:
Gr. Silvester-Ülk-Solree
mit darauf folgendem
Tanzkränzchen.
Vollmüll: Das gelamte Döckfer
des 3. Garde-Regiments-Regiments.
(Keine Nachzahlung.)
Schmelzer Volks-Humorist.
Gesellschaft Torzeit. Stettinerstr. 57

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Freitag (Silvester), 31. Dezember:
Weihnachten in Feindesland.
Nach der Vorstellung: Silvesterball.
Sonabend, den 1. Januar 1910:
Der Walzerkönig.
Sonntag, den 2. Januar 1910:
Die Grille.

Sanssouci, Kottbuser
Direktion Wilhelm Kolmer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hoffmanns World. Säger
und Tanzkränzchen.
Beg. Sonntag, 5. moquent. 9U.
Morgen Donnerstag:
Hoffmanns World. Säger.
Tanz.
Freitag (Silvester): Extra-Silvester-
Ülk-Vorstellung. Silvesterball.

Weihnachts-Messe
Dresdener Str. 34/35 (Alte u.
Luisenhof grünte)
Täglich: KONZERT.
Eröffnung: Wochentags 6 Uhr,
Sonntags 3 Uhr.
Entreé Sonntags 20, wochentags 10 Pf.

Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.
Mittwoch, 29. Dez., Anfang 8 Uhr:
Die Handwerker.
Donnerstag: Im dunklen Rod.
Freitag: Der Oberret.
Sonabend nachm. 3 Uhr: Othello.
Abends 8 Uhr: Im dunklen Rod.

Georg Schindler
der berühmte
Mundharmonika-Virtuose
und
Berlins führendes
Spezialitäten-Programm.
Für den Inhalt der Interzete
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Casino-Theater
Lothringers Straße 37. Ab. 8 Uhr:
Der
Oberhammer.
Sonabend, 1. Jan., nachm. 4 Uhr.
Sonntag, 2. Jan., nachm. 4 Uhr:
Reut Trubdens Sommerreise.
Karl Haverland
Anfang Theater präz. 8 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Das Fest-Programm!
Schlager auf Schlager!
Heute u. d. Vorstellung: Ball.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal-Tor.
Anf. 8 Uhr. Die großartigen
Dezember-Spezialitäten.
Am Tunnel: Regimentstapeße.
Theaterbesuchern freier Eintritt!
Freitag, den 31. Dezember:
Silvester-Vorstellung
Spezialitäten. - Ball.
Zwei Regimente - Stapaken.
3 Orchester usw.

Burgengärten
am Reichplatz
Anf. 8 Uhr.
Georg Schindler
der berühmte
Mundharmonika-Virtuose
und
Berlins führendes
Spezialitäten-Programm.

Karl Haverland
Anfang Theater präz. 8 U.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Das Fest-Programm!
Schlager auf Schlager!
Heute u. d. Vorstellung: Ball.

